

# Überarbeitung der Rückmeldung aufgrund des BMG

## Problemstellung

Innerhalb dieses Änderungsantrages soll neben der Überarbeitung aufgrund des BMG auch eine Optimierung des Verfahrens erreicht werden. Zudem existieren weitere CRs (siehe weiter unten), die zur Verbesserung der Rückmeldung beitragen sollen. Die CRs werden unter dem Aspekt der Neugliederung und der damit verbundenen Anlass-bezogenen Sicht der Spezifikation, der Anforderungen des Bundesmeldegesetzes sowie der späteren Verallgemeinerung von Komponenten (Allgemeine Prozessmuster und XInneres) bearbeitet.

## Lösung

### Das Rückmeldekapitel als "Prototyp" für die Anlass-bezogene Darstellung

Im Rahmen dieses CR wird zunächst die neue Anlass-bezogene Darstellung getestet und im Detail ausgearbeitet. Die Anlässe werden definiert und im Kapitel "Grundlegende Begriffe" beschrieben. Zusätzlich dazu wird eine neue Darstellung der Prozessmodelle getestet.

### Ausgestaltung der Prozesse im Rückmeldeverfahren

1. Die bisher bestehenden Prozesse im Rückmeldeverfahren wurden insoweit geändert, dass die Auswertung der Rückmeldung zukünftig nur noch zwischen der Wegzugs- und der Zuzugsmeldebehörde erfolgt. Danach werden dann die weiteren Wohnungen der betroffenen Person über den Zuzug informiert.
2. Die Fehler- und Auswertungsfälle wurden überarbeitet, so dass sie zu den Verfahrenshinweisen zur Anmeldung passen. Dabei wurde die 0204 in einigen Fällen durch die Auswertungsnachricht 0203 ersetzt.
3. Berichtigungsnachrichten wurden im Rahmen der Überarbeitung der Rückmeldung in Frage gestellt, da sie zwar versendet werden, aber von der Wegzugsmeldebehörde meist ignoriert werden. In der UAG Organisation wurde auf Bitten der QS-Instanz geklärt, welche Daten zum Zwecke der Berichtigung zwischen Zuzugs- und Wegzugsmeldebehörde ausgetauscht werden müssen.
4. Die Prozesse "Wohnungsstatuswechsel" und "Zuzug-Inland" sind nahezu identisch, die Nachrichten jedoch unterschiedlich. Befassung der QS-Instanz wurde deutlich, dass die Information den Statuswechsel weiterhin bereits durch die Nachrichtennummer erkannt werden soll und somit die Nachricht 0206 erhalten bleiben soll. Auch das Konstrukt des erweiterten Statuswechsels wird weiterhin mit der Nachricht 0206 übermittelt. Der Begriff wurde jedoch spezifikationsweit entfernt und als Besonderheit des Wohnungsstatuswechsels aufgeführt.

Im Detail wurden folgende Anpassungen an den Datentypen und Nachrichten vorgenommen:

### Datentypen

- `type.rueckmeldung.betroffener.ausland`
  - `vertreter`
    - Die Multiplizität wurde auf `0..4` gesetzt.
    - Anstelle des Typs `type.gesetzlichervertreter.ohnesterbetag` wird der Typ `type.GesetzlicherVertreterOhneBeendigung` verwendet. Dadurch entfällt der Tag der Beendigung der gesetzlichen Vertretung.
  - `partner.und.kinder`

- Anstelle des Typs `type.partner.mit.sperre.und.kinder` wird der Typ `type.PartnerUndKinder` verwendet. Dadurch werden Auskunftssperren für Kinder ergänzt.
  - `letzte.inlandswohnung`
    - Anstelle des Typs `type.Wohnung` wird der Typ `type.WohnungLetzteInlandswohnung` verwendet. Dadurch entfallen unbekannte und Auslandsanschriften. Das Datum des letzten Wegzugs in das Ausland kommt hinzu.
- `type.Rueckmeldung.Nachweisdaten`
  - Der Typ `type.Rueckmeldung.Nachweisdaten` ersetzt den Typ `type.Nachweisdaten`. Dadurch entfallen die Dokumentbeschreibung und das Behörden- oder Aktenzeichen.
- `type.rueckmeldung.natuerlicheperson`
  - `NAMENATUERLICHEPERSON`
    - Anstelle des Typs `type.NameNatuerlichePerson` wird der Typ `type.NameNatuerlichePersonAktuell` verwendet. Dadurch entfallen der frühere Familienname und frühere Vornamen.
  - `FAMILIENSTAND`
    - Anstelle des Typs `type.Familienstand` wird in den Kindelementen der Typ `type.FamilienstandNurBegrueundung` genutzt. Dadurch entfallen der Beendigungsgrund und das Endedatum.
  - `RELIGION`
    - Die Multiplizität des Elements wurde auf 1 gesetzt.
  - `AUSWEISDOKUMENT`
    - Anstelle des Typs `type.Ausweisdokument` wird in den Kindelementen der Typ `type.AusweisdokumentOhneSperrinformationen` genutzt.
  - `WOHNUNG`
    - Das Element `WOHNUNG` des Typs `type.WohnungOhneZusatzdaten` ersetzt das Element `EINWOHNERSCHAFT`.
  - `EINWILLIGUNG`
    - Das Element `EINWILLIGUNG` des Typs `type.Einwilligung` wurde ergänzt.
- `type.rueckmeldung.umzugsverband`
  - `betroffener/vertreter`
    - Die Multiplizität des Elements wurde auf 0..4 gesetzt.
    - Anstelle des Typs `type.gesetzlichervertreter.ohnesterbetag` wird der Typ `type.GesetzlicherVertreterOhneBeendigung` verwendet. Dadurch entfällt der Tag der Beendigung der gesetzlichen Vertretung.
  - `betroffener/partner.und.kinder`
    - Anstelle des Typs `type.partner.mit.sperre.und.kinder` wird der Typ `type.PartnerUndKinder` verwendet. Dadurch werden Auskunftssperren für Kinder ergänzt.
  - `betroffener/nachweis.familienstand`
    - Anstelle des Typs `type.Nachweisdaten` wird der Typ `type.Rueckmeldung.Nachweisdaten` verwendet.

## Nachrichten

- `rueckmeldung.auswertung.0203`
  - `hauptwohnung.ergaenzungen/wahlausschluss`
    - Das Element `wahlrechtsausschluss` wurde umbenannt in `wahlausschluss`. Die Umbenennung erfolgte ebenso im Falle des Kindelements `wahlausschluss`.
  - `hauptwohnung.ergaenzungen/optionsdeutscher`
    - Die Unterstruktur mit den Elementen `optionsdeutscher` und `nachweisdaten` wurde aufgelöst. Damit entfallen die Nachweisdaten.
  - `hauptwohnung.ergaenzungen/staatsangehoerigkeit.glaubhaftmachung`
    - Das Element `staatsangehoerigkeit.glaubhaftmachung` mit den Kindelementen `sachverhalt` des Typs

- Code.Staatsangehoerigkeit.Glaubhaftmachung und nachweisdaten des Typs type.Nachweisdaten wurde ergänzt.
- hauptwohnung.ergaenzungen/unionsbuerger
  - Die Unterstruktur mit den Elementen unionsbuerger und nachweisdaten wurde aufgelöst. Damit entfallen die Nachweisdaten.
- hauptwohnung.ergaenzungen/steueridentifikation
  - Die Position des Elements in der XML-Sequenz wurde verändert.
- hauptwohnung.ergaenzungen/steueridentifikation.ehegatte.lebenspartner
  - Das Element steueridentifikation.ehegatte.lebenspartner des Typs type.Steueridentifikation wurde ergänzt.
- hauptwohnung.ergaenzungen/zuzugsdatumBund
  - Das Element zuzugsdatumBund des Typs xs:date wurde ergänzt.
- abweichungen
  - Elemente zur Übermittlung der unstrukturierten Namensschreibweise wurden ergänzt.
  - XInneres-AllgemeinerName wird anstelle type.Vorname genutzt.
- abweichungen/geburtsdatum
  - Das Element tagdergeburt wurde umbenannt in geburtsdatum. Die Umbenennung erfolgte ebenso im Falle der Kindelemente geburtsdatum.rueckmelder und geburtsdatum.auswerter sowie deren Typen type.Geburtsdatum.
- abweichungen/staatsangehoerigkeit/staatsangehoerigkeit.auswerter.glaubhaftmachungdeutschestaatsangehoerigkeit
  - Das Element ist entfallen.
- abweichungen/familienstand
  - Anstelle des Typs type.Familienstand wird in den Kindelementen der Typ type.FamilienstandNurBegrueundung genutzt. Dadurch entfallen der Beendigungsgrund und das Endedatum.
- abweichungen/hauptwohnung.bisher und abweichungen/hauptwohnung.weitere
  - Anstelle des Typs type.Wohnung wird in den Kindelementen der Typ type.WohnungOhneZusatzdaten genutzt. Dadurch entfallen die Daten zur An- und Abmeldung bei der Anmeldebehörde, zur An- und Abmeldung von Amts wegen sowie zum Wohnungsstatuswechsel von Amts wegen und dessen Mitteilung.
- abweichungen/ausweisdokument/ausweisdokument.rueckmelder
  - Anstelle des Typs type.Ausweisdokument wird in den Kindelementen der Typ type.AusweisdokumentOhneSperrinformationen genutzt.
- abweichungen/geschlecht
  - Die Multiplizität der Kindelemente wurde auf 0..1 gesetzt.
- abweichungen/gesetzlichervertreter
  - Anstelle des Typs type.gesetzlichervertreter.ohnesterbetag wird der Typ type.GesetzlicherVertreterOhneBeendigung verwendet. Dadurch entfällt der Tag der Beendigung der gesetzlichen Vertretung.
- abweichungen/auskunftssperre
  - Das Element uebermittlungssperre wurde umbenannt in auskunftssperre. Die Umbenennung erfolgte ebenso im Falle der Kindelemente auskunftssperre.rueckmelder und auskunftssperre.auswerter.
- abweichungen/partner
  - Die Multiplizität der Kindelemente wurde auf 0..1 gesetzt.
  - Anstelle des Typs type.partner.mit.sperre wird in den Kindelementen der Typ type.Partner.mit.Sperre verwendet.
- abweichungen/kinder
  - Anstelle des Typs type.identifikation.kind wird in den Kindelementen der Typ type.Kind.mit.sperre verwendet. Dadurch werden Auskunftssperren für Kinder ergänzt.
- abweichungen/einwilligung

- Das Element `einwilligung` mit den Kindelementen `einwilligung.rueckmelder` und `einwilligung.auswerter` des Typs `type.Einwilligung` wurde ergänzt.
- `rueckmeldung.unplausibel.0204`
  - `aktuelleAnschrift`
    - Das Element `anschrift` wurde umbenannt in `aktuelleAnschrift`.
    - Anstelle des Typs `type.Anschrift.Melderecht` wird der Typ `type.AnschriftMelderechtOhneAusland` verwendet. Dadurch entfallen Auslandsanschriften.
- `rueckmeldung.statuswechsel.0206`
  - Die Nachricht `rueckmeldung.erweiterterstatuswechsel.0206` wurde umbenannt in `rueckmeldung.statuswechsel.0206`.

# Antragsdetails

Antragsteller: EG XMeld

Erfasst am: 23.07.2012

Bezug:

## Analyse des Änderungsantrags

*"(1) Hat sich eine Person bei einer Meldebehörde angemeldet, so hat diese die Wegzugsmeldebehörde und die für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden darüber durch Übermittlung der in § 3 Absatz 1 Nummer 1 bis 18 genannten Daten der betroffenen Person zu unterrichten (Rückmeldung). Bei einem Zuzug aus dem Ausland ist die für den letzten Wohnort im Inland zuständige Meldebehörde als Wegzugsmeldebehörde zu unterrichten. Die Daten sind unverzüglich, spätestens jedoch drei Werktage nach der Anmeldung, durch Datenübertragung zu übermitteln; § 10 Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend.*

*(2) Die übermittelten Daten sind unverzüglich von der Wegzugsmeldebehörde zu verarbeiten. Die Wegzugsmeldebehörde hat die Zuzugsmeldebehörde unverzüglich, spätestens jedoch drei Werktage nach Eingang der Rückmeldung, über die in § 3 Absatz 2 Nummer 1, 2 Buchstabe d, Nummer 3, 4, 5, 7, 8 und 11 genannten Tatsachen sowie dann zu unterrichten, wenn die in Satz 1 bezeichneten Daten von den bisherigen Angaben abweichen (Auswertung der Rückmeldung). Soweit Meldebehörden desselben Landes beteiligt sind, können für die Datenübermittlung weitergehende Regelungen durch Landesrecht getroffen werden"*

## Lösungsvorschlag im Änderungsantrag

Das Kapitel Rückmeldung ist aufgrund der Regelungen im Bundesmeldegesetz zum 01.11.2014 zu überarbeiten:

### Erweiterung des Datenkataloges (§ 3 BMG)

Aufgrund der Erweiterung des Datenkataloges, der von den Meldebehörden zu speichern ist, sind die Rückmeldenachrichten um die Datenfelder zu ergänzen. Es sind sowohl die Rückmeldenachricht als auch die Auswertungsnachricht (Ergänzungscontainer) betroffen. Bei einigen Daten ist zu prüfen, ob sie, wie im BMG beschrieben in die Rückmeldung aufgenommen werden können, da sie höchstwahrscheinlich eigentlich in den Ergänzungscontainer gehören (z. B. Sperrkennwort Personalausweis) bzw. gar nicht in den Rückmeldeprozess gehören (z. B. Deutscher im Ausland-Hinweis auf Wahlen).

### Kommunizierende Meldebehörden

Der Wortlaut im BMG kann so interpretiert werden, dass die Zuzugsgemeinde zwar alle Meldebehörden der betroffenen Person über den Zuzug unterrichtet, aber nur von der Wegzugsmeldebehörde (also der Hauptwohnungsmeldebehörde) die Auswertungsnachricht erhält. Dies ist bei der Bearbeitung des CR noch zu prüfen.

### Rückmeldungen zu beigeschriebenen Personen

Bisher gibt es die Partnerrückmeldung, die im BMG nicht benannt ist. Im § 33 Abs. 3 wird aber auf eine Fortschreibung der Daten zu beigeschriebenen Personen im Umzugsfall hingewiesen. Es ist zu prüfen, ob die Partnerrückmeldung zugunsten einer Fortschreibung abgeschafft werden soll oder ob ergänzend eine Rückmeldung für Kinder und gesetzliche Vertreter aufgenommen wird.

## Bewertung

Bewertungskriterien							Aufwandsschätzung	
Gesetzliche Vorgabe	Fehler	Eindeutigkeit	XÖV-Konformität	Erleichterung MB	Erleichterung AB	XMeld-Prozesse	Modellierung	Test
Wartbarkeit	Fachlicher Aspekt	Detail					Hersteller	Betroffene Dokumente

1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	Spezifikation
											Has 1.8.1
											Verwandte CRs

**Bewertet durch: CAB 02**

**Bewertet am: 2012-08-31**

Der Änderungsbeirat stimmt zu, dass die Rückmelde- und Auswertungsnachricht für betroffene Personen jeweils um die unter § 3 ... BMG genannten Daten, in sinnvoller Weise, zu ergänzen sind. Die Arbeiten können bereits ohne Vorliegen der 1. BMeldDÜV begonnen werden, da der Datenumfang bereits feststeht. Details sind nach Vorliegen der 1. BMeldDÜV abzugleichen. Der Änderungsbeirat stimmt der Befassung mit der Frage, ob die Auswertungsnachricht von Nebenwohnungen zu versenden ist zu. Eine Präferenz, ob die Nebenwohnungen mit einer Rückmeldenachricht (gleichzeitig zur Rückmeldung) oder mit einer Fortschreibenachricht (nach Abschluss der Rückmeldung) zu informieren ist, gibt es nicht.

Der Änderungsbeirat stimmt außerdem zu, dass das Gremium mit der Anpassung der Partnerrückmeldung/Fortschreibung und der Aufnahme der neuen Kinder/gesetzlichen Vertreter Rückmeldung/Fortschreibung bis zur Bereitstellung einer gesicherten Fassung der Verordnung wartet. Details zur Ausgestaltung (Initialdatenlieferung etc.) werden parallel in der UAG Recht abgestimmt, in der die KoSIT (JH) Mitglied ist.

**Bewertet durch: KoSIT/JH**

**Bewertet am: 2012-10-17**

Innerhalb dieses werden auch die CRs:

- CR 104/2011 "Optimierung der Rückmeldung" inkl. der Punkte:
  - 1) Überarbeitung der Nachricht 0204 (früher nur wenn Person nicht identifiziert, jetzt erweitert) Abweichungen sind nicht elektronisch mitteilbar
  - 2) Klärung der Problematik "Abmeldung nach Unbekannt"
  - 3) Umgang mit Abweichungscontainern
  - 4) Wie ist mitzuteilen, dass statt einer Nachricht 0201 fälschlicherweise eine Nachricht 0202 geschickt worden ist?
  - 5) Befüllung von Auswerter und Rückmelder 0201 und 0203 (bzgl. der Religion)
  - 6) Verwendung der Anschrift in der Nachricht 0204
  - 7) Entfallen der Berichtigungsnachrichten 0211/0212/126, weil Benachrichtigung über Fortschreibung möglich?
  - 8) Aufteilung der Prozessmodelle (wichtigste Fälle gesondert darstellen)
  - 9) Umgang mit Verstorbenen im MR
  - 10) Übermittlung von Anschriften in der Nachricht 0204 (Falsche Anschrift in ZMB, Schlüssel 05 in 0204)
  - 11) Fortschreibung statt 0201/0203 an NW-Meldebehörden? (siehe auch Klärungspunkt BMG)
  - 12) Überarbeitung 0202
  - 13) Überarbeitung 0206 (siehe auch Erweiterter Statuswechsel)
  - 14) unbekannte Anschriften
  - 15) Situation "nicht meldepflichtig" (auch bzgl. Statistik) berücksichtigen
  - 16) Übermittlung von Nachrichten an ext. Datenempfänger nach oder vor der Rückmeldung
  - 17) Quittierung von Auskunftssperren aus Rückmeldung und Fortschreibung
  - 18) Entfernung der Einwohnerschaft aus XMeld
- CR 6/2012 "Fehlendes Abweichungspaar zum DSMeld Feld 1002 in der Nachricht 0203"
- CR 264/2011 "Überarbeitung des Erweiterten Statuswechsel"
- CR 260/2011 "Einheitliches Verfahren bei Quittieren von Auskunftssperren"
- CR 273/2011 "Korrektur und Rücknahme von Anmeldungen"
- CR 263/2011 "Klarstellung von Gemeindeverband / Verwaltungsgemeinschaft"
- CR 32/2012 "Überarbeitung 0211"
- CR 12/2013 "Befüllung von partner.rueckmelder und partner.auswerter in der Nachricht 0203"

# Bearbeitung

Wartend auf:

Betrifft	Aktivität	Status Mod	Status Test
Spez.	Anpassung Nachricht 0202, Kindelement „datumdesauszugs“ entsprechend Sitzung AG Mod. vom 2013-04-18, TOP 4.d.i	2013-12-04	
Spez	Anpassung der Nachrichten gem 1. BMeldDÜV	2013-12-04	
Spez	Fehlernachricht 0204 anpassen		
AG Test	Dokumentation von Beispielen zur Veranschaulichung der in den Abschnitten zu "Besonderheiten" dargelegten Situationen		
Spezifikation	Umsetzung der Nachrichten gem 2013-12-11		

---

**Bearbeitet durch: AG Modellierung**

**Bearbeitet am: 2012-10-17**

**Bearbeitungsdauer:**

---

Das Rückmeldekapitel wird komplett neu aufgebaut. Ein Entwurf wurde von JH erstellt. Dieser enthält als Neuerungen einen Abschnitt für Begriffsdefinitionen sowie einen Anlass bezogenen Aufbau des Abschnittes "Ablauf im Detail". Das neue Rückmeldekapitel soll der Prototyp für die neue Gliederung der Kapitel darstellen.

**A) Es wurde folgender genereller Leitfaden für die neue Gliederung der Kapitel erarbeitet:**

- Die neue Strukturierung, die für alle DÜ-Kapitel der Spezifikation gilt, lehnt sich an der alten an (alte Kapitelstruktur prinzipiell erhalten), ist aber in einigen Punkten inhaltlich anders:
  1. **Ausgangssituation und Zielsetzung:** kurze Beschreibung der Zielsetzung (= „Warum“), nur Verweis auf gesetzliche Grundlagen, keine Ablaufinformationen
  2. **Begriffsdefinitionen:** neu, hier werden Begriffe erläutert, die nur in diesem DÜ-Kontext von Bedeutung sind und somit nicht im Kapitel „Grundlegende Begriffe“ aufgenommen sind
  3. **Übersicht über den Ablauf:** Grobe Beantwortung der Fragen: „Wer?“ „Was?“ „Wann?“ „Wie?“ („Warum?“ ist in „Ausgangssituation und Zielsetzung“)
  4. **Der Ablauf im Detail:** neu: Anlassbezogene Beschreibung der detaillierten Abläufe inkl. feiner Beantwortung der W-Fragen; dadurch Vermeidung der bisherigen eher monolithischen Prozessmodelle und Schaffung mehrerer kleiner PMs; Besonderheiten: bisherige Infos zu Prozessen / Schlüsseln aus den Nachrichten hier aufnehmen  
Vision: Produktionskette so gestalten, dass per Knopfdruck eine anlassorientierte Dok-Generierung möglich ist.
  5. **Datentypen:** wie bisher
  6. **Nachrichten: nicht mehr:** Prozessbeschreibungen, Spezialschlüssel **Ziel:** Kurzbeschreibung
  7. **Historie:** wie bisher, aber mit Strukturierungsbruch
  8. **Beispiele:** grundsätzlich sollen hier immer Prozessbeispiele mit konkreten Ausprägungen beschrieben werden (ggf. für alle in diesem Kontext ausformulierten Anlässe)  
Vision: Verbindung mit Testsuite/Referenznachrichten

**B) Abschnitt "Ausgangssituation und Zielsetzung" wurde gemäß Leitfaden Punkt 1. redaktionell überarbeitet.**

**Begründung für den neu gestalteten Abschnitt:**

- Die ausführliche Ausführung aus der alten Spezifikation (Abschnitt 4.1) wurde nicht übernommen, da der dort beschriebene Sachverhalt mittlerweile in den Meldebehörden gelebte Praxis ist.

- Die neue Beschreibung greift nur noch die Punkte auf, die für die technische Umsetzung im Rahmen der Spezifikation erforderlich sind.

---

**Bearbeitet durch: AG Modellierung**

**Bearbeitet am: 2012-11-13**  
**Bearbeitungsdauer:**

---

**Vorbemerkung:**

- Grundlage der Überlegungen zur Überarbeitung der Rückmeldeprozesse ist die Annahme, dass der VAMS mit Einführung des BMG bundesweit verpflichtend eingesetzt wird.

**1. Fall: Zuzug aus dem Inland**

Bisheriger Stand des Rückmeldeverfahrens:

- Jede Meldebehörde, die eine 0201 erhält, schickt eine Antwortnachricht 0203 bzw. 0204

Zukünftig:

- Jede betroffene Meldebehörde erhält eine 0201
- Nur die Wegzugsmeldebehörde muss auf eine 0201 mit einer 0203 reagieren (keine 0204, da VAMS-Verfahren sonst schon gescheitert wäre)
- Für weitere Wohnungen zuständige Meldebehörden schicken keine 0203, aber sehr wohl bei Bedarf eine 0204
- Es muss noch geprüft werden, mit welcher Nachricht eingetragene ASPs quittiert werden müssen; Alternativen:
  - alle Meldebehörden quittieren mit einer 0920
  - Wegzugs-MB quittiert mit 0203, die für weitere Wohnungen zuständigen MB quittieren mit 0920
  - alle MB quittieren mit einer 0203 (wird nicht befürwortet)

**2. Fall: Wiederzuzug aus dem Ausland**

Bisheriger Stand des Rückmeldeverfahrens:

- Die Meldebehörde, die eine 0202 erhält, schickt eine Antwortnachricht 0203 bzw. 0204

Zukünftig:

- Die letzte Inlandsmeldebehörde erhält eine 0202
- Sie reagiert mit einer 0203 (keine 0204, da VAMS-Verfahren sonst schon gescheitert wäre)
- Es muss noch geprüft werden, mit welcher Nachricht eingetragene ASPs quittiert werden müssen; Alternativen:
  - die letzte Inlandsmeldebehörde quittiert mit einer 0920
  - die letzte Inlandsmeldebehörde quittiert mit einer 0203

**3. Fall: Wiederzuzug nach Abmeldung nach unbekannt**

Bisheriger Stand RM-Verfahren (seit 01.11.2012):

- ist im nächsten EG zu besprechen

An geeigneter Stelle in der Spez. (Part „Allgemeines“) verorten (nicht in einem konkreten DÜ-Kapitel!):

- Es finden zwischen Sender und Empfänger keine XMeld-Datenübermittlungen statt, wenn diese identisch sind.

Daraus folgt für die Rückmeldung, dass die Abschnitte für die Anlässe, bei denen keine Rückmeldung erfolgt (z. B. Umzug) dort nicht aufgeführt werden.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2012-11-19**

---

**Der CR 2012-59 betrifft die Rückmeldung und wird daher in diesem CR mit bearbeitet:**

Anliegen des CR:

*"Die Staatsangehörigkeit als Kindelemente von rueckmeldung.auswertung.0203 benutzt das Kindelement Nachweisdaten, um den Nachweis der Staatsangehörigkeit zu dokumentieren. Der DSMeld kennt im Zusammenhang mit der Staatsangehörigkeit nur die Glaubhaftmachung (1002), das Datum der Glaubhaftmachung (1003) und Behörde/Aktenzeichen der Glaubhaftmachung (1004).*

*In der Darstellung der Kindelemente der Rückmeldung heißt es:*



*staatsangehoerigkeit.auswerter.*

*glaubhaftmachungdeutschestaatsangehoerigkeit*

*type.Nachweisdaten 0..1 1.10.1 84*

*Falls bei dem Betroffenen ein Eintrag zur deutschen Staatsangehörigkeit vorhanden ist, sind die im Empfänger-*

*EWO gespeicherten Nachweise zur Glaubhaftmachung (DSMeld-Felder 1002 bis 1004) zu übermitteln.*

*Das kann m. E. nicht gelingen, da der DSMeld drei Felder vorsieht und eines davon eine Schlüsseltabelle beinhaltet.*

*Lösungsvorschlag im Änderungsantrag*

*Bilden eines Elementes Staatsangehörigkeit mit vier Kindelementen entsprechend dem DSMeld.*

*Alternativ: Prüfen der Notwendigkeit der Glaubhaftmachung und Änderung des DSMeld."*

Aufgrund der Umstellung des DSMeld und der generellen Überarbeitung der Nachricht 0203 aufgrund des BMG, ist mit der Bearbeitung noch zu warten bis ein gesicherter Stand der Rechtsgrundlagen vorliegt.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2012-12-03**

---

### **Zuzug aus dem Inland**

Es werden folgende Fallkonstellationen für die Zuständigkeitsprüfung bei der Rückmeldung unter Berücksichtigung des VAMS diskutiert:

#### **1. Fall VAMS ist durchgelaufen 0300:**

##### **1.a VAMS positiv (kennen wir) 0301:**

- Anmelden
- HW: 0201 an WMB schicken; 0203 zurück, aber nur Ergänzungen möglich
- NW: 0201 an weitere MB schicken;
- alles ok: Ende (keine 0203 !)
- nicht ok: 0204 von NW an ZMB; danach Fortschreibung von ZMB an WMB

##### **1.b VAMS negativ (kennen wir nicht) 0301:**

###### **- Sachbearbeiterklärung**

###### **1.b.i Scheinanmeldung**

- keine Anmeldung durchführen
- alles weitere außerhalb XMeld

###### **1.b.ii Fehler im WMB-Register**

- nach Korrektur in WMB konventionelle Anmeldung in ZMB: RM-Prozess kann dann nur 0201/0203 werden, 0204 nicht möglich (dieser Fall wird aus Sicht AG Mod. als in der Praxis unwahrscheinlich angesehen;)

#### **2. Fall VAMS geht nicht (TimeOut oder ein Partner kann VAMS nicht oder...):**

- herkömmliche Anmeldung
- 0201 an WMB und ggf. weitere MB
- 0203/0204 von WMB an ZMB

### **Wird die Nachricht 0204 (auch mit VAMS) weiterhin benötigt?**

Die Frage, ob die Nachricht 0204 in der Rückmeldung weiterhin (auch mit VAMS) benötigt wird, wird vom EG mit 'ja' beantwortet.

Statt die Nachricht 0204 zu verwenden wurde über die Verwendung der Hinweinsnachricht 1500/1501 oder 0905 von den NW-MBen bzw. allgemein als Alternativen nachgedacht. Dadurch würde aber der etablierte Prozess mit Nachricht 0204 verlorengehen und eine Qualitätsreduktion erfolgen. Somit bleibt es bei 0204. (Wir haben mindestens zwei Fallkonstellationen identifiziert, in denen die 0204 weiterhin benötigt wird; mit vermutlich relevanten Fallzahlen)

### **Abschnitt für den Zuzug aus dem Ausland**

Es gab eine Designentscheidung für die Dokumentation von Rückmeldung und der Auswertung in einem Abschnitt (statt in zwei separaten).

Die AG Modellierung hat sich dafür entschieden, sowohl Rückmeldung als auch Rückmeldungs auswerten an einer Stelle zu beschreiben. Damit entfällt der ursprünglich (in ersten Entwürfen) vorgesehene gesonderte Anlass „Auswertung Rückmeldung“.

### **Prozessmodell für den Zuzug aus dem Ausland als Test für neue Darstellung**

Die AG Modellierung hat sich dafür entschieden, im Prozessmodell zum „Zuzug aus dem Inland“ teilweise den Prozess zur „Prüfung von Auskunftssperren“ einzubinden, der in einem eigenen Abschnitt beschrieben werden soll. Diese Beschreibung erfolgt zunächst im Kontext der Rückmeldung, kann aber ggf. als „allgemeines Prozessmuster“ (in das Kapitel „II.6 Allgemeine Prozessmuster“) herausgezogen werden, sofern es sich als sinnvoll erweist, die „Prüfung von Auskunftssperren“ auch im Rahmen anderer Datenübermittlungen zu verwenden.

---

#### ***Bearbeitet durch: JS***

***Bearbeitet am: 2012-12-12***

---

Zu folgenden Fallkonstellationen wurde aus Sicht von Mannheim kommentiert:

1. Für die zuziehende Person wurde der VAMS ausgestellt, die Wegzugsmeldebehörde ist als tatsächlich noch zuständige Meldebehörde bekannt, Nachricht 0204 ist daher ausgeschlossen.

#### **Das sollte so sein!**

2. Für die zuziehende Person wurde der VAMS ausgestellt, aber die Angaben zur Nebenwohnung sind sowohl in der Wegzugsmeldebehörde falsch und auch durch den Bürger kommen falsche Angaben zur Nebenwohnung. Daraus folgt eine Nachricht 0204 von der Nebenwohnung an die neue Hauptwohnung.

#### **Da würde ich zustimmen, dieser Fall ist so noch nicht aufgetreten.**

3. Der VAMS ergab, dass die betroffene Person nicht in der Wegzugsmeldebehörde identifiziert werden kann. Eine Rückmeldung mit der Wegzugsmeldebehörde würde daher auch zu einer Nachricht 0204 -> Bevor eine Rückmeldung Sinn macht, muss der Sachbearbeiter den Fall klären (ggf. liegt eine Scheinanmeldung vor)

#### **Auch hier Zustimmung. Da hilft nur meine telefonische Abklärung des Sachverhaltes. Kam in der Praxis bisher aber noch nicht vor und wird eher unwahrscheinlich sein.**

4. Es liegt ein Fehler im Melderegister der Wegzugsmeldebehörde vor. Die Zuzugsmeldebehörde fragt den VAMS an und die Wegzugsmeldebehörde kann die Person nicht identifizieren. Der Bürger beteuert aber, dass er dort wohnt (ggf. auch durch Personalausweis belegbar). Ggf. wird eine Korrektur in der Wegzugsmeldebehörde durchgeführt und dann eine Rückmeldung versendet?

**Bevor der VAMS durchgeführt wird, sind die fehlerhaften Daten zu klären. Allerdings ist auch diese Konstellation unwahrscheinlich, da der Personalausweis vorliegt. Nur wenn dieser sich im Nach hinein als fehlerhaft herausgestellt hätte (und nicht eingezogen wurde) könnte dieser Fall eintreten. Wir hatten diese Konstellation noch nicht.**

---

#### ***Bearbeitet durch: FZ***

***Bearbeitet am: 2012-12-17***

---

#### **Auswertung zu den genannten Fällen:**

zu Fall 4. Es sollte natürlich immer erst eine Klärung und ggf. Korrektur in der Wegzugsmeldebehörde erfolgen. Es ist jedoch denkbar, dass eine Korrektur in der Wegzugsmeldebehörde aus verschiedenen Gründen nicht ad hoc stattfinden kann, die 0201 somit auf einen abweichenden Datensatz trifft und daher eine 0204 generiert wird.

Außerdem denkbar:

Fall 5. Der VAMS wird nicht durchgeführt, weil eine nichtzuziehende Person eine ASP hat. Beim anschließenden Rückmeldeprozess wird aufgrund von abweichenden Daten eine 0204 geschickt.

Fall 6. Die Person ist in der Wegzugsmeldebehörde nach unbekannt abgemeldet, nach der jetzigen Konstellation müsste in der Nachricht 0301 mit Schlüssel 05 geantwortet und somit keine Daten gesendet werden. Dann ist im Rückmeldeprozess bei abweichenden Daten wiederum eine Nachricht 0204 denkbar.

(Falls noch nicht darüber nachgedacht wurde, rege ich an, hier analog der neuen Regelung „bei einer nach unbekannt abgemeldeten Person keine 0204 mehr sondern eine 0203 schicken“ auch den VAMS zuzulassen, also Schlüssel 05 der Tabelle 66 zu streichen. Die Zuzugsmeldebehörde speichert die letzte Anschrift als Zuzugsadresse und muss auch hier die Daten mit ihr abgleichen, ein Zuzug von unbekannt ist unzulässig, daher macht hier der VAMS genauso Sinn.

In dem Zusammenhang rege ich außerdem an, den VAMS auch bei einem Wiederzuzug aus dem Ausland für die letzte inländische Wohnung zu nutzen. Bei diesem Personenkreis, gibt es im Rückmeldeverfahren und bei der BZSt-Konfliktbearbeitung den größten, zum Teil langwierigen Klärungsaufwand. Die meisten Probleme könnten schon durch den VAMS beseitigt werden und die Personen müssten nicht hinterher zur Klärung erneut kontaktiert werden bzw. Gefahr laufen eine zweite IDNR zugeteilt zu bekommen. Hiermit würde sich der Arbeitsaufwand bei den Meldebehörden richtig stark reduzieren! Das BMG sieht den VAMS zwar nur zwischen Wegzugs- und Zuzugsmeldebehörde vor, aber vielleicht könnte über die Verwaltungsvorschriften eine analoge Regelung getroffen werden...).

Ich habe zudem die 0204 Nachrichten aus einer Woche geprüft. Wir haben 23 Mal 0204er erhalten, davon 4 Stück aufgrund einer Nachricht 0202, die wegen der Fragestellung nicht berücksichtigt wurden. Ansonsten:

10 Mal „nicht identifiziert“ (davon 1 Mal von einer Nebenwohnung)

6 Mal „Bereits ins Ausland abgemeldet“

3 Mal „Bereits ins Inland abgemeldet“

Die Fälle sind ansonsten denkbar, werden jedoch wie man sieht nicht in der Masse auftreten. Die Anzahl der 0204er wird sich durch den VAMS noch weiter reduzieren. Sollte bei Nummer 6. keine analoge Regelung getroffen werden können, werden nach meiner Einschätzung sowohl für die nach unbekannt abgemeldeten Personen als auch beim Versand der 0202 Auslandsrückmeldung die meisten 0204er verschickt werden.

---

**Bearbeitet durch: JF****Bearbeitet am: 2012-12-17**

---

Ingolstadt:

Bei dt. Staatsbürgern ist ein „Nichtfinden“ eigtl. unmöglich, weil i. d. Regel, (Pass/Ausweis) geprüft wird. Gelegentliche Fälle ergeben sich bei Ausländern (Werkvertrag).

Berechtigte 0204er Nachrichten in der Größenordnung insgesamt < 2-3 %

---

**Bearbeitet durch: AG Test****Bearbeitet am: 2013-01-17**

---

**1) Anmerkungen zum Abschnitt Ausgangssituation und Zielsetzung**

Hier wird nur eine Variante des Rückmeldeverfahrens beschrieben. Beschrieben wird der Wechsel der Hauptwohnung. Es bleibt unklar, welche Nachrichten beim Beziehen einer Nebenwohnung übermittelt werden. (Erweiterter Statuswechsel) Beim Anmelden einer Nebenwohnung entfällt die Wegzugsmeldebehörde.

Der Wegfall der Auswertung durch die Nebenwohnung lässt sich mit BMG nicht begründen, da der entsprechende Abschnitt textidentisch mit dem im MRRG ist.

**2) Anmerkungen zum Abschnitt Begriffsdefinitionen/Rückmeldeverfahren**

2a) Vorschlag der Ergänzung der Definition durch folgenden Satz:

*"Das Rückmeldeverfahren findet immer nur zwischen der Zuzugsmeldebehörde und der Wegzugsmeldebehörde statt."*

2b) oder Ersetzung durch folgenden Text

*"Das Rückmeldeverfahren nach § 33 ... wird durch eine Nachricht 0201 oder 0202 ausgelöst und ist verbunden mit der Verpflichtung zur Antwort durch die Wegzugsmeldebehörde oder zur Antwort durch die für letzte Wohnung im Inland zuständige Meldebehörde mit der Nachricht 0203/0204. Ist die für eine weiteren Wohnung adressierte Meldebehörde nicht oder nicht mehr zuständig, antwortet sie mit der Nachricht 0204."*

2c) Vorschlag: der Begriff "Rückmeldeverfahren" sollte in grundlegende Begriffe definiert werden.

### 3) Anmerkungen zum Abschnitt Begriffsdefinitionen/Rückmeldung

**3a) Jetzige Definition der Rückmeldung** ist eine Tautologie: Eine Rückmeldung ist eine Rückmeldung ...

Es wird beschrieben was bei einer Rückmeldung passiert, aber nicht was eine Rückmeldung ist.

Von dieser Definition sind nicht gedeckt:

Anmeldung einer Nebenwohnung

Statuswechsel

Erweiterter Statuswechsel (sollte vollständig aus der Spezifikation entfernt werden).

Bisher:

Die Rückmeldepflicht besteht für alle Meldebehörden unabhängig davon, ob es sich bei der Anmeldung um eine Hauptwohnung, eine alleinige Wohnung oder eine Nebenwohnung handelt.

#### **3b) Vorschlag für die Definition der Rückmeldung:**

*"Die Mitteilung über eine Anmeldung ... in einer Meldebehörde ... wird als Rückmeldung bezeichnet"*

### 4) Anmerkungen zum Abschnitt Begriffsdefinitionen/Auswertung der Rückmeldung

Es wird beschrieben was bei der Auswertung passiert, aber nicht was die Auswertung ist.

### 5) Frage zu Abschnitt "Übersicht über den Ablauf"

Ist damit die Antwort mit einer 0204 außerhalb des Rückmeldeverfahrens?

### 6) Vorschlag zur Änderung des Abschnittes Zuzug aus dem Inland/Beteiligte Stellen am Rückmeldeverfahren"

#### **"Beteiligte Stellen am Rückmeldeverfahren**

1. Beteiligte Stellen bei der Rückmeldung
  - Zuzugsmeldebehörde (Sender)
  - Wegzugsmeldebehörde (Empfänger)
  - für weitere Wohnungen zuständige Meldebehörden (Empfänger)
  - ggf. falsch adressierte Meldebehörden (Empfänger)
2. Besser: Beteiligte Stellen bei einer Reaktion auf die Rückmeldung
  - Wegzugsmeldebehörde (Sender)
  - Zuzugsmeldebehörde (Empfänger)
  - ggf. falsch adressierte Meldebehörden (Sender)"

Auswertung der Nachricht ist bisher nur Nachricht 0203, wenn auch die Nachricht 0204 unter Auswertung subsumiert wird, ist der Terminus nicht mehr passend.

### 7) Vorschlag zu Abschnitt "Zuzug aus dem Inland/Nachrichten

Vorschlag AG Test: Die Nachricht 0204 bei der "Auswertung der Rückmeldung" aufnehmen und "Auswertung der Rückmeldung" dann umbenennen in "Nachrichten für Reaktion auf eine Rückmeldung". Siehe auch Kommentar oben.

### 8) Textvorschlag der AG Test für den Abschnitt Prozessbeschreibung

#### 1. Versenden der Rückmeldung

Die Anmeldung der *betroffenen Person* in der Zuzugsmeldebehörde löst bei einem Zuzug aus dem Inland die Rückmeldung mit der Nachricht 0201 an die Wegzugsmeldebehörde und ggf. an die für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden aus.

Der Empfänger prüft anhand der empfangenen Daten, ob er für die betroffene Person aktuell zuständig ist:

- Zuständig: Die Daten der Zuzugsmeldebehörde werden in das Melderegister eingearbeitet.  
Für die für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden ist der Prozess damit abgeschlossen.
- Nicht zuständig: Der Empfänger sendet die Nachricht 0204 an den Absender.

#### 2. Entgegennahme der Rückmeldung

#### 3. Versenden der Auswertung der Rückmeldung

Nach Einarbeitung durch die Wegzugsmeldebehörde wertet diese die erhaltene Nachricht 0201 inhaltlich aus und sendet Ergänzungen und eventuelle Abweichungen mit der Nachricht 0203 an die Zuzugsmeldebehörde. Hierzu wird auf die Tabellen 1 und 2 (\*\* DocBook: xrefs ! \*\*) verwiesen.

Nach Erhalt der Nachricht 0203 übernimmt die Zuzugsmeldebehörde die Ergänzungen und prüft, ob die ggf. enthaltenen Abweichungen übernommen werden können.

#### 4. Versenden der Nachricht Rückmeldung unplausibel

---

**Bearbeitet durch: AG Modellierung**

**Bearbeitet am: 2013-01-17**

---

### 1) Quittung von Auskunftssperren

Die Quittung von Auskunftssperren im Rückmeldekontext wird noch einmal besprochen. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Abschnitt allgemeiner gefasst werden kann und dann verschoben wird. Im bisher formulierten Abschnitt soll aber noch ein Satz überarbeitet werden:

*"Unabhängig davon, ob bei der [Wegzugsmeldebehörde](#) und den [für weitere Wohnungen zuständigen Meldebehörden](#) die Auskunftssperre bereits eingetragen ist, quittieren beide die erfolgreiche Einarbeitung jeweils mit einer [Nachricht 0920](#)."*

Formulierung dieses Satzes überarbeiten. Sinngemäß muss dargestellt werden, dass die von der Zuzugsmeldebehörde übermittelte Auskunftssperre beim Empfänger beachtet/eingearbeitet/berücksichtigt wurde.

Im Rahmen von ToDo 8 wird ein Prozessmodell zur „Prüfung von Auskunftssperren“ erstellt und zunächst an dieser Stelle eingebunden.

### 2) "Nicht-Anlässe" im Kapitel aufführen

#### Diskussion, ob „Nicht-Anlässe“ aufgeführt werden sollen:

Folgende Varianten sind denkbar:

1. Alle Anlässe (aus II.1.2) immer aufnehmen, auch wenn sie z. T. nicht relevant sind (mit entsprechendem Text „... hier nicht relevant ...“).
  - Vorteile: Nummerierung ist immer konstant, Aussage zu jedem Anlass ist unmittelbar eindeutig
  - Nachteile: Dokumentlänge (Annahme: Regelfall ist, dass eher wenige Anlässe relevant sind), Übersichtlichkeit
2. Ausgewählte nicht relevante Anlässe aufnehmen, um Mißverständnisse zu vermeiden und zu begründen, warum in diesem Kontext dieser Anlass nicht relevant ist (genau das ist das vorstehende Beispiel).
  - Vorteile: Vermeidung von Mißverständnissen, kürzere Dokumentlänge
  - Nachteile: unterschiedliche Nummerierung mit dem Nachteil, dass bei späterer Aufnahme eines zunächst nicht relevanten Anlasses

die Nummerierung geändert wird (lösbar, siehe Option \*), subjektive Auswahl von eigentlich nicht relevanten Anlässen führt zu anderen Mißverständnissen

3. Nur die Anlässe aufnehmen, die in diesem Kapitel XMeld-relevant sind (also zu XMeld-Nachrichten führen).
  - Vorteile: kürzestmögliche Dokumentlänge, keine subjektive Auswahl nicht relevanter Anlässe möglich
  - Nachteile: unterschiedliche Nummerierung mit dem Nachteil, dass bei späterer Aufnahme eines zunächst nicht relevanten Anlasses die Nummerierung geändert wird (lösbar, siehe Option \*), Mißverständnisse / Rückfragen wahrscheinlich

\*) In den Varianten 2 und 3 könnte (auf DocBook-Ebene) eine springende Nummerierung forciert werden, so dass die Anlässe immer mit derselben Nummer auftauchen.

Die Diskussion führt zu folgendem Votum in AG Modellierung (10 Stimmberechtigte)

- Variante 1: 2 Stimmen
- Variante 2 mit \*-Option: 6 Stimmen
- Variante 3 mit \*-Option: 2 Stimmen

An zentraler Stelle ist das Vorgehen der anlassbezogenen Darstellung (ggf. „Grundsätze zu XMeld“) einmalig zu erläutern, siehe ToDo 9.

### 3) Anlass "Bezug einer weiteren Wohnung"

Sachstand 2012: Nach erfolgter Anmeldung einer NW bei einer neu zuständigen Meldebehörde wird das Rückmeldeverfahren 0201/0203 durchgeführt. Es stellen sich folgende Fragen:

1. Ist dieses Vorgehen richtig? – Nein, da es sich eindeutig um eine Fortschreibungssituation handelt.
2. Ist dieses Vorgehen (0201/0203) notwendig? – Momentan ja, weil derzeit nur auf diese Art die Mitteilung fehlender Informationen erfolgen kann, z. B. ASP.
3. Führt eine Änderung des derzeitigen Prozesses zu einer Verbesserung? – Derzeit noch offen, wir sehen folgende Möglichkeiten:
  - Wenn alles bleiben soll, wie es ist, muss zur Herstellung der Rechtssicherheit in § 8 Abs. 2 (neu!) 1. BMeldDÜV folgender Satz aufgenommen werden: „Absatz 1 gilt auch für das Anmelden einer weiteren Wohnung“
  - Wenn dies durch eine Fortschreibung ersetzt und Rechtssicherheit hergestellt werden soll, dann muss in § 9 Abs. 2 1. BMeldDÜV nach dem Wort „durch“ der Text „Anmeldung einer weiteren Wohnung,“ eingefügt werden.

---

#### **Bearbeitet durch: AG Modellierung**

**Bearbeitet am: 2013-02-18**

---

##### **1. Anlass Zuzug aus dem Inland**

Nachricht 0204 wird aus der Modellierung des Anlasses „Zuzug aus dem Inland“ komplett entfernt und als Prozess „Rueckmeldung - Zustaendigkeitspruefung“ in einem eigenen Abschnitt beschrieben. Daher wird der Vorschlag der AG Test vom 2013-01-17-EG13-01 verworfen.

##### **2. Anlass Umzug**

Nach abgeschlossener Abstimmung im Forum, dürfen "Nicht-Anlässe" optional beschrieben werden, wenn die Information, dass keine Datenübermittlung erfolgt, wichtig erscheint. Die AG Modellierung hat den Anlass "Umzug" im Rückmeldeverfahren mit aufgenommen, da in der Praxis öfter Fragen auftauchen, was bei einem Umzug im Rückmeldeverfahren passiert.

##### **3. Anlass Bezug einer weiteren Wohnung**

Beim Anlass Bezug einer weiteren Wohnung wird zwischen Bezug Innerhalb und ausserhalb der Meldebehörde unterschieden. Findet der bezug der weiteren Wohnung innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde statt, so findet keine Rückmeldung statt. Im zweiten

Fall findet ein ähnlicher Prozess statt, wie bei einem Zuzug aus dem Inland. Es ist die Verwendung der Schlüssel zum Wohnungsstatus zu beachten sowie die Befüllung des Ergänzungscontainers.

#### **4. Anlass Erstmaliger Zuzug aus dem Ausland**

Auch dieser "Nicht-Anlass" soll hier zur Klarstellung aufgenommen werden, dass keine Datenübermittlung erfolgt.

#### **5. Nachrichtenübersicht**

\*\*\* Idee:

- Titel der Tabelle: keine Hauptgruppe mehr, sondern Bezug auf das jeweilige Verfahren
- Spalte „Nachrichten-Bezeichnung“: Sprechende Bezeichnung der jeweiligen Nachricht (title)
- Spalte „Beschreibung“: für jeden Anlass in diesem Kapitel, in dem die Nachricht verwendet wird, ist ein Spiegelstrich aufzunehmen mit Kurzinfos zu Sender und Anlass sowie einem Link auf die Prozessbeschreibung/Begriffsdefinitionen
- Spalte „Seite“: Link auf die Nachrichtendefinitionsstelle
- Neu aufzunehmen: Zuordnung zu den Diensten, siehe ToDo 6 aus EG13-02

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2013-03-04**

---

#### **Verlinkung in Prozessmodellen**

Idee für Zwischenlösung für die Verlinkung in Prozessmodellen:

Bis Verlinkung in den Bildern möglich ist. Prozessmodelle, auf die verwiesen wird, werden unter dem jeweiligen Bild aufgelistet. Ob diese Idee weiter verfolgt wird, ist innerhalb der KoSIT und mit dem TZI abzustimmen.

#### **Quittung von Auskunftssperren**

Das Prozessmodell zu Quittung von Auskunftssperren wurde verschoben in "Allgemeine Prozessmuster".

#### **"Bezug einer Nebenwohnung"**

Achtung: dort stand zunächst "Bezug einer weiteren Wohnung". Im Rahmen der Bearbeitung des Prozesses wurde jedoch deutlich, dass nur die Unterscheidung zwischen HW/AW innerhalb und ausserhalb sowie Bezug einer NW ausserhalb und innerhalb des Zuständigkeitsbereichs notwendig ist. Dies soll innerhalb von EG 03 nochmal bestätigt werden. Danach wären die grundlegenden Begriffe nochmal zu schärfen.

#### **Wohnungsstatuswechsel**

Ein Wohnungsstatuswechsel löst bei einem Statuswechsel über zwei Meldebehörden hinweg die "Übergabe des Ergänzungscontainers" und somit das Rückmeldeverfahren aus. Der Wohnungsstatuswechsel wäre demnach wie der Zuzug aus dem Inland zu behandeln. Gibt es einen Fall (in einem anderen Fachkontext), in dem der Statuswechsel anders behandelt werden muss? Ansonsten ist der Begriff obsolet.

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2013-03-11**

---

#### **1. Anlass Zuzug aus dem Inland**

Zur Nachricht 0204: Entscheidung Auslagerung ins Modul "Rueckmeldung – Zustaendigkeitspruefung" wird akzeptiert.

- Hinweis zur Erstellung dieses Moduls: Die einschlägige Schlüsseltabelle 53 "Unplausibilitäten bei Rückmeldungsnachrichten" muss entsprechend übertragen werden (sie enthält Schlüssel, die spezifisch sind für den Rückmeldekontext).
- Auch zu beachten Schlüsseltabelle 65 "Zuständigkeit / nicht-Zuständigkeit IdNr BZSt": Sie ist spezifisch für BZSt-Kontext, trotzdem wiederholen sich einige Schlüssel.

Rückfragen zur Verwendung des Begriffs "Wegzugs-MB" (in Text und Diagramm):

- (1) soll sie auch so genannt werden, wenn die bisherige Wohnung (z.B. als NW) beibehalten wird? Wir denken: Ja.

(2) soll sie hier immer die bisherige HW sein (möglicherweise auch die jetzige HW, wenn die bisherige Wohnung als HW beibehalten wird): Wir denken: Ja.

→ Definition in "Grundlegende Begriffe" sollte entsprechend angepasst werden. Sollte (1) dazusagen und (2) zulassen (oder soll das sogar immer so sein?).

**2. Anlass Umzug**  
geprüft. sehr gut.

**3. Anlass Bezug einer Nebenwohnung**

ad (a) –  
redaktionell leicht überarbeitet, ansonsten ok.

ad (b) –

Frage: Wie erfahren mögliche weitere NW-Meldebehörden von der neuen NW; bekommen sie keine Rückmeldungsnachricht? Das ist in der aktuellen Fassung des Abschnitts nicht vorgesehen, ist das Absicht?

Im vorliegenden Abschnitt ist die Abgrenzung zu "Zuzug aus dem Inland" nicht klar. Wie sollen die beiden Kontexte abgegrenzt werden?

Es gibt dazu zwei Freiheitsgrade, in Bezug auf die festgelegt werden muss, ob die beiden Begriffe abgegrenzt sind oder nicht:

- neue Wohnung ist AW/HW bzw. NW
- alte Wohnung wird beibehalten oder nicht

Ist zu entscheiden und ggf. klarer zu dokumentieren (auch in den Grundlegenden Begriffen).

Strukturell passiert in der Rückmeldung hier (Bezug NW außerhalb) evtl. dasselbe wie dort (Anlass Zuzug aus dem Inland). Die Frage ist, ob ein eigener Gliederungspunkt gebraucht wird für "Bezug NW außerhalb". Wenn strukturell identisch, dann sollte nur an einer Stelle (Anlass Zuzug aus dem Inland) beschrieben werden, von der anderen (Bezug NW außerhalb) auf diese verwiesen werden.

Zum Prozessbild: Header der rechten Lane "Zuständige Meldebehörde (AW oder HW)" ist nicht korrekt (hier hat sich eine XMeld-BZSt-Vokabel eingeschlichen). Besser: "Für die HW zuständige Meldebehörde". Header der linken Lane lässt sich ebenfalls verbessern, z.B. "für die bezogene NW zuständige Meldebehörde".

**4. Anlass Erstmaliger Zuzug aus dem Ausland**  
geprüft. sehr gut.

**5. Anlass Wiederzuzug Ausland**  
geprüft.

Zum Abschnitt "Verwendung bestimmter Schlüssel"

Bedeutet dieser Abschnitt: nur diese Schlüssel können vorkommen?

Das ist u.U. nicht selbsterklärend. Muss also irgendwo gesagt werden (evtl. dort wo dieser Gliederung erläutert wird)

**6. Anlass Wohnungsstatuswechsel**

Vorschlag genial.

Die Prüfungen sind in der Tat wichtig.

Zusätzlich sollten die Meldebehörden (Frauke, Olaf) befragt werden, ob die Information, dass es ein Statuswechsel ist (das ist die Information, die im Rootelement der 206er-Nachricht steckt) irgendwo relevant ist.

- nirgendwo relevant: 206 entfällt ersatzlos
- irgendwo relevant: dann muss entweder 206 beibehalten werden oder diese Information woanders (innerhalb der 201) untergebracht werden.

wurde als To Do 10 aufgenommen



## 10. Verwendung von Quittungsnachrichten

geprüft. sehr gut.

Hinweis: Der Baustein "ASP-Prüfung" muss dann so definiert werden, dass dieser Text hier passt.

### Abschnitt Nachrichtenübersicht

alles ok, außer:

zu Spalte "Beschreibung":

Gemäß Leitfaden sollte ja zu den Nachrichten ihr Zweck beschrieben werden, der fehlt hier noch.

Zweck Kurzfassung könnte z.B. sein für 0201: "Mit dieser Nachricht informiert die Zuzugsmeldebehörde die Empfänger über die Tatsache und die Details zum Zuzug der betroffenen Personen."

Oder Beispiel 0500: "Mit dieser Nachricht übermittelt die MB die Daten einer betroffene Person an das BZSt und fordert gleichzeitig eine zugeordnete IdNr an."

Möglichkeit 1: Wäre passend als einleitender Satz im Feld Beschreibung der Tabelle. Dann kann man sich anhand der Tabelle rasch einen Überblick über die Nachrichten zum Thema machen.

Möglichkeit 2: Aus der Tabelle rauslassen und nur in den Abschnitten unterhalb der Tabelle aufnehmen. Dann enthält die Tabelle nur Anlässe und Absender, für den Zweck muss man dann in den Text weiter unten schauen.

## Prüfung und Quittung von Auskunftssperren

Text "Übersicht über den Ablauf" IST:

Datenempfänger im Kommunikationsverbund des Standards XMeld, die Informationen zu Auskunftssperren erhalten, müssen den Erhalt der Informationen gegenüber der sendenden Stelle quittieren, sofern diese quittungsrelevant sind. Dies geschieht unabhängig davon, wie die empfangende Stelle die Informationen weiter verarbeitet.

Text "Übersicht über den Ablauf" SOLL:

Datenempfänger im Kommunikationsverbund des Standards XMeld, die Informationen zu Auskunftssperren erhalten, müssen den Erhalt der Informationen gegenüber der sendenden Stelle quittieren, sofern diese quittungsrelevant sind. Dies geschieht unabhängig davon, wie die empfangende Stelle die Informationen weiter verarbeitet. Welche Auskunftssperren zu quittieren sind (also quittungsrelevant sind), wird im jeweiligen Fachkapitel beschrieben.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2013-03-11**

---

### Wohnungsstatuswechsel

Die AG Modellierung ist der Auffassung, dass der bisher gelebte XMeld-Prozess zum Wohnungsstatuswechsel mit dem im Anlass „(1) Zuzug aus dem Inland“ beschriebenen identisch ist, da ein Statuswechsel von NW auf HW/AW mit einem Zuzug aus dem Inland in seinen Folgerungen (z. B. Datenübermittlungen an Dritte) melderechtlich gleichzusetzen ist. Die bisher gelebte Praxis bestätigt, dass der Statuswechsel eher der Rückmeldung als der Fortschreibung zuzuordnen ist. Die beiden Nachrichten 0201 und 0206 sind darüber hinaus strukturidentisch, so dass zukünftig auf einen eigenen Prozess und eine eigene Nachricht verzichtet werden kann. Daher ist der Prozess „(1) Zuzug aus dem Inland“ inkl. der Nachrichten 0201/0203 auch beim Wohnungsstatuswechsel anzuwenden.

Daraus ergeben sich drei Klärungsbedarfe:

- ToDo 6: Verlagerung der Regelung zum Statuswechsel innerhalb der 1. BMeldDÜV von der Fortschreibung in die Rückmeldung über UAG Recht:

- a. bestätigt: gut so
  - b. abgelehnt: eigener Prozess in der Fortschreibung erforderlich, was nicht schön wäre
- ToDo 7: Klärung mit den Herstellern, ob Nachricht 0206 entfallen kann:
  - a. 0206 entfällt: gut so
  - b. 0206 beibehalten: eigener Prozess erforderlich, was nicht so schön wäre
- ToDo 8: Klärung mit den Paten, ob bei ihnen der Anlass/Prozess „Wohnungsstatuswechsel“ relevant ist:
  - a. nirgendwo relevant: Dann ist zu klären, warum dieser Anlass in der Spez. verwendet wird – ggf. ist dann nur der Begriff weiterzupflegen (historisch begründet) und der Anlass kann entfallen
  - b. relevant: Es ist im jeweiligen Einzelfall zu prüfen, ob ein eigener Prozess erforderlich ist, oder der Wohnungsstatuswechsel in einen anderen bestehenden Prozess integriert werden kann.

### Umgang mit Auskunftssperren

1) AG Modellierung stellt diese Frage zunächst zurück. Sie klärt stattdessen im Rahmen der Nachricht 0204, ob eine bestehende ASP in jedem Fall zu übermitteln ist. Erste Einschätzung: NEIN.

Grundsätzlich ist davon auszugehen, dass bei flächendeckendem Einsatz des VAMS die Zahl der 0204-Fälle deutlich zurückgehen wird.

Exemplarisch hierzu die aktuellen Zahlen aus HH für den Januar 2013:

- 0201/0202/0206-Eingänge:  $5.285+336+292= 5.913$
- 0204-Ausgänge: 127 (2,1 %)

Bezogen auf 1.8 Mio Einwohner in HH könnte man hochrechnen, dass im Januar ca.  $45,5 \times 127 = 5.779$  0204-Nachrichten verschickt worden sind.

2) Die AG Modellierung geht davon aus, dass die Liste der in Rückmeldungsnachrichten zu übermittelnden ASPs (1, 3, 11) endgültig ist. Schlüssel 11 ist die ASP nach Schlüssel 1, die auf Veranlassung einer Sicherheitsbehörde eingetragen wird.

### Quittung von Auskunftssperren

1) Quittungen von ASPs erfolgen auch für beigeschriebene Personen. Dies muss hier noch weiter präzisiert werden.

2) Weitere Quittungsnachrichten sind im Rückmeldeverfahren nicht notwendig. Anmerkung: Q-Nr. werden ausschließlich verwendet, wenn sie für den Abschluss eines Prozesses notwendig sind. \*\*\* Dieser Hinweis muss bei den Q-Nr. und bei den Grundsätzen stehen! \*\*\*

### Rückweisung der Rückmeldung

Rückweisung im Kontext "Zuzug aus dem Inland":

1. Fall "Alles OK" : ZMB sendet 0201 an WZMB, WZMB sendet 0203 an ZMB
2. Fall "keine Identifikation in der WZMB" : WZMB sendet **0204 mit Schlüssel 0 aus Tabelle 65**
3. Fall "Identifikation in WZMB aber abweichende Daten": WZMB sendet 0203 mit Abweichungen
4. Fall "Identifikation in WZMB aber betroffene Person verstorben":  
Sachbearbeiterklärung!
  - i. 1. Schritt: Information an ZMB: "Klärungsbedarf" (0905, Telefon, Fax)
  - ii. 2. Schritt: Klärung abgeschlossen
    1. Person lebt
      - a. Berichtigung Melderegister
      - b. ggf. Korrektur Sterbefall mit anderen Datenempfängern
      - c. Abschl. Rückmeldeverfahren 0203 an ZMB
      - d. Einarbeitung der 0203 auf Seiten der ZMB und Folgeprozesse
    2. Person lebt nicht:
      - a. **0204 mit Schlüssel 1**
5. Fall "Identifikation in WZMB aber Wegzug in das Ausland":  
Variante A) 2 Prozesse mit Sachbearbeiterklärung dazwischen!
  - i. Person kommt nach HH zur Anmeldung und sagt, dass sie aus Kiel zuzieht.  
HH sendet 0201 an KI
  - ii. KI identifiziert Person und stellt Wegzug in das Ausland fest

1. eigene Abmeldung liegt vor -> **0204 mit Schlüssel 2 an ZMB (HH)**
  2. Abmeldung von Amts wegen -> **0204 mit Schlüssel 2 an ZMB (HH)**
  - iii. HH schließt diesen 1. Prozess ab, leitet eine SB-Klärung ein und beginnt ggf. mit neuem 2. Prozess
    1. P kommt aus Ausland -> Wiederzuzug aus dem Ausland (0202)
    2. P kommt aus KI -> Rücknahme der Abmeldung von Amts wegen in KI
      - a. Klärung zw. P/HH/KI: Rücknahme/Berichtigung MR (0905, tel/Fax)
        - i. KI muss andere Datenempfänger informieren
        - ii. KI muss auch HH informieren
      - b. Durchführung Zuzug Inland 0201 - 0203
- Variante B) 1. Prozess wie bei 4)

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2013-03-20**

---

**Rückmeldungen zur Abfrage an die Hersteller, ob die Nachricht 0206 durch die Nachricht 0201 ersetzt werden kann:**

- Dataport/Bundeswehr: egal, da nicht betroffen
- CS.Public GmbH: *"wenn ich die Anfrage richtig verstanden habe, läuft sie darauf hinaus, die Nachricht 0206 zukünftig ganz zu eliminieren und stattdessen in all den Situationen einfach eine Nachricht 0201 zu erzeugen, in denen zur Zeit eine Nachricht 0206 entsteht. Die Erzeugung der Nachricht in der Absenderbehörde ist wahrscheinlich unkritisch, in dem die Nachricht 0201 ohne strukturelle Änderung anstelle der Nachricht 0206 erzeugt wird – oder wenn man so will, indem die Nachricht 0206 unverändert so wie bisher erzeugt werden kann, nur dass dann zukünftig im Nachrichtenkopf ein anderer Nachrichtentyp aufgeführt wird und bei der Tabelle 0 eben der Schlüssel 0201 steht. Das sollte kein allzu großer Anpassungsaufwand sein. Anders sehe ich es bei der Verarbeitung empfangener 0201. Bei einem Zuzug ist keine aktuelle Einwohnerschaft vorhanden. Die Empfänger einer 0201 hatte in seinem Melderegister keine aktive Wohnung in der Absendergemeinde gespeichert. Diese wurde neu angelegt. Weitere Wohnungen außerhalb waren dagegen schon bekannt. Nach der Ersetzung der 0206 durch die 0201 muss das Einwohnerverfahren erst prüfen, ob die zukünftige HW bereits als aktive NW bekannt ist und dann so weiterverfahren, wie es mit einer 0206 verfahren wäre – oder ob die zukünftige HW nicht bekannt ist, dann muss es so weiterverfahren wie auch bisher schon bei einer 0201. Da die zukünftige HW u. U. schon aus früheren Einwohnerschaften als Wohnung des Betroffenen im Melderegister gespeichert sein könnte, ist das nicht ganz so trivial, wie es auf den ersten Blick erscheint. Die ganze Unterscheidung, welcher Meldevorgang mit der 0201 mitgeteilt wird (Zuzug in der neuen Gemeinde ev. mit Beibehaltung der Wohnung in der eigenen Gemeinde - oder Statuswechsel mit Wegfall der eigenen Hauptzuständigkeit, ev. sogar mit Aufgabe der Wohnung in der eigenen Gemeinde) hängt dann an der Tatsache, ob die zukünftige HW in der eigenen Melderegister bereits als aktive (!) Wohnung erkannt wird. Dasselbe trifft auch auf die Situationen zu, wo die eigene Meldebehörde nur mittelbar beteiligte NW ist. Dort mag es nicht ganz so kritisch sein, weil durch die Verarbeitung einer 0201 bei einer nebenzuständigen Meldebehörde nicht so viele Folgeaktionen ausgelöst werden müssen. Das sind nur die Probleme, die mir im ersten Moment dazu einfallen. Ev. zerstreuen sie sich bei gründlicher Prüfung wieder. Dazu fehlt mir momentan leider die Zeit. Grundsätzlich haben wir keinen Einwand gegen das vorgeschlagene Vorgehen, nur den Aufwand, den es für uns bedeutet kann ich momentan nicht abschätzen. Insofern habe ich keinen Drang, an den Nachrichten jetzt etwas zu ändern, verlasse mich aber auf die Einschätzung meiner Kollegen bei den anderen Verfahrensherstellern, die die Problematik ev. tiefergründiger analysieren - und auch auf die vorangegangene Analyse des EG XMeld. Wir schließen uns daher der Entscheidung der Mehrheit an."*

**Kapitel Rückmeldung**

Die bereits zwischen AG Modellierung und AG Test abgestimmten Abschnitte wurden in die Spezifikation aufgenommen.

**Allgemeine Prozessmuster/ Quittung von Auskunftssperren**

Der Textvorschlag der AG Test von 2013-3-11 wurde übernommen. Die Versionshistorie wurde fortgeschrieben.

**Grundlegende Begriffe**

Die Ergebnisse der AG Test wurden in die Spezifikation übernommen. Zusätzlich wurden die grundlegenden Begriffe in den Index übernommen.

- **Umzugsverband:** Das zur Klärung, was Familienangehörige im Sinne des BMG sind, ist erfolgt. (Ehegatten, Lebenspartner und minderjährige Kinder).
- Die Formulierung in Grundlegende Begriffe konnte daher unverändert übernommen werden.
- **Zuzug aus dem Inland:** Da innerhalb der Optimierung der Rückmeldung deutlich wurde, dass der Begriff "Zuzug aus dem Inland" nur Verwendung findet, wenn der Zuständigkeitsbereich der MB mit HW oder AW gewechselt wird, wurde die Definition des Begriffes angepasst.
- **Rückweisung:** Die Beschreibung wurde noch etwas ergänzt (Verletzung der Spezifikations- und Schemakonformität.) Dem Vorschlag, den Begriff RTS-Nachricht mit dem entsprechenden Kapitel zu verlinken, kann nicht gefolgt werden, da eine der neuen Vorgaben ist, nicht vom Allgemeinen Teil der Spezifikation in den Fachlichen Teil zu verlinken sondern nur anders herum. Alternativvorschlag: RTS-Nachricht als Begriff aufnehmen und beschreiben. (habe ich umgesetzt, bitte prüfen).
- **Kommunikationspartner:** Der Begriff "für weitere Wohnungen zuständige Meldebehörden" wurde entfernt. Dafür wurden die Begriffe "Meldebehörde der alleinigen Wohnung" "Meldebehörde der Hauptwohnung" und "Meldebehörde der Nebenwohnung" aufgenommen.

**TOP 4.d.i BZST: Problematik Wiederzuzug aus dem Ausland**

Aktueller Stand:

Beim Wiederzuzug aus dem Ausland erfolgt eine Mitteilung 0202 an die laut Angaben des Betroffenen letzte zuständige Inlands-Meldebehörde. **Parallel** dazu erfolgt eine Nachricht 0500 mit Schlüssel 6 an das BZSt.

Gewünschter Ablauf:

Unverzügliche Einarbeitung der 0202 durch die letzte Inlands-Meldebehörde mit anschließendem Versenden der 0203 an die ZMB. **Danach** erfolgt die Nachricht 0500 mit Schlüssel 6 an das BZSt. Daraufhin schickt das BZSt eine 0501 an die ZMB. In Einzelfällen kann eine 0503 gesendet werden.

Derzeitiges Problem:

Stellt die letzte Inlands-Meldebehörde nach Eingang der 0202 fest, dass die mitgeteilte Person noch mit AW/HW gemeldet ist, muss der RM-Prozess bei nicht mitgeteiltem Wegzugsdatum in der 0202 unterbrochen und die Person nachträglich ins Ausland abgemeldet werden.

Feststellungen:

1. Die verbindlichen Umsetzungshinweise (Jörg Ahlers), die seit November 2012 in Kraft sind, scheinen nicht durchgängig bekannt zu sein und werden daher auch nicht hinreichend befolgt.
2. Derzeit ist das Datum des Wegzugs in Ausland weder der ZMB noch der letzten Inlands-MB bekannt. Die Angabe dieses Datums wird aber mit BMG verpflichtend.
3. Sofern die beteiligten MB alle jetzt schon vorliegenden Regelungen beachten würden, ist das Rückmeldeverfahren 0202/0203 jetzt bereits zeitnah und problemlos möglich, **sofern das Datum des Wegzugs in das Ausland vollständig bekannt ist.**

Lösungsschritte Release K (BMG):

1. Die verbindlichen Umsetzungshinweise werden in die Verwaltungsvorschriften zum BMG übernommen, siehe **ToDos 7 und 9 aus EG13-04.**
2. Die DSMeld-Blattänderung 1314 muss im vorletzten Satz der Beschreibung des Feldinhaltes folgende Fassung enthalten: „Fehlende Tages- und Monatsangaben sind durch Nullen anzugeben.“, siehe **ToDo 8 aus EG13-04.**
3. Das Kindelement „datumdesauszugs“ in der Nachricht 0202 muss verpflichtend sein sowie die Übermittlung fehlender Tages- und Monatsangaben unterstützen.

4. Der Nachrichtenaustausch mit dem BZSt erfolgt beim Wiederezug aus dem Ausland erst nach Abschluss des Rückmeldeverfahrens.

#### **TOP 4.d.ii.(2) Verortung des Wohnungsstatuswechsels im Rückmeldekapiel (BMI-Mail)**

Die Frage (siehe ToDo 6 aus EG13-03), ob der Wohnungsstatuswechsel dem Rückmeldeverfahren zugeordnet werden kann, wurde geklärt: BMI hat klargestellt, dass die technische Einordnung von der rechtlichen abweichen darf.

Konsequenz: Der Wohnungsstatuswechsel verbleibt im Kapitel Rückmeldung, obwohl es sich rechtlich um eine Fortschreibung handelt.

#### **TOPs 4.d.ii.(1) Streichung der Nachricht 0206 und 4.d.ii.(4) Korrekturen und Rücknahmen**

Die AG Modellierung diskutiert den aktuellen Rückmeldungsstand aus den ToDos 7 (Abschaffung 0206) und 8 (Wegfall Prozess/Anlass Wohnungsstatuswechsel) von EG13-03 (Dokument „Abfrage\_0206.xlsx“). Sie kommt zu folgendem Ergebnis:

- Die Information, dass es einen Wohnungsstatuswechsel gibt, muss für die empfangende Meldebehörde erkennbar sein. Ob dies bereits durch den Nachrichtentyp erkennbar sein muss oder anhand der Interpretation des Inhalts der Nachricht (schlüsseltabellenbasiertes Flag oder inhaltliche Ausprägung) geschehen kann, soll durch die Juni-QS-Instanz-Sitzung geklärt werden.
- Während der Diskussion kam die Frage auf, wie mit den Berichtigungs-Nachrichten 021x umzugehen ist. Die AG Modellierung sieht das Entfallen dieser Nachrichten als sinnvoll an, da sie
  - a) in der derzeitigen Praxis nicht die intendierte Bedeutung haben (\*) und
  - b) bei einem flächendeckenden Einsatz des VAMS (BMG-Release K) ohnehin obsolet sind.

\*) Es werden zwar Nachrichten 021x verschickt, aber nachzeitigem Erkenntnisstand erfährt ein unbekannter Teil dieser Nachrichten keine Beachtung auf Seiten der empfangenden Meldebehörde. Hierzu ist eine Klärung erforderlich: Wir benötigen eine Information über die Menge der eingehenden Nachrichten 021x und die Art der (Nicht-)Verarbeitung inkl. einer Einschätzung, ob diese Nachrichten aus fachlicher Sicht noch benötigt werden, siehe **ToDo 10 aus EG13-04**.

Die Diskussion hat ergeben, dass der Begriff „Wohnungsstatuswechsel“ benötigt wird, es ist aber zu klären, ob dieser Begriff auch einen eigenen Anlass rechtfertigt. Ggf. handelt sich dabei aber nur um eine Variante des Zuzugs aus dem Inland. In diesem Fall könnte man den Wohnungsstatuswechsel als eigenen Anlass streichen und ihn unter „Besonderheiten“ beim Zuzug aus dem Inland aufnehmen. Wir bitten um ein Votum der AG Test.

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2013-04-18**

---

#### **Grundlegende Begriffe:**

Zustimmung zu den oben genannten Änderungen vom 2013-03-21.

- II.1.3.1.4.1 Rechtschreibung Zuzugs – in Sourcen korrigiert
- Der Umzugsverband steht auf der falschen Gliederungsebene. → section scheint zu früh geschlossen zu sein, in Sourcen kommentiert.
- Die Auflösung der für ‚weitere Wohnungen zuständige Meldebehörde‘ in dem Abschnitt Kommunikationspartner wird zugestimmt.

#### **Eindruck Gliederung**

Das Konzept der anlassbezogenen Darstellung wird bestätigt.

Gesamte Textpassagen sind blau, bestehen also aus Hyperlinks. Die Fülle der markierten Links stört die Wahrnehmung.

#### **Empfehlung:**

Links auf Grundlegende Begriffe nicht blau darstellen

Anlass Umzug II.2.4.3: Satz: „Es gibt daher weder Sender noch Empfänger“ – sollte gelöscht werden, der Satz findet sich auch in II.2.4.3.1 gilt für alle Fundstellen in ‚Nicht Anlässen‘

Die Frage ‚Was passiert bei Nicht-Zuständigkeit‘. Dies kann aktuell nicht durch Betätigung von Links beantwortet werden. Derzeit gibt es nur im Diagramm einen Hinweis auf ‚Nicht-

Zuständigkeit', es bleibt zu sehen, ob die erwartete Verlinkung ausreichend sein wird oder ob im Text Ergänzungen vorgenommen werden müssen.

#### Wohnungsstatuswechsel

- es sollte geprüft werden, ob dieser Prozess ohne Teilprozess ‚ProzessMB2MB‘ stattfindet. Zumindest ein VAMS scheint überflüssig zu sein.
- Bei der ‚Verwendung bestimmter Schlüsse‘ darf der Schlüsse 0 für den Empfänger nicht verwendet werden, da dies ein Inlandszuzug wäre.

#### Prüfung der folgenden Prozesse:

- Zustand alpha: HW Frankfurt, NW Kassel

Ereignis: NW Kassel wird zur HW, dies ist ein Statuswechsel der mit 0206 bearbeitet wird

- Zustand alpha HW Frankfurt, NW Kassel

Ereignis: In Kassel wird eine neue Wohnung als HW angemeldet?

- ? Welche Nachricht muss verwendet werden (0201 oder 0206)
- ? Welcher Übermittlungsanlass liegt vor (Zuzug Inland oder Wohnungsstatuswechsel)?

In den Abschnitten, in denen die Nachrichten dokumentiert werden, sollte die Paragraphen-Angabe in den Überschriften entfallen. Die Nennung der Nachrichtennummer in „2.6.7 Prüfung von 0203 Nachrichten“ ist inkonsistent, da eine Nachrichtennummer in der Überschrift enthalten ist

Diskussion, ob die Nachrichtennamen als Abschnittsnamen verwendet werden sollen. Nach ausführlicher Diskussion und Recherche in früheren Spezifikationsdokumenten wird entschieden, dass kein Änderungsbedarf besteht, da die Art der Darstellung dem anlass-bezogenem Aufbau entspricht und in früheren Versionen ebenfalls keine Nachrichten-Namen als Abschnittsüberschriften verwendet werden.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2013-04-22**

**Anmerkungen aus AG Test von 2013-04-18:**

#### Grundlegende Begriffe:

- *II.1.3.1.4.1 Rechtschreibung Zuzugs* – in Sourcen korrigiert
- *Der Umzugsverband steht auf der falschen Gliederungsebene.* → verbessert

#### Eindruck Gliederung

*Gesamte Textpassagen sind blau, bestehen also aus Hyperlinks. Die Fülle der markierten Links stört die Wahrnehmung.*

#### **Empfehlung:**

*Links auf Grundlegende Begriffe nicht blau darstellen*

Diese Anforderung wurde an das TZI weitergegeben und sobald wie möglich umgesetzt.

*Anlass Umzug II.2.4.3: Satz: „Es gibt daher weder Sender noch Empfänger“ – sollte gelöscht werden, der Satz findet sich auch in II.2.4.3.1 gilt für alle Fundstellen in ‚Nicht Anlässen‘*

Satz wurde entfernt.

---

**Bearbeitet durch: SF/JF**

**Bearbeitet am: 2013-05-13**

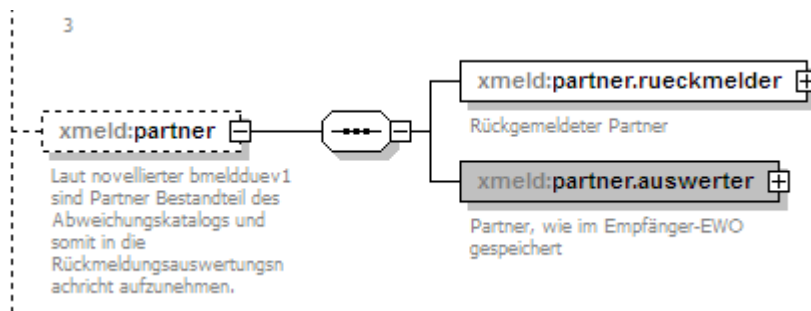
**Folgende Punkte sind bei der Überarbeitung der Rückmeldung mit zu berücksichtigen:**

Folgendes Problem mit 0201/0203:

39/2012

Seite 22 von 77

Person meldet sich mit Familienstand LD oder GS in Meldebehörde A an.  
A sendet 0201 an alte Meldebehörde B  
B wertet diese aus, und stellt eine Abweichung im Familienstand fest. Person ist in B noch verheiratet.  
Damit würde  
innerhalb der 0203 der Knoten partner gefüllt werden.  
Allerdings ist es nicht möglich, den Knoten partner.rueckmelder mit Daten zu füllen, da diese  
Informationen in der 0201 nicht enthalten waren.  
Der Knoten partner.auswerter kann gefüllt werden. Da aber beider Knoten gefüllt sein müssen (also  
partner.rueckmelder und partner.auswerter) ist  
die XML Nachricht nicht mehr schemavalide.



nach Rücksprache mit unserem Kundenservice kann ich den Punkt unterstützen (@Sebastian: ja es kommt wohl häufiger vor, als ich zunächst angenommen habe).

Ergänzend möchte ich gerne noch folgendes Problem anbringen, welches in eine ähnliche Richtung geht:

Person meldet sich in Gemeinde B an und gibt neben dem Familiennamen z.B. noch einen Geburtsnamen an. Nachricht 0201 geht an Gemeinde A.  
In Gemeinde A ist aber der Geburtsname nicht gespeichert und sie versendet eine Nachricht 0203 in der angegeben wird, dass der Geburtsname zurecht nicht vorhanden ist.

Hier kommt es zu einem Prozessfehler, der derzeit außerhalb von XMeld zu lösen ist.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2013-05-13**

Für die Befüllung der Elemente `partner.rueckmelder` und `partner.auswerter` wird eine Übergangslösung in Handlungsanweisung für 1.8.1 benötigt. Siehe auch CR 2013-12.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2013-05-15**

**Rückweisung einer Rückmeldung nach Zuzug aus dem Inland**

Nachricht 0204: Es werden die Rückweisungsgründe der Nachricht 0201 anhand der Schlüsseltabelle 65 diskutiert.

**1. Schlüssel 0: Person nicht identifiziert:**

- a. Die Rückweisung muss erfolgen. Es ist aber unklar, ob es ggf. eine allgemeingültige "Person nicht identifiziert"-Nachricht geben könnte oder, ob die 0204 verwendet wird. Dies wird sicherlich erst im Rahmen der Bearbeitung anderer DÜ-Kontexte mit Rückweisungen deutlicher.

**2. Schlüssel 1: P identifiziert aber bereits verstorben.**

- a. Derzeit legt die Spezifikation in diesem Fall die Nachricht 0204 fest. An dieser Entscheidung wird festgehalten, da der Prozess technisch schnell beendet werden soll. Dass eine Sachbearbeiterklärung danach erfolgt ist klar und wird nicht im Detail betrachtet.
- b. Die Fallzahlen für diesen Fall werden geringer werden
  - i. 1. durch BMG-Release und späterer Verpflichtung des VAMS
  - ii. durch elektronische Sterbefallmitteilungen durch die Standesämter

- iii. durch Auswirkungen auf Steuer etc.
- 3. **Schlüssel 2:**
  - a. In diesem Fall bleibt es weiterhin bei einer Nachricht 0204, da der Prozess mit einer anderen Nachricht hätte begonnen werden müssen. Dies muss nach Klärung nachgeholt werden.
- 4. **Schlüssel 3: P identifiziert aber nach unbekannt abgemeldet**
  - a. wie in der HAW beschrieben, wird hier nun die 0203 verwendet anstatt der Nachricht 0204. Konsequenz ist, dass der Schlüssel 3 aus CL 65 gelöscht werden muss.
- 5. **Schlüssel 4: P identifiziert aber andere MB zuständig für HW.**
  - a. Es bleibt bei der Nachricht 0204, da die Rückmeldung mit einer anderen MB erforderlich ist.
- 6. **Schlüssel 5: P identifiziert aber MB ist nur NW:**
  - a. Rückweisung mit 0204 ist gerechtfertigt. Danach muss die richtige HW und die NW mit richtigem Schlüssel angeschrieben werden.  
Es wird ein neuer Schlüssel 8 benötigt, damit die falsch adressierte NW die eigentlich HW ist melden kann, dass sie eine Nachricht 0201 erwartet, in dem sie als HW angesprochen ist.

#### **Rücknahme:**

- 1. **Rücknahme Zuzug aus dem Inland,**
  - a. Dieser Fall bleibt, wie bereits im alten Kapitel 7 in der Tabelle beschrieben. Es wird dazu diskutiert, ob ein Flag zur Rücknahme in die Nachricht 0201 aufgenommen werden soll. Entscheidung ist derzeit noch nicht gefällt.
- 2. **Rücknahme Wiederezug aus dem Ausland:**
  - a. Die Rücknahme eines Wiederezugs aus dem Ausland wird, wie die Rücknahme eines Zuzugs aus dem Inland als Spiegelung des ursprünglichen Prozesses Wiederezug aus dem Ausland formuliert. D. h., dass die letzte Inlandsmeldebehörde die Nachricht 0202 an die Zuzugsmeldebehörde sendet und die Zuzugsmeldebehörde die Nachricht 0203 an die letzte Inlandsmeldebehörde sendet. Es ist darauf zu achten, dass die Zuzugsmeldebehörde, die für den nun aktiven Betroffenen mehr ergänzende Daten hat als sie an die letzte Inlandsmeldebehörde übermitteln darf. Es wird auch hier vorgeschlagen, ein Flag "Rücknahme" in die Nachricht 0202 aufzunehmen, damit deutlich gemacht werden kann, dass es sich um eine Rücknahme handelt. Ansonsten würde die 0202 von der Zuzugsmeldebehörde abgewiesen werden müssen.

---

**Bearbeitet durch: UB**

**Bearbeitet am: 2013-05-21**

Die Prozessmodelle wurden anhand der Zeichnungen aus der Sitzung fortgeschrieben. Der Schlüssel 3 wurde aus der Schlüsseltabelle 65 entfernt. Der Schlüssel 8 wurde aufgenommen.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2013-05-21**

Im Abschnitt Rückmeldung Zuzug aus dem Inland wurde der Umgang mit "Anmeldungen von unbekannt" unter "Besonderheiten" aufgenommen. Er stellt nun keine Fehlerprüfung mehr dar, sondern ein besonderer Fall der Rückmeldeauswertung.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2013-06-04**

#### **Rückweisung**

Der Einstufung der Anmeldung von unbekannt als "Besonderheit" des Prozesses "Zuzug aus dem Inland" wurde besprochen. Es spricht aus Sicht des EG nichts dagegen, dies als "Besonderheit" zu formulieren. Der vorgeschlagene Text wird besprochen. Es taucht dabei die Frage auf, ob die Anschrift des Auswerter in diesem Fall nicht "unbekannt" sein müsste. Dem ist aber laut den Verfahrenshinweisen nicht so.



Dem EG ist der Sinn und Umgang mit dem neuen DSMeld-Blatt 1200 insbesondere im Rückmeldeverfahren unklar.

1. Es stellt sich die Frage, ob dieser Wert im Rahmen des Rückmeldeverfahrens zusätzlich zum Auszugsdatum übermittelt werden soll. Wenn das so wäre, wären die von JA erstellten Verfahrenshinweise aus 11/2012 anzupassen. (JA fragen, siehe ToDo 4 aus EG13-06)
2. Der Umgang mit der Übermittlung der IdNr, wenn der MB die IdNr noch bekannt ist, obwohl die Person bereits abgemeldet (Ausland, unbekannt) worden ist, müsste nochmal geprüft werden.

#### **Anlass: Korrektur des Melderegisters**

1. Die AG Modellierung kommt zu der Erkenntnis, dass dieser Anlass "Korrektur des Melderegisters" im Rückmeldeverfahren nicht relevant ist. Allerdings ist die QS-01 abzuwarten. Wenn die QS-Instanz dem Vorschlag des EG zur Löschung der Berichtigungsnachrichten 021x nicht folgt, dann müssen die Korrekturprozesse unter Verwendung dieser Nachrichten beschrieben werden.
2. Die AG Modellierung hat den Eindruck, dass bei Korrekturen im Rahmen eines Rückmeldeverfahrens die prozesstypischen Fortschreibungsnachrichten ausgelöst werden. Dies ist im Rahmen der Ergebnisse der QS-01 (18.06.2013) zu verifizieren.

#### **Rücknahme**

**Für die Nachricht 0201:** Es soll ein Flag "Ruecknahme" aufgenommen werden, so dass dem Empfänger signalisiert werden kann, dass der Ergänzungscontainer zurück übermittelt werden muss und die Spuren des angeblichen Wegzugs im Register bereinigt werden können.

#### **Rücknahme "Zuzug aus dem Inland":**

- 99%-Situation: Das Verfahren erscheint angemessen. Der Erweiterung der Nachricht 0201 um ein Flag "ruecknahme" (optional, einziger erlaubter Wert "true") wird tendenziell zugestimmt.
- 1%-Sonderfall **"Rücknahme Zuzug aus dem Inland nach vorheriger Abmeldung nach unbekannt bei der Wegzugsmeldebehörde (siehe Besonderheiten bei Zuzug Inland)":** Stellt die Zuzugsmeldebehörde fest, dass der Zuzug zu Unrecht erfasst worden ist, sendet sie die Daten des reduzierten Erg.-Containers an die WMB zurück und teilt damit mit, dass die WMB die letzte (aktuell) zuständige (Inlands-)MB ist. Hierfür ist eine neue XMeld-Nachricht erforderlich, die keine Abweichungsstruktur (im Sinne der 0203) beinhaltet und auch nur den red. Erg.-Container. "Reduziert" bedeutet: Waffen, Sprengstoff sind erlaubt, IdNr auf jeden Fall nicht. Hierfür wird es eine tabellarische Aufstellung geben. Die WMB bekommt maximal den Datenumfang zurück, der in der 0203 verschickt worden ist.

#### **Rücknahme "Wiederzuzug aus dem Ausland":**

Der dargestellte Prozess erscheint nicht sinnvoll, weil die letzte Inlandsbehörde gezwungen wird tätig zu werden, obwohl die Verantwortung für den irrtümlichen Zuzug bei der Zuzugsmeldebehörde liegt. Daher ist an dieser Stelle das sog. "1%-Sonderfall-Verfahren" als Standardprozess (es gibt hier keine Sonderlocke) zu verwenden, welches in der Notiz zur Rücknahme eines Zuzugs aus dem Inland beschrieben wird. Insbesondere ist dieselbe Nachricht wie dort beschrieben zu nutzen.

#### **Rücknahme eines Wohnungsstatuswechsel**

Die Rücknahme eines Wohnungsstatuswechsels ist prozesstechnisch mit der Rücknahme des Zuzugs aus dem Inland vergleichbar. JH bereitet dies zur nächsten Sitzung vor.

#### **Rückweisung "Wiederzuzug aus dem Ausland"**

- 0: ja
- 1: ja
- 2: nein
- 4: ja
- 5: ja, aber JA-Hinweise ansehen; Text anpassen ("letzte Inlandswohnung" ist hier gemeint); AG M: MB müsste die Nachricht zum Anlass nehmen, den Einwohner ins Ausland abzumelden.
- 8: in diesem Prozess nicht relevant

Alternativ zur 5-Anpassung neuer Schlüssel 9 für die I. I.Whg.

Im Rahmen der Sitzung der QS-Instanz wurde die Richtung des Kapitels Rückmeldung vorgestellt zu denen auch Richtungsweisende Entscheidungen getroffen wurden.

1. Zuzug aus dem Inland:
  - a. Die QS-Instanz stimmt der Änderung des Prozesses insoweit zu, dass die Nebenwohnungen zukünftig keine Auswertungen der Rückmeldung (bis auf unplausible Fälle, Nachricht 0204) mehr vornehmen.
  - b. Die Reihenfolge der Nachrichten wird in Frage gestellt. Die QS-Instanz verständigt sich darauf, dass die Nebenwohnungen erst nach dem Rückmeldeverfahren über den Zuzug informiert werden. Der Prozess ist dementsprechend anzupassen.
  - c. ggf. Kann über ein Flag "Daten per VAMS abgesichert" oder ähnliches dafür sorgen, dass nicht auf die Auswertung der Rückmeldung gewartet werden muss, bevor die Nebenwohnungen informiert werden. Dies ist im EG nochmal zu diskutieren und nochmal vorzulegen.
2. Berichtigungsnachrichten
  - a. Die Ideen zur Streichung der Berichtigungsnachrichten wurden diskutiert. Es gibt jedoch Daten, die im Rahmen der Rückmeldung korrigiert werden müssen. Da in der Praxis derzeit keine einheitliche Vorgehensweise existiert, soll im Rahmen der UAG Organisation zunächst geklärt werden, welche Daten zu korrigieren sind. Ggf. sind dann die Verfahrenshinweise zu ergänzen.
3. Wohnungsstatuswechsel und erweiterter Statuswechsel
  - i. Die Nachricht 0206 soll erhalten bleiben, da es sich laut QS-Instanz um einen anderen Prozess handelt als der Zuzug aus dem Inland. Ein Unterschied, der dazu kommt ist, dass bei einem Wohnungsstatuswechsel kein VAMS erfolgt. Dies ist in der Spezifikation noch zu ändern.
  - b. Diskutiert wurde auch das Konstrukt "erweiterter Statuswechsel", dass nicht als eigener Anlass gesehen werden kann, sondern aus einer Kombination aus Anlässen. Das EG hat den Auftrag sich eine neue Darstellung für dieses Konstrukt zu überlegen. der Prozess soll sich dabei nicht ändern. JH macht einen Vorschlag für die neue Darstellung.
4. Rücknahme der Anmeldung
  - a. Der Prozess ist nicht neu und soll auch so bestehenbleiben. Der zukünftigen Markierung in der Nachricht 0201 "ruecknahme" wird zugestimmt. Das Prozessmodell ist noch anzupassen:
    - i. In der Zuzugsmeldebehörde wird das Melderegister korrigiert und der Datensatz deaktiviert.
    - ii. gelöscht wird ggf. nicht, dies ist aber nicht von XMeld zu regeln. Deswegen wird der Hinweis auf den Löschvorgang gestrichen.
5. Fehlerprüfung (0204):
  - a. Nach einer nicht durchgeführten Abmeldung in das Ausland soll keine 0204 an die Zuzugsmeldebehörde gesendet werden. Statt dessen soll die Wegzugsmeldebehörde den Bürger in das Ausland abmelden und danach die 0203 an die Zuzugsmeldebehörde senden.
6. Abwarten der Rückmeldung nach Wiederzuzug in das Ausland im BZSt
  - a. Dem Anliegen des BZSt, dass künftig auch bei einem Wiederzuzug aus dem Ausland das Rückmeldeverfahren abgewartet werden soll wird zugestimmt.

#### **Umsetzungen aus der QS-Instanz**

1. Zuzug aus dem Inland:
  - a. Aus diesem Punkt resultiert keine Änderung am Prozessmodell
  - b. Die Reihenfolge der Nachrichten wird bzgl. der Information an die Nebenwohnungen geändert. Sowohl Prozessmodell als auch Prozessbeschreibung wurden bzgl. der Reihenfolge angepasst.
  - c. Noch zu tun: ggf. Kann über ein Flag "Daten per VAMS abgesichert" oder ähnliches dafür sorgen, dass nicht auf die Auswertung der Rückmeldung gewartet werden muss, bevor die Nebenwohnungen informiert werden? Dies ist im EG nochmal zu diskutieren und nochmal vorzulegen.

2. Berichtigungsnachrichten
  - a. Dieser Punkt ist wartend. Dies wurde in der Spezifikation vermerkt.
3. Wohnungsstatuswechsel und erweiterter Statuswechsel
  - i. Die Nachricht 0206 soll erhalten bleiben, da es sich laut QS-Instanz um einen anderen Prozess handelt als der Zuzug aus dem Inland. Ein Unterschied, der dazu kommt ist, dass bei einem Wohnungsstatuswechsel kein VAMS erfolgt. Dies ist in der Spezifikation geändert worden.
  - b. Der Text zu diesem Konstrukt soll unter "Besonderheiten" beim Wohnungsstatuswechsel in der Rückmeldung beschrieben werden. Dabei wird aber nicht der Begriff erweiterter Statuswechsel verwendet, sondern von Wohnungsstatuswechsel mit gleichzeitiger Anmeldung oder Abmeldung einer Wohnung gesprochen. Grund: der erw. Statuswechsel ist kein eigener Anlass sondern eine Kombination von Anlässen und er interessiert die anderen Datenübermittlungen nicht, da dieses nicht mitbekommen, dass zwei Anlässe gleichzeitig erfolgt sind wurden.
4. Rücknahme der Anmeldung
  - a. Noch nicht erfolgt: Der Prozess ist nicht neu und soll auch so bestehenbleiben. Der zukünftigen Markierung in der Nachricht 0201 "ruecknahme" wird zugestimmt. Das Prozessmodell ist noch anzupassen.
    - i. Das Prozessmodell wurde entsprechend den Vorgaben angepasst.
5. Fehlerprüfung (0204):
  - a. Die Anforderung wurde beim Anlass "Wiederzuzug aus dem Ausland" unter Besonderheiten aufgenommen. Der Text wurde zum Teil aus den Verfahrenshinweisen übernommen. Dabei ist aufgefallen, dass von dort auf die alte Spezifikation referenziert wird. Die Verweise müssten rausgenommen oder ersetzt werden. (UAG Orga?)
6. Abwarten der Rückmeldung nach Wiederzuzug in das Ausland im BZSt
  - a. Dem Anliegen des BZSt, dass künftig auch bei einem Wiederzuzug aus dem Ausland das Rückmeldeverfahren abgewartet werden soll wird zugestimmt.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2013-06-26**

Die Nachrichtendokumentation wurde gemäß Leitfaden für die Nachrichten 0201-0206 angepasst. Zusätzlich wurde die Dokumentation der Kindelemente geändert. Es wurden die grundlegenden Begriffe verwendet und die Altlasten entfernt. Zudem wurden einheitlich ganze Sätze verfasst. Es gibt noch Klärungsbedarf an einigen Stellen in der Dokumentation. Diese wurden in rot markiert in der Spezifikation kenntlich gemacht.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2013-07-11**

#### 1. Zuzug aus dem Inland

Auch nach Einführung des VAMS sollte die Mitteilung an die NW nach Abschluss des RM-Verfahrens erfolgen. Ziel ist es, alle erforderlichen Datenübermittlungen *nach* Abschluss des RM-Verfahrens einheitlich durchzuführen. Daher ist dieses Flag „durch VAMS gesichert“ aus AG Mod Sicht nicht erforderlich.

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2013-10-16**

Begutachtete Abschnitte: "III.2.1 Ausgangssituation und Zielsetzung" bis einschließlich "III.2.4.1.3 Bezug einer Nebenwohnung"

Nicht betrachtet wurde der Abschnitt "III.2.2 Begriffsdefinitionen", da er noch nicht zur QS freigegeben wurde. Des Weiteren existieren in den begutachteten Abschnitten mehrere Textpassagen, die noch für eine Bearbeitung durch die AG Modellierung vorgesehen sind. Somit sind diese zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal durch die AG Test qualitätszusichern.

Rein redaktionelle Anpassungen wurden direkt in der Spezifikation vorgenommen.

Konkrete Anmerkungen und Veränderungsvorschläge:

### III.2.1 Ausgangssituation und Zielsetzung

In diesem Kapitel wird das Rückmeldeverfahren zwischen Meldebehörden gemäß § 33 Abs. 1 und 2 BMG beschrieben. Es dient dem Abgleich der zu einer betroffenen Person gespeicherten Daten in den Melderegistern der Zuzugsmeldebehörde und der Wegzugsmeldebehörde sowie der letzten Inlandsmeldebehörde (Daten gemäß § 7 1. BMeldDÜV) sowie zur Übergabe ergänzender Daten an die Zuzugsmeldebehörde, die jeweils nur von der aktuell zuständigen Meldebehörde der Hauptwohnung zu speichern sind (Daten gemäß § 8 1. BMeldDÜV). Außerdem werden die Meldebehörden der Nebenwohnungen über den Zuzug informiert.

**Anmerkung:** Verweise auf die 1. BMeldDÜV scheinen angemessener zu sein, als ein Wiederholung der BMeldDÜV-Inhalte. Ebenso werden Inkonsistenzen vermieden.

---

#### III.2.4.1.1 Zuzug aus dem Inland

##### Prozessbeschreibung

Die Anmeldung der betroffenen Person in der Zuzugsmeldebehörde löst bei einem Zuzug aus dem Inland das Rückmeldeverfahren mit der Wegzugsmeldebehörde aus.

##### 1. Rückmeldung

Die Zuzugsmeldebehörde sendet dazu die Nachricht 0201 mit den bei der Anmeldung erhobenen Daten (siehe Tabelle III.2.1 auf Seite 173) an die Wegzugsmeldebehörde.

Nach Abschluss des Rückmeldeverfahrens zwischen Wegzugs- und Zuzugsmeldebehörden werden die Meldebehörden der Nebenwohnungen der betroffenen Person über den Zuzug aus dem Inland mit der Nachricht 0201 informiert.

##### 2. Auswertung der Rückmeldung

Nach Einarbeitung durch die Wegzugsmeldebehörde wertet diese die erhaltene Nachricht 0201 inhaltlich aus und sendet Ergänzungen und eventuelle Abweichungen mit der Nachricht 0203 an die Zuzugsmeldebehörde. Hierzu wird auf die Tabellen Tabelle III.2.1 auf Seite 173 und Tabelle III.2.2 auf Seite 174 verwiesen.

Nach Erhalt der Nachricht 0203 übernimmt die Zuzugsmeldebehörde die Ergänzungen und prüft, ob die ggf. enthaltenen Abweichungen übernommen werden können.

Anschließend werden die Meldebehörden der Nebenwohnungen der betroffenen Person über den Zuzug aus dem Inland mit der Nachricht 0201 informiert, siehe auch Punkt "1. Rückmeldung".

---

#### Abbildung III.2.1. Der Zuzug aus dem Inland im Rückmeldeverfahren

**Aktivität:** "Daten zur Zuzugsmeldebehörde einarbeiten" (alle Vorkommen)

**Formulierungsvorschlag:** "Mitgeteilte Daten der Zuzugsmeldebehörde einarbeiten"

**Aktivität:** "ASP-Pruefung" (Wegzugsbehörde und Meldebehörde der Nebenwohnung)

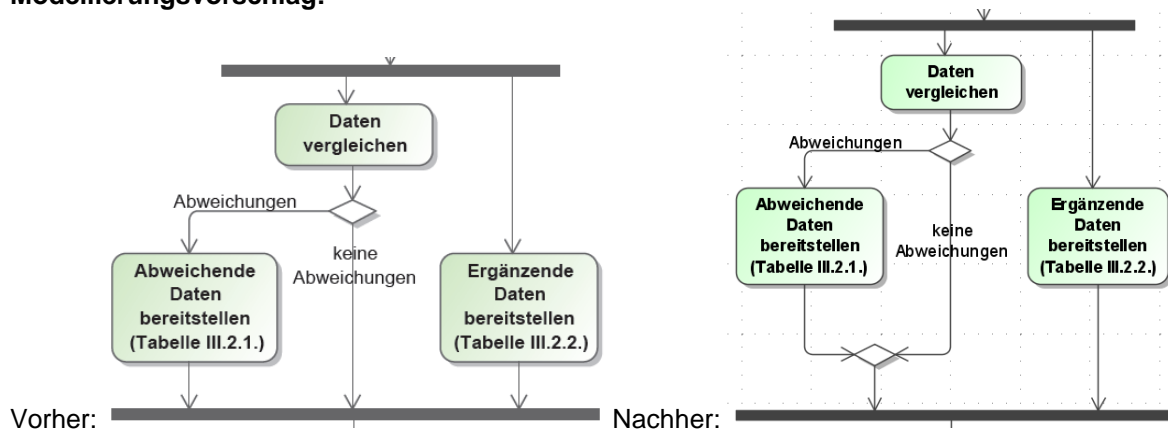
**Anmerkung:** Ausrichtung des Prozessmodells, welches der Aktivität "ASP-Pruefung" zugrunde liegt, analog zu dem Prozessmodell in Abbildung "III.2.8. Die Rückweisung des Zuzugs aus dem Inland durch die Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung im Rückmeldeverfahren". (Anmerkung für Jessica Heins: Kapitel "Allgemeine Prozessmuster")

**Fallunterscheidung:** "Abweichung" / "keine Abweichung"

**Anmerkung:** Die Fallunterscheidung (Branch) muss wieder zusammengeführt werden (Merge), bevor der parallele Aktivitätsfluss beendet wird. (Begründung aus UML-Sicht: Bei der Beendigung des parallelen Ablaufs (Join) müssen alle eingehenden Pfade durchlaufen sein. Andernfalls kann keine

weitere Aktivität erfolgen. Durch die Fallunterscheidung kann der aktuellen Modellierung nach jedoch nur einer der beiden Pfade beschriftet werden.

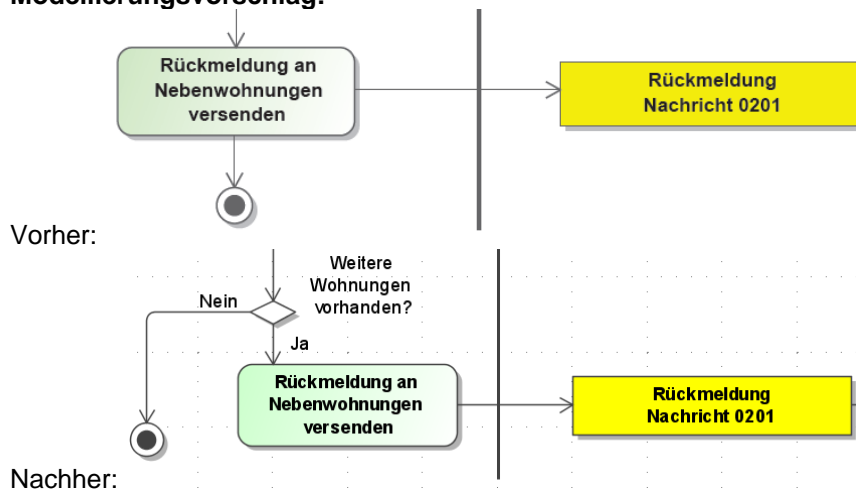
#### Modellierungsvorschlag:



**Aktivität:** "Rückmeldung an Nebenwohnungen versenden"

**Vorschlag:** Klarere Darstellung des weiteren Ablaufs.

#### Modellierungsvorschlag:



#### Aktivitäten der Meldebehörden der Nebenwohnungen

**Anmerkung:** Die notwendigen Aktivitäten der Meldebehörden der Nebenwohnungen unterscheiden sich von denen der Wegzugsmeldebehörde. Sie bedürfen einer konkreteren Erläuterung in der textuellen Prozessbeschreibung.

#### Beispiele:

- Umgang mit Sperren (ASP bei NW aber nicht bei HW)
- Vorgehen im Falle der 204

#### Verwendung bestimmter Schlüssel

##### 1. Rückmeldung

Im Kontext des Abschnitts "Zuzug aus dem Inland" wird ausschließlich der Bezug einer Haupt- oder einer alleinigen Wohnung beschrieben. Daher sind in der Nachricht 0201 als Wohnungsstatus im Element `wohnung.sender/statusderwohnung` nur die Schlüssel 0 und 1 aus der Schlüsseltabelle Abschnitt VI.B.1.58 auf Seite 891 zulässig. Im Element `wohnung.empfaenger/statusderwohnung` sind in der Nachricht 0201 die Schlüssel 0, 1 und 2 aus der Schlüsseltabelle Abschnitt VI.B.1.58 auf Seite 891 zulässig.

#### Besonderheiten

**Anmerkung 1:** Die XML-Pfade im Text sollten klarer notiert werden (Bedeutung Schrägstrich und Punkt?) und darauf hingewiesen werden, dass es sich um eben solche handelt. XML-Pfade sollten Dokumentübergreifend einheitlich dargelegt werden.

**Anmerkung 2:** Neben der Besonderheit einer zeitlichen Lücke (Person nicht meldepflichtig), sollte auch die Situation ohne zeitliche Lücke (Person kam seiner Meldepflicht nicht nach) beschrieben werden (analog zu den entsprechenden Melderecht-Umsetzungshinweisen).

---

#### **III.2.4.1.3.1 Bezug einer Nebenwohnung im Zuständigkeitsbereich einer bereits zuständigen Meldebehörde**

Bei dem Bezug einer Nebenwohnung innerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Meldebehörde der bereits zuständigen Meldebehörde findet kein Rückmeldeverfahren statt.

**Anmerkung:** Satz bitte klarstellen.

#### **III.2.4.1.3.2 Bezug einer Nebenwohnung im Zuständigkeitsbereich einer bisher nicht zuständigen Meldebehörde**

---

#### **Abbildung III.2.2. Bezug einer Nebenwohnung ausserhalb im Rückmeldeverfahren**

**Objekt:** "Rückmeldung Nachricht 0221"

**Anmerkung:** Das Objekt muss heißen "Rückmeldung Nachricht 0201".

**Anmerkung:** Analog zur Anpassung der Abschnittsüberschriften (s. o.) müssen die Aktivität ": Anmeldung - Bezug einer Nebenwohnung ausserhalb" und die Beschreibung des Ausgangszustands "Bezug einer Nebenwohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde" blickwinkelgerecht angepasst werden.

**Aktivität:** "Rückmeldeauswertung versenden"

**Formulierungsvorschlag:** "Auswertung der Rückmeldung senden" (Konsistent zum Prozessmodell zu "Zuzug aus dem Inland")

**Aktivität:** "Rückmeldungsauswertung empfangen"

**Formulierungsvorschlag:** "Auswertung der Rückmeldung empfangen"

**Allgemeine Anmerkung 1:** Konsistenz mit dem vorherigen Prozessmodell sicherstellen. (Anmerkungen zum Prozessmodell zu "Zuzug aus dem Inland" gelten auch für dieses.)

**Allgemeine Anmerkung 2:** Falls möglich Digraphen in den Prozessmodellen vermeiden (z. B. ASP-Prüfung).

#### **Verwendung bestimmter Schlüssel**

1. Rückmeldung

**Anmerkung:** Anpassungen analog zum Abschnitt "Zuzug aus dem Inland".

---

**Bearbeitet durch: MK/JH**

**Bearbeitet am: 2013-11-23**

#### **Zielsetzung:**

Die Verweise auf den Datenumfang wurden aus der Zielsetzung entfernt, da der Datenumfang, der zu übermitteln ist, im Abschnitt „Übersicht über den Ablauf“ detailliert beschrieben ist. Dies dient der Vermeidung von Inkonsistenzen.

Die Prozessmodelle wurden gemäß Anmerkungen der AG Test von 2013-10-16 angepasst.

Die Prozessbeschreibung werden jedoch analog zu den Prozessbeschreibungen in den Kapitel „Anmeldung“ und „Rückmeldung und Fortschreibung von Partnerdaten“ aktualisiert.

Das Prozessmodell zur ASP-Prüfung wurde angepasst. Der Prozess „Prüfung auf quittungsrelevante Auskunftssperren“ beginnt beim Empfänger. Statt „Sender“ gibt es nun den „Sender der Ursprungsnachricht“.

Der Aspekt der „zeitlichen Lücke“ muss bei Besonderheiten aufgenommen werden. Es wurde ein Hinweis für die Modellierung aufgenommen.

Die weiteren Prozessbeschreibungen in der Rückmeldung wurden analog zur Prozessbeschreibung zum „Zuzug aus dem Inland“ angepasst.

Die Nachrichten des Rückmeldeverfahrens müssen noch gemäß 1. BMeldDÜV angepasst werden. Zudem muss die Nachricht 0204 auf die Fehlerfälle zugeschnitten werden. (Siehe Prozessbeschreibung der Rückweisung).

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2013-11-13**

---

Die AG Test hat die Umsetzung der von ihr im EG 09 gemachten Änderungsvorschläge (siehe Bearbeitung am 2013-10-16) überblickt. Neue grundsätzliche Erkenntnisse sind im Folgenden dokumentiert. Verbleibende redaktionelle Änderungswünsche zu den bereits betrachteten Abschnitten wurden zunächst nicht dokumentiert. Diesbezüglich wird auf die offizielle Übergabe der von der AG Modellierung überarbeiteten Abschnitte an die AG Test gewartet.

#### **Konkrete Anmerkungen:**

**Kontext:** III.2.4.1.1 Zuzug aus dem Inland (in EG 09 bereits begutachtet)

**Allgemeine Anmerkung** (bezugnehmend auf die Anmerkung von Jessica Heins in der Spezifikation: "Dadurch wird deutlich, dass die Benachrichtigung der Nebenwohnung eigentlich zu Fortschreibung wird."): Es sollte einer konsistenten Modellierung und Dokumentation halber erörtert werden, ob die Benachrichtigung der Meldebehörden der Nebenwohnungen grundsätzlich als Rückmeldung oder als Fortschreibung betrachtet werden sollen.

---

**Kontext:** III.2.4.1.3.2 Bezug einer Nebenwohnung in anderen Zuständigkeitsbereich als den der Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung (in EG 09 bereits begutachtet)

**Anmerkung:** In diesem Abschnitt muss die Bedingung, welche zum Auslösen des Rückmeldeverfahrens führt, präziser dargelegt werden. Zwei Situationen sind zu unterscheiden:

1. Anmeldung einer Nebenwohnung, wenn noch **keine weitere** Wohnung im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde angemeldet ist. (→ **Rückmeldung**)
  2. Anmeldung einer Nebenwohnung, wenn bereits **eine weitere** Wohnung im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde angemeldet ist. (→ **Fortschreibung bzw. keine Datenübermittlung**)
- 

**Kontext:** III.2.4.1.4.2.2 Wiederezug in den Zuständigkeitsbereich einer anderen als der letzten Inlandsmeldebehörde

**Allgemeine Anmerkung:** Die Änderungsvorschläge der AG Test in der Bearbeitung vom 2013-10-16 müssen der Konsistenz halber – sofern sinnvoll anwendbar – auch in allen folgenden Abschnitten des Kapitels zur Rückmeldung berücksichtigt werden. Beispiel: In der Prozessbeschreibung im Kontext des Wiederezugs muss die Bedingung zum Auslösen des Rückmeldeverfahrens wie beim Zuzug aus dem Inland "vor die Klammer gezogen" werden.

---

#### **Abbildung III.2.3. Der Wiederezug aus dem Ausland im Rückmeldeverfahren**

**Anmerkung:** Das ausgelagerte Prozessmodell "Rueckmeldung – letzte MB Fehlerpruefung" sollte der Eindeutigkeit halber "Rueckmeldung – letzte Inlandsmeldebehoerde Fehlerpruefung" genannt werden.

---

## Besonderheiten

**Anmerkung:** An dieser Stelle muss konkret bestimmt werden, **wohin** rückwirkend abgemeldet werden muss (z. B. in das unbekannte Ausland, in den Zuzugsstaat, oder in das passende Land der Staatsangehörigkeit).

**Anmerkung:** Der häufigste Fall, dass zwischenzeitlich nach Unbekannt abgemeldet wurde, soll an dieser Stelle noch einmal explizit erläutert werden (siehe dazu die Melderecht Umsetzungshinweise, Abschnitt 2. b., Absatz 3).

**Anmerkung:** Die Besonderheiten sollen (spezifikationsübergreifend) mit Hilfe von Beispielen konkretisiert werden. Die AG Test sieht sich diesbezüglich als natürliche Quelle und schlägt vor im Kontext des Kapitels zur Rückmeldung erste Beispiele zu erarbeiten.

---

**Externer Kontext:** Umsetzungshinweise ab dem 1. November 2012 zur 1. Abmeldung „nach unbekannt“, 2. Anmeldung „von unbekannt“, 3. Anmeldung und Ermittlung von Amts wegen und 4. zum Wiederzuzug aus dem Ausland

**Anmerkung:** Die AG Test empfiehlt die sich derzeit noch in Abstimmung befindenden Umsetzungshinweise dahingehend zu überarbeiten, dass sie inhaltlich und bzgl. ihre Terminologie konsistent zum BMG und der XMeld-Spezifikation sind. Interpretationsspielräume sollen soweit wie möglich eingeschränkt werden. Hierzu werden insbesondere auch Beispiele als passendes Mittel angesehen. Die AG Test wird für die XMeld-Spezifikation, d. h. konkret für die Abschnitte zu "Besonderheiten", in denen die Aussagen der Umsetzungshinweise wiedergegeben werden, Beispiele erstellen (siehe oben). Diese können voraussichtlich ebenso zur Konkretisierung der Umsetzungshinweise genutzt werden.

---

**Bearbeitet durch: YR**

**Bearbeitet am: 2013-12-04**

---

### Kindelement „datumdesauszugs“ in der Nachricht 0202

(siehe Bearbeitung vom 2013-04-18, TOP 4.d.i: "Das Kindelement „datumdesauszugs“ in der Nachricht 0202 muss verpflichtend sein sowie die Übermittlung fehlender Tages- und Monatsangaben unterstützen.").

#### Bearbeitet wurde:

- Element  
rueckmeldung.anmeldungausland.0202/betroffener/letzte.inlandswohnung/  
datumdesauszugs  
mandatorisch gemacht (dafür neuen Typ erstellt, abgeleitet als Restriction von  
type.Wohnung :  
type.rueckmeldung.letzte.inlandswohnung

#### Offener Punkt zu klären im EG:

Es soll die Übermittlung fehlender Tages- und Monatsangaben unterstützt werden

- wie in DSMeld-Blatt 1314 beschrieben
- hier bietet sich Anwendung des Patterns aus type.TagDerGeburt an
- was per Restriction auf type.Wohnung nicht möglich ist

Für das richtige Vorgehen ist zu klären:

- (1) Soll das immer in type.Wohnung/datumdesauszugs geschehen, also auch, wenn in dieses Element DSMeld Blatt 1306 eingetragen wird.

- (2) Oder nur in  
rueckmeldung.anmeldungausland.0202/betroffener/letzte.inlandswohnung/  
datumdesauszugs , also nur für den Fall, dass DSMeld-Blatt 1314 eingetragen wird.

Falls (1): Pattern auf type.Wohnung/datumdesauszugs anwenden



Falls (2) zutrifft: ein weiteres Element in `type.Wohnung` aufnehmen (weil sich `datumdesauszugs` nicht als Ableitung von `type.Wohnung` mit dem Pattern versehen lässt).

### Nachrichten des Rückmeldeverfahrens 0201 bis 0206 gemäß neuer 1.BMeldDÜV anpassen:

Gemäß Datenblätter 1.BMeldDÜV wurde der Inhalt der Nachrichten abgeglichen. In den folgenden Tabellen werden nur die durchgeführten Änderungen (sowie ggf. offene Punkte) erwähnt.

#### Nachricht 0201, 0202, 0206

Kind	<b>Nachricht geändert:</b> ASP ergänzt: <u><code>type.partner.mit.sperre.und.kinder</code></u> ausgedehnt auf <u><code>type.kind.mit.sperre</code></u> , umbenannt in <u><code>type.partner.und.kinder</code></u>
1002-1004 Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit / des Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit	diese zusätzlich in die Nachricht aufnehmen? (sind im Abweichungscontainer in Nachricht 0203 auf Auswerter-Seite enthalten)  bisher sind nur 1001 und 1005 drin
Wohnungsbild aktuelle Anschriften letzte HW/AW alles mit Wohnungsstatus letzte Inlandsanschrift (mit DSMeld 1223 Zuzug von Staat)	ok ok ok ok  Nachricht 0202: wohin mit dem Staat in der Nachricht?
1710 Personalausweis – Sperrkennwort 1711 Personalausweis - Sperrsumme	Vorschlag zur Optimierung: in Nachricht per Restriction unterdrücken?
Einwilligung 1803 1804	<b>Nachricht geändert:</b>  neu aufgenommen in <u><code>type.rueckmeldung.natuerlicheperson</code></u>
<b>ID-Block identifikation.betroffener</b>  Blatt 1213a	<b>Nachricht geändert:</b>  Element <u><code>artderwohnung</code></u> aufgenommen in den von <code>type.Wohnung</code> abgeleiteten <u><code>type.identifikation.fortschreibung.wohnung</code></u> , und damit in <u><code>type.identifikation.fortschreibung</code></u> .

generell:

- einige mehr zu Pflichtfeldern machen (z.B. Ges Vertreter Geschlecht)?
- einige stärker einschränken (z.B. Kind/NameNaturlichePerson)?

#### Nachricht 0203

<b>Ergänzungscontainer</b>  1305 Zuzugsdatum – Bund 1710 Personalausweis – Sperrkennwort 1711 Personalausweis - Sperrsumme	<b>Nachricht geändert:</b>  Blatt 1305 im Ergänzungscontainer aufgenommen  <ul style="list-style-type: none"> <li>• bewerten ob aus 0201 zu entfernen</li> </ul>
--	--

	Blätter 1710 und 1711 in den Abweichungscontainer aufgenommen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• werden auf Auswerter-Seite eingetragen             <ul style="list-style-type: none"> <li>◦ bewerten ob möglicherweise im Ergänzungscontainer besser aufgehoben</li> </ul> </li> <li>• wurden aus Nachricht 0201 entfernt</li> </ul>
<b>Abweichungscontainer</b> Kinder	<b>Nachricht geändert:</b> Kind ASP ergänzt: statt auf <u>type.identifikation.kind</u> jetzt <u>type.kind.mit.sperre</u> eingebunden
<b>ID-Block betroffener</b> Blatt 1213a	<b>Nachricht geändert:</b> Element <u>artderwohnung</u> aufgenommen in den von type.Wohnung abgeleiteten <u>type.identifikation.fortschreibung.wohnung</u> , und damit in <u>type.identifikation.fortschreibung</u> . (die Änderung, die sich auch in Nachricht 0201 auswirkt)

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**
**Bearbeitet am: 2013-12-04**


---

Zur Frage von YR, ob beispielsweise Gesetzlicher Vertreter Geschlecht mandatorisch sein sollte. Generell ist gut zu überlegen, ob Elemente in den Rückmeldenachrichten mandatorisch sein sollten, da dazu alle Fälle gut durchdacht sein müssen.

Beispielweise kann das Geschlecht des GV nicht mandatorisch gemacht werden, da es auch juristische gesetzliche Vertreter gibt.

Gleiches gilt aus anderem Grund auch für das Geschlecht des Kindes und des EG/LP. Zwar sind hier nur natürliche Personen betroffen, jedoch handelt es um ab dem 01 Mai 2015 neu zu speichernde Daten, die nicht sofort vorliegen werden. Würden die Felder mandatorisch aufgenommen, so würden die Sachbearbeiter bzw. die Hersteller gezwungen werden einen „ungeprüften“ Wert einzutragen oder den neuen Wert „unbekannt“ zu missbrauchen.

Daher müssen die Elemente optional mit dem Hinweis aufgenommen werden, dass das Geschlecht nur zu übermitteln ist, wenn es tatsächliche bereits bekannt ist. Eine maschinelle Befüllung in der Form „Bei Ehe und bekanntem EG mit Geschlecht „w“ muss dessen EG „m“ sein“ zu vermeiden.

---

**Bearbeitet durch: QS XMeld**
**Bearbeitet am: 2013-12-05**


---

Die QS stimmt der Ausgestaltung der Rückmeldeprozesse inkl. der Rücknahme des Zuzugs aus dem Inland zu. Die Prozesse zur Rücknahme eines Wiederzuzugs aus dem Ausland sowie die weiteren Rücknahmeprozesse werden aufgrund der wenigen Fallzahlen für entbehrlich gehalten und somit aus dem Rückmeldekapitel entfernt. Die Prüfung ob und welche Daten innerhalb der Rückmeldeprozesse berichtet werden müssen wird derzeit durch die UAG Organisation vorgenommen. Sie hat auch aufgrund der geringen Fallzahlen keine Priorität. Die Prozessausgestaltung wird daher nicht zum BMG-Release erfolgen. Die bereits bestehenden Nachrichten werden aus der Spezifikation entfernt.

Die QS-Instanz stimmt ebenfalls der neuen Aufteilung der Fehlercodes zu. Zukünftig werden daher „auswertungsrelevante“ Informationen in der Nachricht 0203 mitgeteilt. Sofern eine Meldebehörde nicht mehr zuständig ist, teilt die Meldebehörde den Sachverhalt sowie zur Aufklärung benötigte Daten (bsp. bekannte Wegzugsanschrift) an die Zuzugsmeldebehörde in der Nachricht 0204 mit, sofern die 1. BMeldDÜV dies zulässt. Der Entwurf der 1. BMeldDÜV wird vom EG daraufhin noch einmal geprüft.

**Häufigkeit und Pattern zu "Auszugsdatum letzte Inlandswohnung"**

Beschlossen zu rueckmeldung.anmeldungausland.0202/ betroffener/  
letzte.inlandswohnung/datumdesauszugs (vgl. Bearbeitung vom 2013-11-30):

- type.Wohnung/datumdesauszugs soll in Zukunft nur noch DSMeld 1306 abbilden (nirgendwo mehr 1314)
- für DSMeld 1314 soll es ein zusätzliches Element geben:  
type.Wohnung/DatumLetzterWegzugAusland

Dieses Feld ist für folgende XMeld-Prozesse relevant:

- Rückmeldung nach Wiedereinzug aus dem Ausland (Nachricht 0202)
- BVA-Nachrichten (0560 / 0561)
- Statistik

zu klären:

- im aktuellen Entwurf 1.BMeldDÜV ist DSMeld 1314 nicht enthalten; wurde dort vergessen oder ist überflüssig; wird von JA geklärt (als EG13-11 ToDo 1 erfasst)

**zum Abgleich Nachrichten 0201, 0202, 0206 mit neuer Fassung 1.BMeldDÜV**

Kind	<p><b>Nachricht geändert:</b></p> <p>ASP ergänzt: <u>type.partner.mit.sperre.und.kinder</u> ausgedehnt auf <u>type.kind.mit.sperre</u>, umbenannt in <u>type.partner.und.kinder</u></p> <p><b>ok</b></p>
1002-1004 Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit / des Verlusts der deutschen Staatsangehörigkeit	<p>Diese zusätzlich in die Nachricht aufnehmen? Bisher sind nur 1001 und 1005 enthalten.</p> <p>Beschluss:</p> <p><b>Aktuelle Modellierung ist in Ordnung</b> (DSMeld 1002-1004 sind im Abweichungscontainer in Nachricht 0203 auf Auswerter-Seite enthalten)</p>
<p>Wohnungsbild</p> <p>aktuelle Anschriften</p> <p>letzte HW/AW</p> <p>alles mit Wohnungsstatus</p> <p>letzte Inlandsanschrift (mit DSMeld 1223 Zuzug von Staat)</p>	<p>ok</p> <p>ok</p> <p>ok</p> <p>ok</p> <p>Nachricht 0202: Wo wird DSMeld 1223 "Zuzug von Staat" in der Nachricht?</p> <p><b>Antwort: Muss eine Anschrift Ausland innerhalb der Wohnungsliste sein.</b> In der Dokumentation zur Nachricht beschreiben.</p>
<p>1710 Personalausweis – Sperrkennwort</p> <p>1711 Personalausweis - Sperrsumme</p>	<p>Diese Felder in den Nachrichten per Baukasten-Typ (Einschränkung)</p> <p><u>type.AusweisdokumentOhneSperrinformationen</u> unterdrückt. Wird in 0203 von der WMB an die ZMB übermittelt.</p> <p><b>Beschluss: ok</b></p>
Einwilligung 1803 1804	<p><b>Nachricht geändert:</b></p> <p>Daten neu aufgenommen in type.rueckmeldung.natuerlicheperson</p> <p><b>Beschluss: ok</b></p>

<b>ID-Block identifikation.betroffener</b>  Blatt 1213a	<b>Nachricht geändert:</b>  Element <u>artderwohnung</u> aufgenommen in den von type.Wohnung abgeleiteten <u>type.identifikation.fortschreibung.wohnung</u> , und damit in <u>type.identifikation.fortschreibung</u> .  <b>Beschluss: ok</b>  <u>name</u> einschränken, so dass nur die vorgesehenen Felder evtl. für wohnung.sender und wohnung.empfänger Baukasten-Ableitungen von Wohnung nehmen.
---	--

Konsequenter ausbauen:

- einige stärker einschränken (z.B. Kind/NameNatuerlichePerson, z.B. zuzugsperson/xmeld:NAMENATUERLICHEPERSON)?
- ggf. einige mehr zu Pflichtfeldern machen (Vorsicht: nicht Ges Vertreter Geschlecht)?

### Nachricht 0203

<b>Ergänzungscontainer</b>  1305 Zuzugsdatum – Bund  1710 Personalausweis – Sperrkennwort  1711 Personalausweis - Sperrsumme	<b>Nachricht geändert:</b>  Blatt 1305 im Ergänzungscontainer aufgenommen  <b>ok</b> (noch mal schauen, dass konsistent gelöst hier und in 301)  Blätter 1710 und 1711 in den Abweichungscontainer aufgenommen: werden auf Auswerter-Seite eingetragen  <b>ok</b>
<b>steueridentifikation.ehegatte</b>	<b>Nachricht ändern:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• muss aufgrund der Änderung des EStG angepasst werden, so dass auch IdNr von Lebenspartnern übermittelt werden können.</li> <li>• Da es nur <i>eine</i> SteuerId an dieser Stelle geben kann, wird nicht ein zweites Feld definiert, sondern dieses Feld dafür verwendet.</li> <li>• Neuer Name: steueridentifikation.ehegatte.lebenspartner</li> </ul>
<b>Abweichungscontainer</b>  Kinder	<b>Nachricht geändert:</b>  Kind ASP ergänzt: statt auf <u>type.identifikation.kind</u> jetzt <u>type.kind.mit.sperre</u> eingebunden  <b>ok</b>
<b>ID-Block betroffener</b>  Blatt 1213a	<b>Nachricht geändert:</b>  Element <u>artderwohnung</u> aufgenommen in den von type.Wohnung abgeleiteten <u>type.identifikation.fortschreibung.wohnung</u> , und damit in <u>type.identifikation.fortschreibung</u> .  (die Änderung, die sich auch in Nachricht 0201 auswirkt)  <b>ok</b>

Die Fehlernachricht und die Auswertungsnachricht sind noch gem. Vorgaben den Spezifikation anzupassen

**Umgesetzt zu "Auszugsdatum letzte Inlandswohnung" bei Rückmeldung nach Wiedereinzug aus dem Ausland (Nachricht 0202)**

**Beschlusslage:**

- type.Wohnung/datumdesauszugs soll in Zukunft nur noch DSMeld 1306 abbilden (nirgendwo mehr 1314)
- für DSMeld 1314 soll es ein zusätzliches Element geben:  
type.Wohnung/datumLetzterWegzugAusland

**Geändert:**

- entsprechend DSMeld 1314 zusätzliches Element eingefügt in type.Wohnung:  
datumLetzterWegzugAusland  
(type.Wohnung/datumdesauszugs soll in Zukunft nur noch DSMeld 1306 abbilden, nirgendwo mehr 1314)
- type.Geburtsdatum darauf angewendet (dies gestattet Eintrag von Datum mit fehlenden Tages- und Monatsangaben); diesen Typ umbenannt in type.TeilbekanntesDatum
- type.rueckmeldung.letzte.inlandswohnung angepasst:
  - datumdesauszugs ist optional
  - datumLetzterWegzugAusland mandatorisch
  - den Typen in den Baukasten verschoben und umbenannt in type.WohnungLetzteInlandswohnung

**BVA-Nachrichten analog angepasst:**

- datenuebermittlung.optionsmitteilung.0560 umbenannt in  
datenuebermittlung.optionsmitteilungwegzug.0560
- datenuebermittlung.optionsmitteilung.0561 umbenannt in  
datenuebermittlung.optionsmitteilungzuzug.0561
- in datenuebermittlung.optionsmitteilungzuzug.0561 ist das Element  
letzte.inlandswohnung jetzt vom Typ type.WohnungLetzteInlandswohnung

**Zum Abgleich Nachrichten 0201, 0202, 0206 mit neuer Fassung 1.BMeldDÜV**

letzte Inlandsanschrift (mit DSMeld 1223 Zuzug von Staat)	<p>Nachricht 0202: Wo wird DSMeld 1223 "Zuzug von Staat" in der Nachricht? Antwort: eine Anschrift Ausland innerhalb der Wohnungsliste.</p> <p><b>Dokumentation entsprechend angepasst für die Elemente:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• rueckmeldung.anmeldungausland.0202</li> <li>• letzte.inlandswohnung</li> </ul>
<b>ID-Block</b> identifikation.betroffener	<p><b>geändert:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Durchgängig ersetzt: <u>type.identifikation.fortschreibung.wohnung</u> durch den identischen Baukasten-Typ <u>type.WohnungStatusArtAnschrift</u>. Den Typ <u>type.identifikation.fortschreibung.wohnung</u> gelöscht.</li> <li>• wirkt sich aus in allen Rückmeldungs- und Fortschreibungsnachrichten (überall wo type.identifikation.fortschreibung verwendet wird)</li> <li>• <u>name</u> eingeschränkt, so dass nur die vorgesehenen Felder enthaltenen sind gemäß 1.BMeldDÜV §8 (3)                     <ul style="list-style-type: none"> <li>○ Dafür Typ definiert <u>type.NameBasisdatenPlus</u>:</li> </ul> </li> </ul>

	<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Familienname 0101 bis 0106</li> <li>▪ Geburtsname 0201 bis 0202</li> <li>▪ Vornamen 0301, 0302</li> </ul>
--	--

### Nachricht 0203

<b>Ergänzungscontainer</b> 1305 Zuzugsdatum – Bund	<b>Nachricht geändert:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Blatt 1305 im Ergänzungscontainer aufgenommen</li> <li>• neuen <u>type.ZuzugsdatumBund</u> (abgeleitet vom neuen Typ <u>type.Zuzugsdaten</u>) angewendet (ist abgekoppelt von <u>type.Einwohnerschaft</u>)</li> <li>• ist konsistent gelöst hier und in 0301</li> </ul>
<b>steueridentifikation.ehegatte</b>	<b>Nachricht geändert:</b> <ul style="list-style-type: none"> <li>• wurde aufgrund der Änderung des EStG angepasst, so dass auch IdNr von Lebenspartnern übermittelt werden können</li> <li>• da es nur <i>eine</i> Steuerld an dieser Stelle geben kann, wird nicht ein zweites Feld definiert, sondern dieses Feld dafür verwendet</li> <li>• neuer Name: <u>steueridentifikation.ehegatte.lebenspartner</u></li> </ul>

### Sonstiges:

- Geschlecht EG, LP, Kind: Elemente Geschlecht sind. Hinweis wurde aufgenommen, dass das Geschlecht nur zu übermitteln ist, wenn bekannt und im Melderegister gespeichert.

### Noch zu tun:

- Statistik informieren:
  - o neues Element type.Wohnung/datumLetzterWegzugAusland (entspricht DSMeld 1314)
  - o datumDesAuszugs nur noch für DSMeld 1306
- es gibt an einigen Stellen noch Bedarf für Restrictions:
  - o z.B. Namen von EG/LP/GSV/Kind
  - o z.B. zuzugsperson/NAMENATUERLICHEPERSON)
- prüfen, ob Nachrichten 0203 und 0204 noch weiteren Anpassungsbedarf gem. Vorgaben der Spezifikation haben
- neuen type.Zuzugsdaten bewerten, ob er auf die richtige Weise vom type.Einwohnerschaft abgekoppelt wurde bzw. welche Daten überhaupt für XMeld benötigt werden

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2014-01-09**

### Begutachtung der Prozesse

Beginnend bei Abschnitt "III.2.4.3.1.8 Wohnungsstatuswechsel" endend bei "III.2.4.4.2 Rücknahme eines Wohnungsstatuswechsel".

### III.2.4.3.1.8 Wohnungsstatuswechsel

Die Begriffe der Zuzugs- und Wegzugsmeldebehörde sind im Kontext des Statuswechsels nicht direkt klar:

- Zuzugsmeldebehörde: Dessen Bedeutung muss über die Interpretation mehrerer grundlegender Begriffe hergeleitet werden.
- Wegzugsmeldebehörde: Die Bedeutung wird nicht klar. Hier wird eine Präzisierung des entsprechenden grundlegenden Begriffs gewünscht (z. B. ein Hinweis darauf, dass es sich ausschließlich um Hauptwohnungen handelt).

#### **Verwendung bestimmter Schlüssel**

Der Schlüssel 0 (Alleinige Wohnung) kann im Kontext des Empfängers beim Wohnungstatuswechsel nicht vorkommen.

#### **III.2.4.4.1 Rücknahme eines Zuzugs aus dem Inland**

##### **Prozessbeschreibung**

*"Bevor eine Rücknahme des Sachverhaltes „Zuzug aus dem Inland“ über OSCI–XMeld erfolgen kann, erfolgt i. d. R. eine Klärung zwischen den betroffenen Meldebehörden."*

Das "i. d. R." muss gestrichen werden, da eine Absprache in jedem Fall erfolgen muss.

##### **Anmerkung zum Flag "ruecknahme = true":**

Prinzipiell ist die Nutzung eines Flags in Ordnung: Verfahren haben damit genau die benötigte Information um die Nachricht 201 passend zu verarbeiten und für den Sachbearbeiter aufzubereiten. Es fällt jedoch auf, dass in anderen XMeld-Kontexten in solchen Fällen derartige Flags mit großen Auswirkungen vermieden werden (z. B. wurde die Nachricht 206 beibehalten, da die besondere Gegebenheit auf den ersten Blick erkannt werden sollte).

Die AG Test schlägt (auch der Konsistenz halber) vor, für den Anlass der Rücknahme eines Zuzugs aus dem Inland eine eigene Nachrichtennummer zu nutzen.

Die Aussage unter dem Prozessmodell "Dieses Prozessmodell enthält keine Verweise auf andere Prozessmodelle" passt nicht zur ausgelagerten ASP-Prüfung etc.

#### **Verwendung bestimmter Schlüssel**

Die Dokumentation der verwendeten Schlüssel sollte den Aussagen zu "Rückmeldung an die Wegzugsmeldebehörde" (Abschnitt: Zuzug aus dem Inland) entsprechen.

#### **III.2.4.4.2 Rücknahme eines Wohnungsstatuswechsel**

Alle Anmerkungen zu Rücknahme "Zuzug aus dem Inland" gelten auch in diesem Kontext.

##### **Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung**

Die Benennung der beteiligten Stellen sollte für alle Rücknahmekontexte und die grundlegenden Anlässen konsistent sein: Entweder Zuzug-/Wegzugsmeldebehörde oder "alte/neue Meldebehörde der Hauptwohnung".

##### **Prozessbeschreibung**

Die Aussage "Dabei übernimmt sie das von der vermeintlichen neuen Meldebehörde der Hauptwohnung in der ursprünglichen Nachricht 0206 enthaltene Auszugsdatum (datumdesauszugs) als Einzugsdatum () in ihrer rueckmeldung.erweiterterstatuswechsel.0206." ist im Kontext des Wohnungsstatuswechsels nicht passend. Anstelle des Aus- und Einzugsdatums ist das Datum des Statuswechsels relevant.

Die Aussage "Nach Erhalt der Nachricht 0203 übernimmt die alte Meldebehörde der Hauptwohnung die Ergänzungen und prüft, ob die ggf. enthaltenen Abweichungen übernommen werden können. Danach wird das Melderegister bezüglich des Einzugsdatums der betroffenen Person korrigiert." ist analog zu prüfen, da ein Einzugsdatum an dieser Stelle unpassend ist: Gegebenenfalls ist das Datum des Statuswechsels zu korrigieren.

(Eventuelle Änderungen sind auch im Prozessmodell nachzuziehen.)

### **Allgemeine Anmerkung zu den Korrekturprozessen:**

Aktuell wird keine Aussage zum Vorgehen im Falle der Information von Meldebehörden weiterer Nebenwohnungen gemacht. (Hierfür gibt es aktuell keine XMeld-Nachrichten.) Analog zu den Anlässen "Zuzug aus dem Inland" und "Wohnungsstatuswechsel" sollten die Prozessmodelle der Korrekturanlässe angepasst werden.

### **Besonderheiten**

Falls keine Besonderheiten vorliegen, sollte dies explizit dokumentiert werden ("keine Besonderheiten", o. ä.).

---

**Bearbeitet durch: AG Mod****Bearbeitet am: 2014-01-09**

---

Erweiterung type.Wohnung um Element xmeld:datumLetzterWegzugAusland

ok

### **DatumZuzugBund DSMeld 1305**

neuen type.Zuzugsdaten bewerten, ob er auf die richtige Weise vom type.Einwohnerschaft abgekoppelt wurde bzw. welche Daten überhaupt für XMeld benötigt werden

**Beschluss:** zu ändern →

- zuzugBund muss im 0203-Ergänzungcontainer optional sein (ist nicht vorhanden z.B. bei Personen, die nicht nach Deutschland zugezogen sind)
  - in Nachrichten 0202 (und 0201, 0206) wird das Element (nach wie vor) nicht benötigt.
  - das Element ist relevant nur für den Kontext Inlandszuzüge (0201, 0206): falls der Auslöser des 0203-Ergänzungcontainers eine Nachricht 0202 war (also Kontext Wiederzuzug Ausland), ist durch den Empfänger des 0203-Ergänzungcontainers diese Information (der Inhalt von Element zuzugbund) zu ignorieren
  - → eintragen in die Spezifikation zum Prozess Wiederzuzug Ausland/Besonderheiten
- Die Elemente zuzugland, zuzuggemeinde, zuzugkreis sind nicht übermittlungsrelevant, sie können aus dem XMeld-Baukasten gestrichen werden.
- daraus folgt: aus Element zuzugbund ein globales Element machen / oder in einen eigenen Typ einpflegen

Rücknahme-Flag fehlt noch in der Nachricht 0201 und 0206

Prüfung der gelben Einträge von Bearbeitet durch: YR Bearbeitet am: 2013-12-30. Sind diese erledigt -> gelbe Markierung entfernen

---

**Bearbeitet durch: LABO RS****Bearbeitet am: 2014-01-06**

---

1. aus QS-XMELD vom 05.12.2013:

... „Die Prüfung ob und welche Daten innerhalb der Rückmeldeprozesse berichtigt werden müssen wird derzeit durch die UAG Organisation vorgenommen. Sie hat auch aufgrund der geringen Fallzahlen keine Priorität. Die Prozessausgestaltung wird daher nicht zum BMG-Release erfolgen. Die bereits bestehenden Nachrichten werden aus der Spezifikation entfernt.“

Hierzu meine Frage:

Berichtigungen (mind. 0211) haben hohe Fallzahlen und daher auch entsprechende Priorität!

Welche Nachrichten werden nun konkret aus der Spezifikation entfernt; sind hiermit die 021X komplett gemeint?

2. Auf Seite 31 d. Dok. wurde zur 0203 durch YR die Frage aufgeworfen zu klären, ob Bl. 1710/1711 in den Abweichungs- oder den Ergänzungcontainer der Nachricht gehören – es wird nur **im Text** (s.S 34.) nicht klar, wo sie nun stehen?

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am: 2014-01-10**

---

**Bearbeitung der Punkte aus AG Test von 2014-01-09:**

### **Grundlegende Begriffe**

Die Grundlegenden Begriffe wurden gemäß Bearbeitung durch AG Test von 2014-01-09 präzisiert.



## Verwendung bestimmter Schlüssel beim Wohnungsstatuswechsel

Der Schlüssel 0 „Alleinige Wohnung“ ist im Kontext des Wohnungsstatuswechsel entfernt worden.

## Rücknahme eines Zuzugs aus dem Inland

Im Satz

*"Bevor eine Rücknahme des Sachverhaltes „Zuzug aus dem Inland“ über OSCI–XMeld erfolgen kann, erfolgt i. d. R. eine Klärung zwischen den betroffenen Meldebehörden."*

wurde „i. d. R.“ entfernt.

### Anmerkung zum Flag "ruecknahme = true":

Prinzipiell ist die Nutzung eines Flags in Ordnung: Verfahren haben damit genau die benötigte Information um die Nachricht 201 passend zu verarbeiten und für den Sachbearbeiter aufzubereiten. Es fällt jedoch auf, dass in anderen XMeld-Kontexten in solchen Fällen derartige Flags mit großen Auswirkungen vermieden werden (z. B. wurde die Nachricht 206 beibehalten, da die besondere Gegebenheit auf den ersten Blick erkannt werden sollte).

Die AG Test schlägt (auch der Konsistenz halber) vor, für den Anlass der Rücknahme eines Zuzugs aus dem Inland eine eigene Nachrichtennummer zu nutzen.

Die Verweise auf die Prozessmodelle wurden unter dem Prozessmodell aufgenommen.

## Verwendung bestimmter Schlüssel

Die Schlüssel wurden gemäß Abschnitt „Zuzug aus dem Inland“ übernommen. Es wurde der Begriff „vermeintliche Zuzugsmeldebehörde“ aufgenommen.

### III.2.4.4.4.2 Rücknahme eines Wohnungsstatuswechsel

Alle Anmerkungen zu Rücknahme "Zuzug aus dem Inland" gelten auch in diesem Kontext.

### Prozessbeschreibung

Das Prozessmodell wurde bzgl. des Statuswechseldatums angepasst.

### Allgemeine Anmerkung zu den Korrekturprozessen:

Aktuell wird keine Aussage zum Vorgehen im Falle der Information von Meldebehörden weiterer Nebenwohnungen gemacht. (Hierfür gibt es aktuell keine XMeld-Nachrichten.) Analog zu den Anlässen "Zuzug aus dem Inland" und "Wohnungsstatuswechsel" sollten die Prozessmodelle der Korrekturanlässe angepasst werden.

### Besonderheiten

Falls keine Besonderheiten vorliegen, sollte dies explizit dokumentiert werden ("keine Besonderheiten", o. ä.).

---

**Bearbeitet durch: YR**

**Bearbeitet am: 2014-01-27**

---

**Benennung BVA-Nachrichten** wieder in den Zustand von XMeld 1.8.1 überführt:

datenuebermittlung.optionsmitteilung.0560

datenuebermittlung.optionsmitteilung.0561

Die **Elemente zuzugland, zuzuggemeinde, zuzugkreis** wurden aus dem XMeld-Baukasten entfernt.

Nachricht 0203 Ergänzungscontainer:

- **Element zuzugsdatumBund** als globales Element im Baukasten angelegt
- im 0203-Ergänzungscontainer optional eingefügt
- Lösung zur Anmeldung Nachricht 0301 konsistent damit gelöst (siehe CR-2012-43 Anmeldung)

- es gibt an einigen Stellen noch Bedarf für Restrictions:
  - z.B. Namen von EG/LP/GSV/Kind
  - z.B. zuzugsperson/NAMENATUERLICHEPERSON)

to do (in AG Mod klären):

- **Element zuzugbund** (aus type.Einwohnerschaft) ist jetzt überflüssig
- prüfen wo es tatsächlich gebraucht wird, überall ersetzen durch das neuen globale Element zuzugsdatumBund
- dann löschen

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2014-01-29**

---

## 1) Ausgangssituation

-

## 2) Begriffsdefinitionen

Die Begriffsdefinitionen für das Kapitel „Rückmeldeverfahren wurden erstellt und müssen noch überprüft werden.

## 3) Übersicht über den Ablauf

Zum Übersicht über den Ablauf wurde eine Grobbeschreibung der Abläufe sowie eine Beschreibung des Datenumfanges formuliert. Es wurde ein Hinweis aufgenommen, dass die Datenumfänge für HW und NW variieren (ergänzende Daten). An diese Stelle wird bereits deutlich, dass noch zu klären ist, wie die NWs über den Bezug einer Nebenwohnung zukünftig informiert werden (**Rückmeldung vs. Fortschreibung**)

**Im Detail:**

### Frage zu folgendem Fall:

Bei einem Bezug einer Nebenwohnung (ausserhalb der zust. HW-MB) sendet die Nebenwohnung eine 0201 an die weiterhin bestehende Hauptwohnung und führt mit dieser das Rückmeldeverfahren durch. Das Prozessmodell, welches in der Modellierung erarbeitet wurde, geht davon aus, dass dann aus Sicht des Rückmeldeverfahrens Schluss ist. Die weiterhin bestehende HW hat also die aktuellen Informationen, aber welche MB muss diese an ggf. weitere Nebenwohnungen übermitteln?

Ich sehe folgende Varianten:

1. Den Prozess im Kapitel Rückmeldeverfahren so anpassen, dass die neue NW die bestehenden NWs nach Erhalt der 0203 informieren muss.
2. Im Fortschreibekapitel eine geeignete Nachricht finden, die es ermöglicht, dass die weiterhin bestehende HW den neuen Stand an alle NWs übermittelt.
3. Die Information von der HW an die NWs ist bereits jetzt in der Fortschreibung enthalten.

## 4) Der Ablauf im Detail

1. Zuzug aus dem Inland
2. Bezug einer Nebenwohnung
  - a. siehe Frage oben zur Benachrichtigung der weiteren Nebenwohnungen
  - b. Gibt es hier Besonderheiten?
3. Rücknahme Zuzug aus dem Inland
  - a. Frage offen, ob es das Rücknahme-Flag geben soll oder nicht
  - b. Prozess wurde dahingehend angepasst, dass im dritten Schritt die bestehende Nebenwohnung informiert werden (Analog zum Prozess Zuzug aus dem Inland) siehe auch AG Test
  - c. Frage: ist es richtig, dass die vermeintliche Zuzugs-MB eine ASP-Prüfung durchführen muss? Sie muss ja eigentlich die Person komplett aus ihrem Register löschen.

## 5) Datentypen

## 6) Nachrichten

Die Nachrichten 0212 und 0216 wurden aus der Spezifikation komplett entfernt.

---

**Bearbeitet durch: AG Test****Bearbeitet am: 2014-02-12**

---

### Begutachtung der Prozesse

Die Begutachtung der Prozesse wird bei Abschnitt "III.2.4.4.5 Stornierung einer Person" fortgesetzt.

#### III.2.4.4.7.2 Rückweisung aufgrund fehlender Identifikation

##### **Einordnung des Anlasses "Rückweisung aufgrund fehlender Identifikation"**

Die AG Test schlägt vor, den Anlass "Rückweisung aufgrund fehlender Identifikation" der Prüfungsebene II zuzuordnen und entsprechend in den Abschnitt "III.2.4.4.7.3 Rückweisung gemäß Prüfungsebene II" zu verschieben.

**Begründung:** Die Identifikation einer Person bedarf der Betrachtung des Datenbestands und befindet sich damit auf der zweiten Prüfungsebene. Eine solche Anpassung wäre in allen Kapiteln durchzuführen.

##### **Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung**

Der Konsistenz halber soll die "Meldebehörde (Sender)" als "Wegzugsmeldebehörde bzw. letzte Inlandsmeldebehörde (Sender)" bezeichnet werden. Eine analoge Anpassung muss im Prozessmodell erfolgen.

##### **Verwendung bestimmter Schlüssel**

Der Verweis auf das Prozessmodell muss durch eine vollständige Dokumentation der zu verwendenden Schlüssel ersetzt werden. Das Prozessmodell soll eine textuelle Beschreibung nicht ersetzen. Bitte analog für alle folgenden Abschnitte vorgehen.

##### **Besonderheiten**

Wenn keine Besonderheiten vorliegen, soll dies ebenso dargelegt werden. (Analog für alle folgenden Abschnitte.)

#### III.2.4.4.7.3.1.1 Rückweisung nach einem Zuzug aus dem Inland durch die Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung

##### **Erneuter Hinweis zum Umgang mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen**

Die AG Test regt an zu erörtern ob ein erneuter Hinweis zum Umgang mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen bspw. unter "Besonderheiten" aufgenommen wird, damit direkt erkennbar wird, dass Schlüssel "3" nicht mit einer Nachricht 0204 übermittelt wird. Auch ein Verweis auf die Besonderheiten im Kontext des Anlasses "Zuzug aus dem Inland" ist möglich.

#### III.2.4.4.7.3.1.2 Rückweisung nach einem Zuzug aus dem Inland durch die Meldebehörde der Nebenwohnung

##### **Haupt- und alleinige Wohnung in der Prozessbeschreibung**

Der Schlüssel "8" benennt Hauptwohnungen *und* alleinige Wohnungen. Letztere sollten ebenso in der (zukünftigen) Prozessbeschreibung erwähnt werden.

##### **Annotation im Prozessmodell**

Die Annotation "Weiterverarbeitung" zum Endzustand des Prozessmodells sollte der Konsistenz zu den anderen Prozessmodellen halber entfallen. Dass eine Weiterarbeitung erfolgt, ist in jedem Fall klar.

#### III.2.4.4.7.3.2 Rückweisung nach einem Bezug einer Nebenwohnung

##### **Beteiligte Stellen vertauscht**

Unter "Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung" sind Sender und Empfänger vertauscht.

### **Erläuterung des Umgangs mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen für Nebenwohnungen**

Der Umgang mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen muss in diesem Abschnitt (bzw. dem Abschnitt "III.2.4.1.3.2 Bezug einer Nebenwohnung in anderen Zuständigkeitsbereich als den der Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung") erläutert werden, da sich die bisherige Aussage (in "Besonderheiten" des Anlasses "Zuzug aus dem Inland") ausschließlich auf Haupt- und alleinige Wohnungen bezieht. (Ist bspw. der Schlüssel "3" relevant? Wird eine 0203 übermittelt? ...)

### **Konsistente Benennung beteiligter Meldebehörden**

Es muss auf eine konsistente Benennung der beteiligten Meldebehörden in der textuellen Beschreibung und dem Prozessmodell geachtet werden. In diesem Abschnitt passen bspw. "Meldebehörde der Nebenwohnung / Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung" (Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung) und "Wegzugsmeldebehörde / Zuzugsmeldebehörde" (Prozessmodell) nicht zusammen.

### **III.2.4.4.7.3.3 Rückweisung nach einem Wiederzuzug aus dem Inland**

#### **Zu verwendende Schlüssel**

Die Verwendung des Schlüssels "5" ist aus der Sicht der AG Test sinnvoll. Er müsste entsprechend in den "Melderecht Umsetzungshinweisen", Abschnitt 4. f. ergänzt werden.

Der in der Prozessbeschreibung (evtl. vorgesehene) Schlüssel "9" kann laut "Melderecht Umsetzungshinweise", Abschnitt 4. b. i. nicht verwendet werden. Es wird in diesem Fall keine 0204 versendet.

### **III.2.4.4.7.3.4.2 Rückweisung nach einem Wohnungsstatuswechsel durch die Meldebehörde der Nebenwohnung**

#### **Ausschließliche Verwendung des Schlüssels "8"**

Aus welchem Grund wird in den Anlässen "Die Rückweisung des Zuzugs aus dem Inland durch die Meldebehörde der Nebenwohnung im Rückmeldeverfahren" und "Rückweisung nach einem Wohnungsstatuswechsel durch die Meldebehörde der Nebenwohnung" *ausschließlich* der Schlüssel "8" versendet? Denkbar wären auch die Schlüssel 1, 4 und 5.

### **Allgemeine Anmerkung zu den Prozessmodellen der Rückweisung**

Die Ausgangssituation "Prüfung auf unplausible Meldedaten" entspricht der anschließenden Aktivität und sollte durch "Eingang der Nachricht [0201|0202|0206]" ersetzt werden.

### **Allgemeine Anmerkung zu den Prozessbeschreibungen der Rückweisung**

Es handelt sich nicht um "Fehlerprüfungen" sondern um "Prüfungen" (auf unplausible Meldedaten).

### **III.2.4.6 Prüfung von 0203-Nachrichten**

Der Abschnitt wurde aus der Vogelperspektive betrachtet. Eine detaillierte Begutachtung durch die AG Test kann erst erfolgen, sobald die Inhalte *aktualisiert* und in die anlassbezogene Struktur überführt wurden (z. B. indem die gesondert zu behandelnden Nachrichteninhalte in Abschnitten zu "Besonderheiten" erläutert werden).

### **Begutachtung der Nachrichten und Datentypen**

### **III.2.6 Die Nachrichten**

#### **Tabelle: Alle Nachrichten zu „Das Rückmeldeverfahren“**

**Ist:** "Diese Nachricht wird von der <XYZ> versendet."

**Soll:** "Diese Nachricht wird versendet von der: <XYZ>." (für alle Nachrichten)

### **Konsistenter Bezug zu den Anlässen**

Der Bezug zu den Anlässen in der Beschreibung der Nachrichten muss konsistent zu den Titeln der entsprechenden Abschnitte im Abschnitt "Der Ablauf im Detail" sein.

**Beispiel (Kontext: Beschreibung der Nachricht 0201):** "Meldebehörde der Nebenwohnung im Falle eines Bezugs einer Nebenwohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Meldebehörde" muss konsistent zu "Bezug einer Nebenwohnung in anderen Zuständigkeitsbereich als den der Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung" sein.

### Korrektur im gleichen Absatz (wie im vorherigen Beispiel)

"ausserhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Meldebehörde (Prozess siehe Abschnitt III.2.4.1.3.2 auf Seite 236) ~~und oder~~ von der"

### Weitere Anpassungs- bzw. Korrekturvorschläge

- "Mit dieser Nachricht informiert die ~~Meldebehörde, in der die Anmeldung erfolgt ist,~~  
~~die Empfänger~~Zuzugsmeldebehörde die letzte Inlandsmeldebehörde über die Tatsache und die Details zum Wiederezug der betroffenen Personen aus dem Ausland."
- "Mit dieser Nachricht informiert die Meldebehörde, den Empfänger über die ausgewertete Rückmeldung." (Beschreibung der Nachricht 0203)
- "im Falle einer ~~r~~ Rücknahme" (an zwei Stellen)
- "Prozess siehe ???": Konkrete Verweise ergänzen.
- "Mit dieser Nachricht informiert die Meldebehörde, den Empfänger über Rückweisung der Rückmeldung durch Feststellung unplausibler Meldeverhältnisse-."

### Begutachtung der Nachricht 0201 und ihrer Unterstrukturen

Die Begutachtung umfasst alle Inhalte der Nachricht 0201 bis auf die folgenden Kindelemente (kursiv):

- `rueckmeldung.anmeldunginland.0201`
  - `umzugsverband`
    - *vertreter*
    - *partner.und.kinder*
    - *nachweis.familienstand*
  - *technische.einzelidentifikation*

Deren Begutachtung wird in der nächsten Sitzung der AG Test fortgeführt.

### Allgemeine Anmerkung zu umbenannten Elementen

Die Umbenennung von Elementen hat eine direkte Auswirkung auf die Nachrichteninstanzebene. Aus diesem Grund darf eine Umbenennung ausschließlich auf der Grundlage eines expliziten CRs geschehen und sollte dann *konsequent* durchgeführt werden. Folgende Elemente wurden als umbenannt identifiziert (verwendet in den Nachrichten der Rückmeldung):

- `type.Geburt`
  - *geburtsortStaat*
  - *tagDerGeburt*
- `type.Familienstand`
  - *datumBeginn*
  - *datumEnde*
  - *ortLetzteEheOderLp*
  - *ortStaatLetzteEheOderLp*
- `type.Religion`
  - *religionSteuerErhebend*
  - *religionNichtSteuerErhebend*
- `type.Wahlrechtsausschluss`
  - *dauernderAusschluss*
  - *endedatumWirdNachgeliefert*
- `type.WaffenrechtlicheErlaubnis`
  - *tagDerErstmaligenErteilung*
- `type.SprengstoffrechtlicheErlaubnis`
  - *tagDerErstmaligenErteilung*

### Allgemeine Anmerkung zur Benennung von XMeld-Datentypen

Bei der Benennung von XMeld-Typen muss auf aussagekräftige und den XMeld-Konventionen folgende Namen geachtet werden (bspw. ist der Name "type.NameBasisdatenPlus" nicht aussagekräftig und gegenüber den bereits existierenden Namen unüblich).

### Allgemeine Anmerkung zu Dokumentation von Elementen

Einige Elemente werden aktuell mit nur rudimentären Texten bzw. Sätzen erläutert (oder besitzen gar keine Dokumentation). Im Allgemeinen sollten vollständige deutsche Sätze zur Dokumentation genutzt werden um die Lesbarkeit zu verbessern. Beispiel: "Die Anschrift und der Wohnungsstatus des Betroffenen innerhalb der sendenden Gemeinde."

Die AG Test empfiehlt den Einsatz einer werkzeuggestützten Rechtschreibprüfung um Fehler wie "Mit diesem Element werden Angaben zu Auskunftssperren der betroffenen\_person übermmittelt." direkt herauszufiltern.

#### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201

- rueckmeldung.anmeldunginland.0201
  - umzugsverband
    - betroffener
      - identifikation.betroffener
        - name (type.NameBasisdatenPlus)
          - In der Dokumentation des Elements müssen die Verweise bzgl. der 1. BMeldDÜV aktualisiert werden.
        - wohnung.sender (type.WohnungStatusArtAnschrift)
          - Die Art der Wohnung (Element: "artderwohnung") kann nicht als Identifizierungsdatum genutzt werden, da der Inhalt des Feldes sich in jedem Fall bei der Sender- und Empfänger meldebehörde unterscheidet. Das Feld beschreibt ausschließlich die Art der Wohnung bei einer auswärtigen Meldebehörde. Für die Wohnung des Senders ist die Art immer leer. (Die 1. BMeldDÜV gibt das Feld 1213a für *frühere* Wohnungen an.)
          - ANSCHRIFT (type.AnschriftMelderechtOhneAusland)
            - DSMeld-Feld 1200 wird aktuell (zu Recht) nicht in der 1. BMeldDÜV (§ 8, Abs. 3) aufgeführt. Aus diesem Grund muss das Element "anschrift.unbekannt" als mögliche Anschrift der Wohnung des Senders entfallen. Eine unbekannte Anschrift kann nicht sinnvoll zur Identifikation einer Person genutzt werden.
            - Vorschlag: Element "ANSCHRIFT" ersetzen durch "anschrift.inland" des Typs "type.AnschriftMelderechtInland".
        - wohnung.empfaenger (type.WohnungStatusArtAnschrift)
          - ANSCHRIFT (type.AnschriftMelderechtOhneAusland)
            - siehe Anmerkung zu "ANSCHRIFT" in "wohnung.sender" (analog zu behandeln)
      - zuzugperson (type.rueckmeldung.natuerlicheperson)
        - NAMENATUERLICHEPERSON (type.NameNatuerlichePerson)
          - Die Angabe des früheren Familiennamens und des früheren Vornamens ist laut 1. BMeldDÜV nicht erlaubt.
        - FAMILIENSTAND (type.Familienstand)
          - Das Element weist Kindelemente auf, welche der neuen BMeldDÜV nach nicht übermittelt werden können. Sobald der endgültige Stand der DÜV vorliegt, sind die Konsequenzen zu betrachten. (Die DSMeld-Blätter 1405 und 1406 sind bspw. in der 1. BMeldDÜV nicht vorgesehen.)
          - Das BZSt hat eine Gesetzesänderung angeregt, in der unter anderem die Aufnahme des Blattes 1406 angeregt wird. (Das Blatt 1405 ist in der 1. BMeldDÜV zu Recht nicht enthalten.)
          - Im Falle einer Anpassung des Typs zum Element FAMILIENSTAND (in der 0201) ist darauf zu achten,

- dass in der 0203 bei den Elementen  
"familienstand.rueckmelder" und  
"familienstand.auswerter" derselbe Typ genutzt wird.
- RELIGION (type.Religion)
    - Die Elemente "RELIGION" und "religionSteuerErhebend" müssen als obligatorisch deklariert werden, da der Schlüssel "--" die Tatsache "keiner steuererhebenden Religionsgesellschaft angehörend" beschreibt und in solchen Fällen ebenso übermittelt werden muss.
  - STAATSANGEHOERIGKEIT (type.Staatsangehoerigkeit)
    - Die AG Test ist der Ansicht, dass die DSMeld-Blätter 1002-1004 auch in der 0201 hinzugefügt werden müssen (siehe 1. BMeldDÜV, § 7, Abs. 1, Nr. 9). Auf der Grundlage der Aussage der AG Modellierung in der Bearbeitung vom 2013-12-11 kann die AG Test die Nichtaufnahme der Blätter nicht nachvollziehen.
  - EINWOHNERSCHAFT (type.Einwohnerschaft)
    - WOHNUNG (type.Wohnung)
      - Die DSMeld-Blätter 1308 bis 1313 sind in der neuen BMeldDÜV entfallen. Die entsprechenden Schema-Elemente müssen ebenso entfallen.
  - EINWILLIGUNG (type.Einwilligung)
    - Zu klärende Frage: Welche Bedeutung hat das Fehlen des Elements EINWILLIGUNG (in einer konkreten 0201-Nachrichteninstanz) für die Wegzugsmeldebehörde, bei der ggf. eine Einwilligung vorliegt. Wird damit die Einwilligung bei dieser aufgehoben?

#### **Allgemeine Anmerkungen zu XMeld-Datentypen (genutzt in der Nachricht 0201)**

- type.AnschriftMelderechtInland
  - Das Element "wohnungsgeber" muss in "wohnungsinhaber" umbenannt werden. (Im Rahmen von XInneres zu berücksichtigen.)

#### **Weitere Anpassungs- bzw. Korrekturvorschläge**

- "III.2.5.2 Basistyp für die Rückmeldungsauswertung nach § 78 1. BMeldDÜV"

#### **Merker für die Fortsetzung der Begutachtung durch die AG Test**

- 0..5 Vertreter (0201): Warum 0..5?
- Vertreter/wohnung: Warum Wohnung?
- rueckmeldung.erweiterterstatuswechsel.0206: Benennung der Nachricht?

---

**Bearbeitet durch: AG Test**

**Bearbeitet am: 2014-02-25**

---

#### **Begutachtung der Nachrichten und Datentypen**

(Zugrunde gelegt wurde der folgende Stand der 1. BMeldDÜV: "131129 Synopse 1.BmeldDÜV Abstimmung Länder zweispaltig"!)

#### **Fortsetzung der Begutachtung der Nachricht 0201**

##### **Allgemeine Anmerkung zur Dokumentation der XMeld-Datentypen**

Bezüge zum BMG und der 1. BMeldDÜV müssen aktualisiert werden (z. B. weist die Dokumentation im Rahmen des Typs "type.Auskunftssperre" noch Verweise auf das MRRG auf).

##### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201**

- rueckmeldung.anmeldunginland.0201
  - umzugsverband
    - betroffener
      - vertreter (type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag)
        - Es sollte geprüft werden, ob die Begrenzung auf genau 5 Vertreter angemessen ist, da das DSMeld-Blatt 0902 maximal 4 Vertreter zulässt und sich aus praktischer Sicht keine Begründung für 5 Vertreter ergibt. (Analog ist das Element "gesetzlichervertreter" im Abweichungscontainer der Nachricht 0203 zu behandeln.)
        - auskunftssperre
          - grund (Code.Auskunftssperre)
            - Gemäß DMeld-Blatt 0918 sollte eine explizite Codeliste mit den Schlüsseln "3", "11" und "12" (§ 51 Abs. 1 BMG) genutzt werden. Aus diesem Grund soll die Dokumentation des Elements "auskunftssperre" auf die nutzbaren Schlüssel hinweisen. (Analog ist sind die Auskunftssperregründe für Kinder (Schlüssel "1", "3", "11") und Partner (Schlüssel wie beim gesetzlichen Vertreter) sowie die entsprechenden Elemente im Abweichungscontainer der Nachricht 0203 zu behandeln.)
            - Bei Bedarf kann auch Schemavalidierung ermöglicht werden: Nach XÖV-Modellierungsmustern können "anonyme Codelisten" zur Einschränkung der Menge der gültigen Schlüssel einer Codeliste (z. B. mit dem URI "urn:xmeld:schluesseltabelle:auskunftssperre") genutzt werden, ohne dass hierfür eine neue XMeld-Codeliste mit eigenem URI erstellt werden muss.
  - partner.und.kinder
    - kind
      - name (type.NameNaturerlichePerson)
        - Der Typ dieses Elements darf ausschließlich die nach der 1. BMeldDÜV erlaubten Kindelemente aufweisen. Dementsprechend sollte nicht der allgemeine Datentyp "type.NameNaturerlichePerson" genutzt werden. Beispielsweise müssen ehename, geburtsname etc. gestrichen werden. (Analoge Betrachtung für Namen von Partnern.)
      - wohnung
        - ANSCHRIFT (type.AnschriftMelderechtOhneAusland)
          - Dieses Element ist als obligatorisch deklariert. Da die Anschrift eines Kindes neu aufgenommen wurde, kann diese zum 01.05.2015 häufig nicht befüllt werden. Es ist somit zu prüfen, ob das Element "ANSCHRIFT" als optional deklariert werden, oder das Kindelement "anschrift.unbekannt" noch nicht befüllte Anschriften kennzeichnen soll. (Die AG Test bevorzugt die optionale Anschrift.)
    - partner



- geburt (type.TagDerGeburt)
  - Das Pflichtelement "geburt" darf der aktuellen Modellierung nach ohne das Kindelement "tagDerGeburt" übermittelt werden. Dementsprechend sollte letzteres ebenso als obligatorisch deklariert werden.
- wohnung
  - artderwohnung (Code.Wohnungsart)
    - Der AG Test ist nicht klar, in welchen Kontexten dieses Element sinnvoll befüllt werden kann. Zwar sieht die 1. BMeldDÜV die Übermittlung des Feldes 1213a vor. Ein praktischer Anwendungsfall lässt sich jedoch nicht ableiten. Des Weiteren deckt der Verweis auf die Rechtsgrundlage "§ 3 Abs. 1 Nr. 12" im DSMeld-Blatt 1213a nicht die Verwendung im Kontext der Ehe- und Lebenspartner ab.
- nachweis.familienstand (type.Nachweisdaten)
  - Obwohl das Aktenzeichen (DSMeld-Blatt 1404) in der Praxis eine sinnvolle Information darstellt, ist dieses in der 1. BMeldDÜV nicht vorgesehen. Dementsprechend darf die Übermittlung des Aktenzeichens im Schema nicht ermöglicht werden. Des Weiteren sollte das Element "dokumentbeschreibung" entfernt werden, da kein Aktenzeichen übermittelt wird und kein entsprechendes DSMeld-Feld existiert.

## Begutachtung der Nachricht 0202

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202

- rueckmeldung.anmeldungausland.0202
  - betroffener (type.rueckmeldung.betroffener.ausland)
    - In der Nachricht 0202 müssen die Inhalte des DSMeld-Feldes 1223 übermittelt werden können. Die AG Test schlägt die Ergänzung eines entsprechenden Kindelements (direkt unter Element "betroffener") für den Zuzugstaat vor.
    - letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)
      - Die AG Test ist der Ansicht, dass die letzte Inlandswohnung ausschließlich eine inländische Anschrift repräsentieren kann. Aus diesem Grund sollte das Element "ANSCHRIFT" direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen.
      - Dabei ist des Weiteren zu beachten, dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (d. h. "postleitzahl" und "strasse") befüllt werden können, da die betroffene Person unter Umständen keine konkreten Angaben mehr machen kann. Aus diesem Grund müssen die beiden Elemente als optional deklariert werden. Eine analoge Betrachtung muss für das Element "identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland" (*nur* im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.

Die Anmerkungen zu den Typen im Kontext der Nachricht 0201 gelten ebenso für die Nachricht 0202.

## Begutachtung der Nachricht 0203

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0203

- rueckmeldung.auswertung.0203

- hauptwohnung.ergaenzungen
  - optionsdeutscher
    - Das Element "nachweisdaten" muss entfernt werden, da hierfür kein DSMeld-Feld existiert.
- abweichungen
  - uebermittlungssperre
    - Dieses Element sollte (analog zum Pendant in der 0201) umbenannt werden in "AUSKUNFTSSPERRE", da sonstige Sperren nicht übermittelt werden.

#### **Anpassungsvorschlag zur 1. BMeldDÜV § 8 Abs. 1 Satz 4**

"Ist die neue Wohnung die Nebenwohnung der zugezogenen Person, so unterrichtet die Meldebehörde ~~der alleinigen Wohnung~~ oder der Hauptwohnung die Zuzugsmeldebehörde unverzüglich, spätestens jedoch drei Werktage nach Eingang der Rückmeldung darüber, ob Tatsachen nach § 3 Absatz 2 Nummer 7 und 8 des Bundesmeldegesetzes vorliegen (Datenblätter 2601, 2602, 2801 und 2802)."

#### **Begutachtung der Nachricht 0204**

##### **Elemente "anschrift", "auszugsdatum", "tod", usw.:**

Für jedes dieser Elemente sollte präzise dargelegt werden, im Kontext welches Grundes es obligatorisch zu befüllen ist, es optional ist und insbesondere, es nicht befüllt werden darf. Dabei ist zu beachten, dass der Schlüssel "3" im Kontext der Nachricht 0204 nicht verwendet wird. (Aktuell wird dieser in der Dokumentation der Elemente erwähnt.)

#### **Begutachtung der Nachricht 0206**

Der Name der Nachricht soll lauten "rueckmeldung.statuswechsel.0206".

Die Anmerkungen zu den Typen im Kontext der Nachricht 0201 gelten ebenso für die Nachricht 0206.

---

#### ***Bearbeitet durch: UAG Organisation***

***Bearbeitet am: 2014-03-10***

---

##### **Zum Thema Berichtigungsnachrichten:**

Die UAG Organisation hält nur die Eintragung der neuen Anschrift (Zuzugsanschrift) bei der Wegzugsmeldebehörde sowie ggf. eingetragene Auskunftssperren für erforderlich. Die Nachricht 0211 ist daher nicht mehr erforderlich und kann aus der Spezifikation entfernt werden.

---

#### ***Bearbeitet durch: KoSIT/JH***

***Bearbeitet am: 2014-03-10***

---

##### **Zum Thema Berichtigungsnachrichten:**

Bzgl. der weiteren Schritte muss nochmal geprüft werden, ob die Auskunftssperren, wenn sie vom Bürger nachträglich, also nach Abschluss des Rückmeldeverfahrens, beantragt werden, derzeit über eine Fortschreibungsnachricht an die letzte Inlandswohnung übermittelt werden. Dies ist im EG zu prüfen. Alle weiteren Informationen erhält die Meldebehörde bereits über die Nachricht 0203.

---

#### ***Bearbeitet durch: QS-Instanz***

***Bearbeitet am: 2014-03-20***

---

Im Rahmen der QS-Instanz wurde das Thema des Abwartens des Rückmeldeverfahrens bei Wiederezug aus dem Ausland im BZSt-Kontext wieder vorgelegt. Die QS-Instanz hat entschieden, dass das Abwarten sinnvoll ist und mit BMG-Release erfolgen soll.

Das Thema Berichtigungsnachrichten wird im CR wird im CR 2012-32 weiter dokumentiert. Die Berichtigungsnachrichten entfallen.

---

#### ***Bearbeitet durch: YR***

***Bearbeitet am: 2014-03-23***

---

##### **Editorischer Hinweis:**

- Die Abschnitte der AG Test von oben wurden hierhin kopiert
- die Farbe des roten Textes nach schwarz geändert
- meine Informationen (Erläuterungen was wie umgesetzt wurde) **in rot ergänzt**

## Begutachtung der Nachricht 0201 und ihrer Unterstrukturen

### Allgemeine Anmerkung zu umbenannten Elementen

Die Umbenennung von Elementen hat eine direkte Auswirkung auf die Nachrichteninstanzebene. Aus diesem Grund darf eine Umbenennung ausschließlich auf der Grundlage eines expliziten CRs geschehen und sollte dann *konsequent* durchgeführt werden. Folgende Elemente wurden als umbenannt identifiziert (verwendet in den Nachrichten der Rückmeldung):

- type.Geburt
  - *geburtsortStaat*
  - *tagDerGeburt*
- type.Familienstand
  - *datumBeginn*
  - *datumEnde*
  - *ortLetzteEheOderLp*
  - *ortStaatLetzteEheOderLp*
- type.Religion
  - *religionSteuerErhebend*
  - *religionNichtSteuerErhebend*
- type.Wahlrechtsausschluss
  - *dauernderAusschluss*
  - *endedatumWirdNachgeliefert*
- type.WaffenrechtlicheErlaubnis
  - *tagDerErstmaligenErteilung*
- type.SprengstoffrechtlicheErlaubnis
  - *tagDerErstmaligenErteilung*

### Allgemeine Anmerkung zur Benennung von XMeld-Datentypen

Bei der Benennung von XMeld-Typen muss auf aussagekräftige und den XMeld-Konventionen folgende Namen geachtet werden (bspw. ist der Name "type.NameBasisdatenPlus" nicht aussagekräftig und gegenüber den bereits existierenden Namen unüblich).

### Allgemeine Anmerkung zu Dokumentation von Elementen

Einige Elemente werden aktuell mit nur rudimentären Texten bzw. Sätzen erläutert (oder besitzen gar keine Dokumentation). Im Allgemeinen sollten vollständige deutsche Sätze zur Dokumentation genutzt werden um die Lesbarkeit zu verbessern. Beispiel: "Die Anschrift und der Wohnungsstatus des Betroffenen innerhalb der sendenden Gemeinde."

Die AG Test empfiehlt den Einsatz einer werkzeuggestützten Rechtschreibprüfung um Fehler wie "Mit diesem Element werden Angaben zu Auskunftssperren der betroffenen\_person übermittelt." direkt herauszufiltern.

- ➔ sind alle relevanten Punkte bzw. Baustellen, haben aber generischen Charakter, werden daher im vorliegenden Kontext nicht adressiert, sondern separat angesprochen

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201

- rueckmeldung.anmeldunginland.0201
  - umzugsverband
    - betroffener
      - identifikation.betroffener
        - name (type.NameBasisdatenPlus)
          - In der Dokumentation des Elements müssen die Verweise bzgl. der 1. BMeldDÜV aktualisiert werden.
          - angepasst
        - wohnung.sender (type.WohnungStatusArtAnschrift)
          - Die Art der Wohnung (Element: "artderwohnung") kann nicht als Identifizierungsdatum genutzt werden, da der Inhalt des Feldes sich in jedem Fall bei der Sender- und Empfänger-meldebehörde unterscheidet. Das Feld beschreibt ausschließlich die Art der Wohnung bei einer auswärtigen Meldebehörde. Für die Wohnung des Senders ist die Art immer leer. (Die

- 1. BMeldDÜV gibt das Feld 1213a für *frühere* Wohnungen an.)
- Argument trifft zu, wurde angepasst
- ANSCHRIFT (type.AnschriftMelderechtOhneAusland)
  - DSMeld-Feld 1200 wird aktuell (zu Recht) nicht in der 1. BMeldDÜV (§ 8, Abs. 3) aufgeführt. Aus diesem Grund muss das Element "anschrift.unbekannt" als mögliche Anschrift der Wohnung des Senders entfallen. Eine unbekannte Anschrift kann nicht sinnvoll zur Identifikation einer Person genutzt werden.
  - Vorschlag: Element "ANSCHRIFT" ersetzen durch "anschrift.inland" des Typs "type.AnschriftMelderechtInland".
  - wurde angepasst, allerdings im Sinne einer Einschränkung von type.AnschriftMelderecht (um die Grobstruktur konstant zu halten)
- wohnung.empfaenger (type.WohnungStatusArtAnschrift)
  - ANSCHRIFT (type.AnschriftMelderechtOhneAusland)
    - siehe Anmerkung zu "ANSCHRIFT" in "wohnung.sender" (analog zu behandeln)
    - dito
- zuzugperson (type.rueckmeldung.natuerlicheperson)
  - NAMENATUERLICHEPERSON (type.NameNatuerlichePerson)
    - Die Angabe des früheren Familiennamens und des früheren Vornamens ist laut 1. BMeldDÜV nicht erlaubt.
    - Den passenden Typ eingefügt. Genau diese sind jetzt ausgeschlossen. Entspricht der Modellierung der Anmeldung.
  - FAMILIENSTAND (type.Familienstand)
    - Das Element weist Kindelemente auf, welche der neuen BMeldDÜV nach nicht übermittelt werden können. Sobald der endgültige Stand der DÜV vorliegt, sind die Konsequenzen zu betrachten. (Die DSMeld-Blätter 1405 und 1406 sind bspw. in der 1. BMeldDÜV nicht vorgesehen.)
    - Der entsprechende Typ wurde angewendet (entspricht jetzt der Modellierung der Anmeldung)
    - Das BZSt hat eine Gesetzesänderung angeregt, in der unter anderem die Aufnahme des Blattes 1406 angeregt wird. (Das Blatt 1405 ist in der 1. BMeldDÜV zu Recht nicht enthalten.)
    - Im Falle einer Anpassung des Typs zum Element FAMILIENSTAND (in der 0201) ist darauf zu achten, dass in der 0203 bei den Elementen "familienstand.rueckmelder" und "familienstand.auswerter" derselbe Typ genutzt wird.
    - wurde entsprechend angepasst
  - RELIGION (type.Religion)
    - Die Elemente "RELIGION" und "religionSteuerErhebend" müssen als obligatorisch deklariert werden, da der Schlüssel "--" die Tatsache "keiner steuererhebenden Religionsgesellschaft angehörend" beschreibt und in solchen Fällen ebenso übermittelt werden muss.
    - Sind jetzt mandatorisch. Auch Element religionNichtSteuerErhebend ist jetzt mandatorisch, weil hier dasselbe Argument zutrifft.

- (Schlüssel "oa" == Ohne Angaben, gemeinschaftslos, keiner Religionsgemeinschaft angehörig). Dafür neuen Typ type.ReligionPflicht definiert.
- → wg. Konsistenz jetzt auf die Anmeldung analog angewendet
    - bitte prüfen ob etwas dagegen spricht
  - STAATSANGEHOERIGKEIT (type.Staatsangehoerigkeit)
    - Die AG Test ist der Ansicht, dass die DSMeld-Blätter 1002-1004 auch in der 0201 hinzugefügt werden müssen (siehe 1. BMeldDÜV, § 7, Abs. 1, Nr. 9). Auf der Grundlage der Aussage der AG Modellierung in der Bearbeitung vom 2013-12-11 kann die AG Test die Nichtaufnahme der Blätter nicht nachvollziehen.
    - Die Stellungnahme wurde aufgenommen in CR-2012-6\_0203\_FehlendesAbweichungspaar, wo genau dieses Thema zur Entscheidung ansteht. Kann im vorliegenden Kontext als abgehakt angesehen werden.
  - EINWOHNERSCHAFT (type.Einwohnerschaft)
    - WOHNUNG (type.Wohnung)
      - Die DSMeld-Blätter 1308 bis 1313 sind in der neuen BMeldDÜV entfallen. Die entsprechenden Schema-Elemente müssen ebenso entfallen.
      - konsistent mit der Modellierung der Anmeldung (siehe der entsprechende CR) jetzt auch hier ohne type.Einwohnerschaft modelliert. Eingefügt denselben Typ wie im Falle der Anmeldung:  
xmeld:type.WohnungStatusArtAnschriftBasisdatum (das ergibt genau den gewünschten Effekt, dass die genannten DSMeld-Blätter entfallen)
        - das ließe sich mit einem Umweg auch unter Einbeziehung von type.Einwohnerschaft modellieren, und wäre dann nicht konsistent mit Anmeldung gelöst
        - AG Mod: Bitte prüfen, ob etwas dagegen spricht, auch hier – konsistent mit den Entscheidungen zur Anmeldung – type.Einwohnerschaft entfallen zu lassen.
  - EINWILLIGUNG (type.Einwilligung)
    - Zu klärende Frage: Welche Bedeutung hat das Fehlen des Elements EINWILLIGUNG (in einer konkreten 0201-Nachrichteninstanz) für die Wegzugsmeldebehörde, bei der ggf. eine Einwilligung vorliegt. Wird damit die Einwilligung bei dieser aufgehoben?
      - bitte AG Mod die Frage, welche AG Test vorbringt, beantworten

#### **Allgemeine Anmerkungen zu XMeld-Datentypen (genutzt in der Nachricht 0201)**

- type.AnschriftMelderechtInland
  - Das Element "wohnungsgeber" muss in "wohnungsinhaber" umbenannt werden. (Im Rahmen von XInneres zu berücksichtigen.)
  - darauf wurde bereits im DSMeld-CR hingewiesen, angeblich ist die XInneres-Änderung auf dem Weg (in XInneres)

### Weitere Anpassungs- bzw. Korrekturvorschläge

- "III.2.5.2 Basistyp für die Rückmeldungsauswertung nach § 78 1. BMeldDÜV"
- wurde angepasst

### Allgemeine Anmerkung zur Dokumentation der XMeld-Datentypen

Bezüge zum BMG und der 1. BMeldDÜV müssen aktualisiert werden (z. B. weist die Dokumentation im Rahmen des Typs "type.Auskunftssperre" noch Verweise auf das MRRG auf).

- das ist richtig und ist gemäß Arbeitsplanung Aufgabe von:
  - YR (Doku Baukastenelemente im Zuge des CRs DSMeld-Änderung)
  - Paten (Text im Kapitel)
  - soweit so gut.Aber drittens: wer ist für die Anpassung der Dokumentation im Modell zu spezifischen Typen eines Kapitels zuständig? Ich (YR) kann das machen, die Frage ist ob es von mir getrieben werden soll oder durch den Paten. Zurzeit ergibt die Suche im Modell nach "MRRG" 42 Treffer.

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201

- rueckmeldung.anmeldunginland.0201
  - umzugsverband
    - betroffener
      - vertreter (type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag)
        - Es sollte geprüft werden, ob die Begrenzung auf genau 5 Vertreter angemessen ist, da das DSMeld-Blatt 0902 maximal 4 Vertreter zulässt und sich aus praktischer Sicht keine Begründung für 5 Vertreter ergibt. (Analog ist das Element "gesetzlichervertreter" im Abweichungscontainer der Nachricht 0203 zu behandeln.)
          - AG Mod bitte prüfen, ob auf 4 Vertreter begrenzt werden sollte.
      - auskunftssperre
        - grund (Code.Auskunftssperre)
          - Gemäß DMeld-Blatt 0918 sollte eine explizite Codeliste mit den Schlüsseln "3", "11" und "12" (§ 51 Abs. 1 BMG) genutzt werden. Aus diesem Grund soll die Dokumentation des Elements "auskunftssperre" auf die nutzbaren Schlüssel hinweisen. (Analog sind die Auskunftssperregründe für Kinder (Schlüssel "1", "3", "11") und Partner (Schlüssel wie beim gesetzlichen Vertreter) sowie die entsprechenden Elemente im Abweichungscontainer der Nachricht 0203 zu behandeln.)
            - Wurde für alle Stellen entsprechend in die Kommentare zu den Elementen eingetragen.
          - Bei Bedarf kann auch Schemavalidierung ermöglicht werden: Nach XÖV-Modellierungsmustern können "anonyme Codelisten" zur Einschränkung der Menge der gültigen Schlüssel einer Codeliste (z. B. mit dem URI "urn:xmeld:schluesseltabelle:auskunftssperre") genutzt werden, ohne dass hierfür eine neue XMeld-Codeliste mit eigenem URI erstellt werden muss.
            - AG Mod: bitte diskutieren, ob die Codeliste hier schemavalidierend eingesetzt werden soll.
  - partner.und.kinder

- kind
  - name (type.NameNatuerlichePerson)
    - Der Typ dieses Elements darf ausschließlich die nach der 1. BMeldDÜV erlaubten Kindelemente aufweisen. Dementsprechend sollte nicht der allgemeine Datentyp "type.NameNatuerlichePerson" genutzt werden. Beispielsweise müssen ehename, geburtsname etc. gestrichen werden. (Analoge Betrachtung für Namen von Partnern.)
    - für kind und partner entsprechend eingeschränkt. dafür zwei entsprechende neue Typen definiert.
    - weil diese Einschränkung nicht nur den Regeln der 1. BMeldDÜV zur Rückmeldung entspricht, sondern mehr Daten im DSMeld zu den beiden Entitäten gar nicht zur Verfügung stehen → deshalb diese Einschränkung innerhalb der generischen Typen zu partner und kind durchgeführt
  - wohnung
    - ANSCHRIFT (type.AnschriftMelderechtOhneAusland)
      - Dieses Element ist als obligatorisch deklariert. Da die Anschrift eines Kindes neu aufgenommen wurde, kann diese zum 01.05.2015 häufig nicht befüllt werden. Es ist somit zu prüfen, ob das Element "ANSCHRIFT " als optional deklariert werden, oder das Kindelement "anschrift.unbekannt" noch nicht befüllte Anschriften kennzeichnen soll. (Die AG Test bevorzugt die optionale Anschrift.)
      - wurde auf optional gesetzt
- partner
  - geburt (type.TagDerGeburt)
    - Das Pflichtelement "geburt" darf der aktuellen Modellierung nach ohne das Kindelement "tagDerGeburt" übermittelt werden. Dementsprechend sollte letzteres ebenso als obligatorisch deklariert werden.
    - in type.TagDerGeburt auf mandatorisch geändert
  - wohnung
    - artderwohnung (Code.Wohnungsart)
      - Der AG Test ist nicht klar, in welchen Kontexten dieses Element sinnvoll befüllt werden kann. Zwar sieht die 1. BMeldDÜV die Übermittlung des Feldes 1213a vor. Ein praktischer Anwendungsfall lässt sich jedoch nicht ableiten. Des Weiteren deckt der Verweis auf die Rechtsgrundlage "§ 3 Abs. 1 Nr. 12" im DSMeld-Blatt 1213a nicht die Verwendung im Kontext der Ehe- und Lebenspartner ab.

- Kein Änderung eingefügt. Ich schlage vor, dass es hier so bleiben soll, um der 1. BMeldDÜV zu folgen.
- nachweis.familienstand (type.Nachweisdaten)
  - Obwohl das Aktenzeichen (DSMeld-Blatt 1404) in der Praxis eine sinnvolle Information darstellt, ist dieses in der 1. BMeldDÜV nicht vorgesehen. Dementsprechend darf die Übermittlung des Aktenzeichens im Schema nicht ermöglicht werden. Des Weiteren sollte das Element "dokumentbeschreibung" entfernt werden, da kein Aktenzeichen übermittelt wird und kein entsprechendes DSMeld-Feld existiert.
  - AG Mod: wenn dem gefolgt werden soll, wäre konsequenterweise das Objekt /umzugsverband(betroffener/nachweis.familienstand zu entfernen (Datum ist überflüssig weil unterhalb der zuzugsperson schon gefüllt; die beiden anderen Elemente dürften nicht übermittelt werden). Soll das geschehen?

## Begutachtung der Nachricht 0202

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202

- rueckmeldung.anmeldungausland.0202
  - betroffener (type.rueckmeldung.betroffener.ausland)
    - In der Nachricht 0202 müssen die Inhalte des DSMeld-Feldes 1223 übermittelt werden können. Die AG Test schlägt die Ergänzung eines entsprechenden Kindelements (direkt unter Element "betroffener") für den Zuzugstaat vor.
      - nach aktueller Beschlusslage ist dafür kein Extraelement vorgesehen, sondern ein Objekt /zuzugsperson/WOHNUNG, in dem nur /datumdesauszugs und /ANSCHRIFT/anschrift.ausland/staat gefüllt sind.
    - letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)
      - Die AG Test ist der Ansicht, dass die letzte Inlandswohnung ausschließlich eine inländische Anschrift repräsentieren kann. Aus diesem Grund sollte das Element "ANSCHRIFT" direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen.
        - Die Ansicht trifft zu.  
Lässt sich machen – ist aber bisher unverändert gelassen, um erst die Entscheidung im nächsten Punkt abzuwarten ...
      - Dabei ist des Weiteren zu beachten, dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (d. h. "postleitzahl" und "strasse") befüllt werden können, da die betroffene Person unter Umständen keine konkreten Angaben mehr machen kann. Aus diesem Grund müssen die beiden Elemente als optional deklariert werden. Eine analoge Betrachtung muss für das Element "identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland" (nur im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.
        - AG Mod bitte entscheiden, ob das wirklich ein Problem ist mit den mandatorischen Elementen in type.AnschriftMelderechtInland (dann wäre direkt die XInneres-Anschrift anzuwenden statt der davon abgeleitet Typtype.AnschriftMelderechtInland)
        - Argumente contra:
          - zu bedenken: auch in XMeld 1.8.1 ist an den beiden Stellen type.Anschrift.Melderecht angewendet (mit den Pflichtelementen), es sind aber keine Klagen gekommen. Mit anderen Worten: scheint in der Praxis zu funktionieren.



- stets ist es vom Standard her besser, einheitlich zu behandeln. Würde AG Test gefolgt, wären zusätzliche Strukturen zu definieren und einzuführen.

Die Anmerkungen zu den Typen im Kontext der Nachricht 0201 gelten ebenso für die Nachricht 0202.

### Begutachtung der Nachricht 0203

#### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0203

- rueckmeldung.auswertung.0203
  - hauptwohnung.ergaenzungen
    - optionsdeutscher
      - Das Element "nachweisdaten" muss entfernt werden, da hierfür kein DSMeld-Feld existiert.
      - Dem Argument wurde gefolgt. Element wurde entfernt – AG Mod gegenchecken ob ok.
  - abweichungen
    - uebermittlungssperre
      - Dieses Element sollte (analog zum Pendant in der 0201) umbenannt werden in "AUSKUNFTSSPERRE", da sonstige Sperren nicht übermittelt werden.
      - Dem Argument wurde gefolgt. Elemente wurden umbenannt.

#### Anpassungsvorschlag zur 1. BMeldDÜV § 8 Abs. 1 Satz 4

"Ist die neue Wohnung die Nebenwohnung der zugezogenen Person, so unterrichtet die Meldebehörde ~~der alleinigen Wohnung oder~~ der Hauptwohnung die Zuzugsmeldebehörde unverzüglich, spätestens jedoch drei Werktage nach Eingang der Rückmeldung darüber, ob Tatsachen nach § 3 Absatz 2 Nummer 7 und 8 des Bundesmeldegesetzes vorliegen (Datenblätter 2601, 2602, 2801 und 2802)."

- hier erkenne ich nicht, worauf sich die Anmerkung bezieht!  
bisher keine Änderung.

### Begutachtung der Nachricht 0204

#### Elemente "anschrift", "auszugsdatum", "tod", usw.:

Für jedes dieser Elemente sollte präzise dargelegt werden, im Kontext welches Grundes es obligatorisch zu befüllen ist, es optional ist und insbesondere, es nicht befüllt werden darf. Dabei ist zu beachten, dass der Schlüssel "3" im Kontext der Nachricht 0204 nicht verwendet wird. (Aktuell wird dieser in der Dokumentation der Elemente erwähnt.)

Für diese Nachricht sind vorgesehen die folgenden Schlüssel aus CL Melderegister Abweichung (siehe übergreifende Analyse in CR-2012-52\_Partner--Kinder-Nachrichten):

- 0 nicht identifiziert
- 1 Angefragte Person eindeutig identifiziert, aber bereits verstorben  
→ Element tod
- 2 Angefragte Person eindeutig identifiziert, aber bereits ins Ausland verzogen  
→ optional Element auszugsdatum (Tatsache dass ins Ausland verzogen mit Datum)
- 4 zu einem früheren Zeitpunkt in das Inland verzogen und rückgemeldet  
→ Element aktuelleAnschrift und auszugsdatum
- 5 aktuell nur mit NW gemeldet, obwohl in der Rückmeldung als HW/AW angegeben  
→ Element aktuelleAnschrift
- 8 aktuell mit HW/AW gemeldet, obwohl in der Rückmeldung als NW angegeben  
→ Element aktuelleAnschrift

jetzt geändert:

Anschrift:

- Element anschrift – um Konsistenz herzustellen mit Nachrichten 0224 und 0197 (dort wurde kürzlich beschlossen entsprechend zu verfahren):
  - umbenannt in aktuelleAnschrift
  - als Typ type.AnschriftMelderechtOhneAusland angewendet (weil die Tatsache dass ins Ausland abgemeldet bereits adäquat mit dem entsprechenden Schlüssel ausgedrückt ist)
- Dokumentation konsistent mit den Nachrichten 0224 und 0197 angepasst in:
  - "Sofern die betroffene Person bereits im Inland verzogen ist, teilt die Wegzugsmeldebehörde hier die Anschrift mit, in die sie laut Rückmeldung verzogen (im Fall von Schlüssel 4) ist oder in der sie mit alleiniger oder Hauptwohnung gemeldet ist (im Fall von Schlüssel 5) oder in der sie mit Nebenwohnung gemeldet ist (im Fall von Schlüssel 8)."

Auszugsdatum:

- Dokumentation angepasst in:
  - "Sofern die betroffene Person ins Inland verzogen ist, ist hier ein Eintrag zu machen (Schlüssel 4). Wenn sie ins Ausland verzogen ist, ist der Eintrag optional (Schlüssel 2)."

Tod:

- Dokumentation angepasst in:
  - "Sofern die betroffene Person verstorben ist, werden hier die Sterbedaten eingetragen (Schlüssel 1)."

### **Begutachtung der Nachricht 0206**

Der Name der Nachricht soll lauten "rueckmeldung.statuswechsel.0206".

- wurde angepasst

Die Anmerkungen zu den Typen im Kontext der Nachricht 0201 gelten ebenso für die Nachricht 0206.

- versteht sich

### **Umsetzung zur Bearbeitung AG Mod 2013-06-04**

Rücknahme-Flag für die Nachrichten 0201 und 0206 aufgenommen

- boolean mit dem namen „ruecknahme“ (wie üblich optional und nur „true“ als Wert möglich) in die Nachrichten 0201 und 0206 eingefügt, soll anzeigen, dass es sich um einen Rücknahme-Prozess handelt (der Rückmeldung der betr. Person)
- globales Element mit generischer Dokumentation
- Dass dann der Ergänzungscontainer zurück übermittelt werden muss und die Spuren des angeblichen Wegzugs im Register bereinigt werden, muss im Prozessmodell gesagt werden. Ist nicht in die Dokumentation des Typen aufgenommen worden.

---

**Bearbeitet durch: AG Mod 1**

**Bearbeitet am: 2014-03-25**

---

#### **1) Frage zu folgendem Fall:**

*Bei einem Bezug einer Nebenwohnung (ausserhalb der zust. HW-MB) sendet die Nebenwohnung eine 0201 an die weiterhin bestehende Hauptwohnung und führt mit dieser das Rückmeldeverfahren durch. Das Prozessmodell, welches in der Modellierung erarbeitet wurde, geht davon aus, dass dann aus Sicht des Rückmeldeverfahrens Schluss ist. Die weiterhin bestehende HW hat also die aktuellen Informationen, aber welche MB muss diese an ggf. weitere Nebenwohnungen übermitteln?*

*Ich sehe folgende Varianten:*

1. Den Prozess im Kapitel Rückmeldeverfahren so anpassen, dass die neue NW die bestehenden NWs nach Erhalt der 0203 informieren muss.

2. Im Fortschreibekapitel eine geeignete Nachricht finden, die es ermöglicht, dass die weiterhin bestehende HW den neuen Stand an alle NWs übermittelt.

3. Die Information von der HW an die NWs ist bereits jetzt in der Fortschreibung enthalten.

1. Variante: Bei der Variante würden wir das Prinzip durchbrechen, dass immer die HW zuständig ist, für die Meldung an die NW. Daher nicht sinnvoll.

**zu 2. und 3. derzeit gibt es für diesen Fall noch keine Fortschreibenachricht, aber die Nachricht 0037 erscheint hier die sinnvolle Lösung.**

Derzeit ist diese Nachricht auf den Bezug einer Nebenwohnung innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der HW beschränkt. Die Dokumentation wäre daher anzupassen. Die Nachricht selbst ist diesbezüglich nicht anzupassen, da sie bereits die notwendigen Informationen enthält.

## **2) Eintragung der Daten bei der Wegzugsmeldebehörde:**

Die UAG Organisation hat festgestellt, dass insbesondere die Wegzugsanschrift und vorliegende ASPs bei der Wegzugs-MB eingetragen werden sollen. Diese Daten werden nun explizit in den Prozessbeschreibungen unter „**Daten der Zuzugsmeldebehörde einarbeiten**“ aufgeführt.

3) Diskussion zur Übernahme der unstrukturierten Namensschreibweise im Rückmeldeverfahren:

### **Fall 1: Übernahme der unstrukturierten Schreibweise aus der 0201 der betroffenen Person.**

Zuzugs-Mb erfasst unstrukturiert und strukturiert und übermittelt 0201

Wegzugs-Mb übernimmt unstrukturierte Schreibweise sofern, die noch nicht vorlag. Wenn sie vorlag, wird normal auf Abweichungen geprüft.

→ ok

Fall 2: Erfassung von betr. Person unstrukturiert und strukturiert, beigeschriebene Person nur strukturiert (da weiterhin in Wegzugs-MB)

Wegzugs-Mb übernimmt für betroffene Person oder wertet aus, und übermittelt für beigeschriebene Abweichung, Zuzugs-Mb übernimmt unstrukturierte Schreibweise für beigeschriebene Person

→ ok

Fall 3: Erfassung von betr. Person unstrukturiert und strukturiert, beigeschriebene Person unstrukturiert und strukturiert (weiterhin wohnend in Wegzugs-MB). Wegzugs-Mb hat Schreibweise zu beigeschr Person (bei ihr Einwohner!!!!) noch nicht geprüft

Wegzugs-Mb übernimmt für betroffene Person oder wertet aus,

und übermittelt für beigeschriebene Abweichung, (bei ihr keine unstrukturierte Schreibweise aber in Rückmeldenachricht 0201 enthalten) Zuzugs-Mb entfernt die unstrukturierte Schreibweise bei beigesch. wieder und füllt oder behält die strukturierte

### **Der Text aus der Spezifikation wird aufgrund der Fälle wie folgt angepasst:**

Sofern die Wegzugsmeldebehörde die unstrukturierte Namensschreibweise der betroffenen Person noch nicht erfasst hat, übernimmt sie diese aus der Rückmeldung ([Nachricht 0201](#)) in das eigene Register. Die Tatsache, dass ihr diese Schreibweise noch nicht vorlag, ist im Abweichungscontainer der Auswertung der Rückmeldung ([Nachricht 0203](#)) nicht als Abweichung aufzunehmen.

Bleibt die betroffene Person in der Wegzugsmeldebehörde als beigeschriebene Person zu einer anderen Person gespeichert, so ist die unstrukturierte Namensschreibweise dort entsprechend

zu speichern.

Übermittelt die Zuzugsmeldebehörde in der Rückmeldung eine beigeschriebene Person mit unstrukturierter Namensschreibweise, für die die Wegzugsmeldebehörde zuständig bleibt, muss die Wegzugsmeldebehörde eine Abweichung übermitteln, sofern sie die unstrukturierte Schreibweise noch nicht geprüft hat. Die Zuzugsmeldebehörde muss für diese beigeschriebene Person die unstrukturierte Namensschreibweise entfernen..In der Partnerrückmeldung sind zur unstrukturierten Namensschreibweise ebenfalls Regelungen unter Besonderheiten aufzunehmen.

#### 4) Dem Hinweis aus AG Test wird zugestimmt:

*„NEU aus AG Test: Es ist in AG Mod zu klären: Neben der Besonderheit einer zeitlichen Lücke (Person nicht meldepflichtig), sollte auch die Situation ohne zeitliche Lücke (Person kam seiner Meldepflicht nicht nach) beschrieben werden (analog zu den entsprechenden Melderecht-Umsetzungshinweisen ).“*

#### Unter Besonderheiten wird folgender Text aufgenommen:

*„Wird von der Wegzugsmeldebehörde nach Empfang der [Nachricht 0201](#) festgestellt, dass die betroffene Person bereits nach unbekannt abgemeldet ist, so ist ihre Reaktion die Versendung der [Nachricht 0203](#).*

1) Liegt das Einzugsdatum in der Zuzugsmeldebehörde **nach** dem Datum der Amtlichen Abmeldung in der Wegzugsmeldebehörde, ist wie folgt zu verfahren:

Im Abweichungscontainer wird das bei der Wegzugsmeldebehörde gespeicherte Auszugsdatum angegeben (`abweichungen/hauptwohnung.bisher/hauptwohnung.bisher.auswerter/datumdesauszugs`), weil es vom in der [Nachricht 0201](#) unterstellten Auszugsdatum (im Abweichungscontainer eingetragen nach `abweichungen/hauptwohnung.bisher/hauptwohnung.bisher.rueckmelder/datumdesauszugs`) abweicht.“

2) Liegt das Einzugsdatum in der Zuzugsmeldebehörde **vor** dem Datum der Amtlichen Abmeldung in der Wegzugsmeldebehörde oder ist es **gleich**, ist wie folgt zu verfahren:

Die Wegzugsmeldebehörde übernimmt vor dem Versenden der [Nachricht 0203](#) das Einzugsdatum(Element ...) als Auszugsdatum in ihre letzte Anschrift und korrigiert ihr Register entsprechend der Anschriftenangaben (Element ...) aus der [Nachricht 0201](#) In der [Nachricht 0203](#) übermittelt sie hierzu keine Abweichung.“

Die Person hat die bisherige Wohnung tatsächlich aufgegeben und meldet sich zu einem späteren Zeitpunkt bei einer anderen Meldebehörde an. Im Rahmen der Rückmeldung erfährt die bisherige Meldebehörde von der dortigen Anmeldung (die zeitlich auch vor der Abmeldung „nach unbekannt“ liegen kann). Die bisherige Meldebehörde schreibt die bisherigen Verbleibsangaben von 'Unbekannt' in 'neue Meldebehörde' ohne eine zeitliche Lücke fort (übermittelltes Einzugsdatum = Auszugsdatum), wenn die Person unter Verletzung der Meldepflicht unmittelbar aus dem Zuständigkeitsbereich der bisherigen in den Zuständigkeitsbereich einer neuen Meldebehörde verzogen ist.

#### 5) Frage nach dem Rücknahmeflag:

- Sachbearbeiter müssen vorher kommunizieren und die Rücknahme soll nicht automatisiert ohne Zutun des Sachbearbeiters eingearbeitet werden. D. h. dem Sachbearbeiter soll angezeigt werden, dass es sich um eine Rücknahme handelt.
- Da die Rücknahme der Rückmeldung ggf. auch durch einen anderen Sachbearbeiter bearbeitet werden kann (weil asynchrones Verfahren) sollte das Rücknahmeflag enthalten sein,
- Ein Anzeigen für den Sachbearbeiter kann auch dann erfolgen, wenn Ein- und Auszugsdatum identisch sind. Dies könnte das Fachverfahren aussteuern.

Kernaussage: Sachbearbeiter sollen nach Erhalt der [Nachricht 0201](#) nochmal bestätigen, dass es sich um eine abgesprochene Rücknahme handelt und um ggf. weitere Bestandsanpassungen

vorzunehmen. Ob dies über die Verfahrenshinweise geregelt werden kann und, ob ein Flag notwendig ist. Ist noch zu klären. Die Tatsache soll dem Sachbearbeiter angezeigt werden.

Die Nachrichten 0212 und 0216 wurden aus der Spezifikation komplett entfernt.

Auswertungstabelle aus der Spezifikation 1.8.1 zur Nachricht 0203 bzw. RTS Stufe I

Die Tabelle wurde auf Relevanz geprüft und ist aus Sicht der AG Modellierung durch die Beschreibung der Rückweisung in den Allgem. Prozessmustern und den Begriffen Schema- und Spezifikationskonformität nicht mehr notwendig. Die Übersicht wird daher nicht übernommen.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2014-04-04**

---

### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201**

#### **1. RELIGION (type.Religion)**

Die Elemente "RELIGION" und "religionSteuerErhebend" müssen als obligatorisch deklariert werden, da der Schlüssel "--" die Tatsache "keiner steuererhebenden Religionsgesellschaft angehörend" beschreibt und in solchen Fällen ebenso übermittelt werden muss.

Beide Elemente sind jetzt mandatorisch. Auch Element religionNichtSteuerErhebend ist jetzt mandatorisch, weil hier dasselbe Argument zutrifft. (Schlüssel "oa" == Ohne Angaben, gemeinschaftslos, keiner Religionsgemeinschaft angehörig). Dafür neuen Typ type.ReligionPflicht definiert.

wg. Konsistenz jetzt auf die Anmeldung analog angewendet.

#### **Ist die Modellierung in Ordnung?**

vermutlich muss bei der Modellierung berücksichtigt werden, dass der Bürger nicht gezwungen ist eine Aussage zu 1104 überhaupt zu treffen, daher wird auch nicht zwingend überall „oa“ gefüllt sein. Tendenz: 1104 wieder optional machen.

Statt des Typs ReligionPflicht dem Type Religion ändern. Type.Religion löschen, da er nicht benötigt wird.

#### **2. Allgemeine Anmerkungen zu XMeld-Datentypen (genutzt in der Nachricht 0201)**

- type.AnschriftMelderechtInland

Das Element "wohnungsgeber" muss in "wohnungsinhaber" umbenannt werden. (Im Rahmen von XInneres zu berücksichtigen.)

darauf wurde bereits im DSMeld-CR hingewiesen, angeblich ist die XInneres-Änderung auf dem Weg (in XInneres)

Antwort: Ja, die Umstellung auf die Meldeanschrift aus XInneres 3 muss noch erfolgen. Dies geschieht sobald der AK I den Standard XInneres 3 abgenommen hat in einem separaten CR.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2014-04-04**

---

**Die folgenden Punkte aus AG Mod 1 wurden umgesetzt**

#### **1) Benachrichtigung weiterer Nebenwohnungen durch die HW**

*Bei einem Bezug einer Nebenwohnung (ausserhalb der zust. HW-MB) sendet die Nebenwohnung eine 0201 an die weiterhin bestehende Hauptwohnung und führt mit dieser das Rückmeldeverfahren durch. Das Prozessmodell, welches in der Modellierung erarbeitet wurde, geht davon aus, dass dann aus Sicht des Rückmeldeverfahrens Schluss ist. Die weiterhin bestehende HW hat also die aktuellen Informationen, aber welche MB muss diese an ggf. weitere Nebenwohnungen übermitteln?*

Hierzu soll die Fortschreibenachricht 0037 angepasst werden. Die Dokumentation der Nachricht wurde entsprechend angepasst.

## 2) Eintragung der Daten bei der Wegzugsmeldebehörde:

Die UAG Organisation hat festgestellt, dass insbesondere die Wegzugsanschrift und vorliegende ASPs bei der Wegzugs-MB eingetragen werden sollen. Diese Daten werden nun explizit in den Prozessbeschreibungen unter „**Daten der Zuzugsmeldebehörde einarbeiten**“ aufgeführt.

## 3) Folgender Text wurde bei Besonderheiten zu den Prozessen im Rückmeldeverfahren aufgenommen

Sofern die Wegzugsmeldebehörde die unstrukturierte Namensschreibweise der betroffenen Person noch nicht erfasst hat, übernimmt sie diese aus der Rückmeldung ([Nachricht 0201](#)) in das eigene Register. Die Tatsache, dass ihr diese Schreibweise noch nicht vorlag, ist im Abweichungscontainer der Auswertung der Rückmeldung ([Nachricht 0203](#)) nicht als Abweichung aufzunehmen.

Bleibt die betroffene Person in der Wegzugsmeldebehörde als beigeschriebene Person zu einer anderen Person gespeichert, so ist die unstrukturierte Namensschreibweise dort entsprechend zu speichern.

Übermittelt die Zuzugsmeldebehörde in der Rückmeldung eine beigeschriebene Person mit unstrukturierter Namensschreibweise, für die die Wegzugsmeldebehörde zuständig bleibt, muss die Wegzugsmeldebehörde eine Abweichung übermitteln, sofern sie die unstrukturierte Schreibweise noch nicht geprüft hat. Die Zuzugsmeldebehörde muss für diese beigeschriebene Person die unstrukturierte Namensschreibweise entfernen..In der Partnerrückmeldung sind zur unstrukturierten Namensschreibweise ebenfalls Regelungen unter Besonderheiten aufzunehmen.

## 4) Dem Hinweis aus AG Test zu Besonderheiten beim Zuzug aus dem Inland wird zugestimmt:

### Unter Besonderheiten wurde folgender Text aufgenommen:

*„Wird von der Wegzugsmeldebehörde nach Empfang der [Nachricht 0201](#) festgestellt, dass die betroffene Person bereits nach unbekannt abgemeldet ist, so ist ihre Reaktion die Versendung der [Nachricht 0203](#).*

*1) Liegt das Einzugsdatum in der Zuzugsmeldebehörde **nach** dem Datum der Amtlichen Abmeldung in der Wegzugsmeldebehörde, ist wie folgt zu verfahren:*

*Im Abweichungscontainer wird das bei der Wegzugsmeldebehörde gespeicherte Auszugsdatum angegeben (`abweichungen/hauptwohnung.bisher/hauptwohnung.bisher.auswerter/datumdesauszugs`), weil es vom in der [Nachricht 0201](#) unterstellten Auszugsdatum (im Abweichungscontainer eingetragen nach `abweichungen/hauptwohnung.bisher/hauptwohnung.bisher.rueckmelder/datumdesauszugs`) abweicht.“*

*2) Liegt das Einzugsdatum in der Zuzugsmeldebehörde **vor** dem Datum der Amtlichen Abmeldung in der Wegzugsmeldebehörde oder ist es **gleich**, ist wie folgt zu verfahren:*

*Die Wegzugsmeldebehörde übernimmt vor dem Versenden der [Nachricht 0203](#) das Einzugsdatum(Element ...) als Auszugsdatum in ihre letzte Anschrift und korrigiert ihr Register entsprechend der Anschriftenangaben (Element ...) aus der [Nachricht 0201](#) In der [Nachricht 0203](#) übermittelt sie hierzu keine Abweichung.“*

## 5) Das Rücknahmeflag wurde entfernt (siehe CR zu Berichtigungsnachrichten)

## 6) Bezug einer Nebenwohnung

Die Gliederung Bezug einer NW innerhalb und außerhalb wurde zugunsten eines erklärenden Satzes gestrichen (analog „Abrufverfahren für den vorausgefüllten Meldeschein“).

Rückweisung

Statt von Fehlerprüfungen wird jetzt analog zur Anmeldung und zur Partnerrückmeldung von „Prüfung auf unplausible Meldeverhältnisse“ gesprochen.

Die Prozesse zur Rückweisung wurden außerdem reduziert auf der Prozesse:

- Rückweisung durch die Wegzugs-MB, HW-MB oder AW-MB
- Rückweisung durch die NW
- Rückweisung durch die letzte Inlands-MB

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2014-04-04**

---

**Folgende Punkte sind noch in der AG Modellierung zu klären**

1. EINWOHNERSCHAFT (type.Einwohnerschaft)  
WOHNUNG (type.Wohnung)

Die DSMeld-Blätter 1308 bis 1313 sind in der neuen BMeldDÜV entfallen. Die entsprechenden Schema-Elemente müssen ebenso entfallen.  
konsistent mit der Modellierung der Anmeldung (siehe der entsprechende CR) jetzt auch hier ohne type.Einwohnerschaft modelliert. Eingefügt denselben Typ wie im Falle der Anmeldung: xmeld:type.WohnungStatusArtAnschriftBasisdatum (das ergibt genau den gewünschten Effekt, dass die genannten DSMeld-Blätter entfallen)  
das ließe sich mit einem Umweg auch unter Einbeziehung von type.Einwohnerschaft modellieren, und wäre dann nicht konsistent mit Anmeldung gelöst  
**In der AG Mod ist zu prüfen, ob etwas dagegen spricht, auch hier – konsistent mit den Entscheidungen zur Anmeldung –type.Einwohnerschaft entfallen zu lassen.**

2. EINWILLIGUNG (type.Einwilligung)

Zu klärende Frage: Welche Bedeutung hat das Fehlen des Elements EINWILLIGUNG (in einer konkreten 0201-Nachrichteninstanz) für die Wegzugsmeldebehörde, bei der ggf. eine Einwilligung vorliegt. Wird damit die Einwilligung bei dieser aufgehoben?

3. vertreter (type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag)

Es sollte geprüft werden, ob die Begrenzung auf genau 5 Vertreter angemessen ist, da das DSMeld-Blatt 0902 maximal 4 Vertreter zulässt und sich aus praktischer Sicht keine Begründung für 5 Vertreter ergibt. (Analog ist das Element "gesetzlichervertreter" im Abweichungscontainer der Nachricht 0203 zu behandeln.)  
**AG Mod bitte prüfen, ob auf 4 Vertreter begrenzt werden sollte.**

4. nachweis.familienstand (type.Nachweisdaten)

Obwohl das Aktenzeichen (DSMeld-Blatt 1404) in der Praxis eine sinnvolle Information darstellt, ist dieses in der 1. BMeldDÜV nicht vorgesehen. Dementsprechend darf die Übermittlung des Aktenzeichens im Schema nicht ermöglicht werden. Des Weiteren sollte das Element "dokumentbeschreibung" entfernt werden, da kein Aktenzeichen übermittelt wird und kein entsprechendes DSMeld-Feld existiert.

**AG Mod: wenn dem gefolgt werden soll, wäre konsequenterweise das Objekt /umzugsverband(betroffener/nachweis.familienstand zu entfernen (Datum ist überflüssig weil unterhalb der zuzugsperson schon gefüllt; die beiden anderen Elemente dürften nicht übermittelt werden). Soll das geschehen?**

## **Begutachtung der Nachricht 0202**

### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202**

5. letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)

Die AG Test ist der Ansicht, dass die letzte Inlandswohnung ausschließlich eine inländische Anschrift repräsentieren kann. Aus diesem Grund sollte das Element "ANSCHRIFT" direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen.

**Die Ansicht trifft zu.**

**Lässt sich machen – ist aber bisher unverändert gelassen, um erst die Entscheidung im nächsten Punkt abzuwarten ...**

Dabei ist des Weiteren zu beachten, dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (d. h. "postleitzahl" und "strasse") befüllt werden können, da die

betroffene Person unter Umständen keine konkreten Angaben mehr machen kann. Aus diesem Grund müssen die beiden Elemente als optional deklariert werden. Eine analoge Betrachtung muss für das Element "identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland" (nur im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.

**AG Mod bitte entscheiden, ob das wirklich ein Problem ist mit den mandatorischen Elementen in type.AnschriftMelderechtInland (dann wäre direkt die XInneres-Anschrift anzuwenden statt der davon abgeleitet Typ type.AnschriftMelderechtInland)**

**Argumente contra:**

**zu bedenken: auch in XMeld 1.8.1 ist an den beiden Stellen type.Anschrift.Melderecht angewendet (mit den Pflichtelementen), es sind aber keine Klagen gekommen. Mit anderen Worten: scheint in der Praxis zu funktionieren.**

**stets ist es vom Standard her besser, einheitlich zu behandeln. Würde AG Test gefolgt, wären zusätzliche Strukturen zu definieren und einzuführen.**

### Begutachtung der Nachricht 0203

#### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0203

6. optionsdeutscher

Das Element "nachweisdaten" muss entfernt werden, da hierfür kein DSMeld-Feld existiert.

**Dem Argument wurde gefolgt. Element wurde entfernt – AG Mod gegenchecken ob ok.**

---

**Bearbeitet durch: AG Mod**

**Bearbeitet am: 2014-04-14**

---

**Folgende Punkte waren oben noch offen geblieben (durch AG Modellierung zu klären).**

1. EINWOHNERSCHAFT (type.Einwohnerschaft)  
WOHNUNG (type.Wohnung)

Die DSMeld-Blätter 1308 bis 1313 sind in der neuen BMeldDÜV entfallen. Die entsprechenden Schema-Elemente müssen ebenso entfallen.  
konsistent mit der Modellierung der Anmeldung (siehe Cr 2012-43) jetzt auch hier ohne type.Einwohnerschaft modelliert. Eingefügt wurde derselbe Typ wie im Falle der Anmeldung: xmeld:type.WohnungStatusArtAnschriftBasisdatum (das ergibt genau den gewünschten Effekt, dass die genannten DSMeld-Blätter entfallen)  
das ließe sich mit einem Umweg auch unter Einbeziehung von type.Einwohnerschaft modellieren, und wäre dann nicht konsistent mit Anmeldung gelöst  
In der AG Mod ist zu prüfen, ob etwas dagegen spricht, auch hier – konsistent mit den Entscheidungen zur Anmeldung – type.Einwohnerschaft entfallen zu lassen.

Beschluss: Dagegen spricht nichts, kann so gemacht werden wie in der Anmeldung.

2. EINWILLIGUNG (type.Einwilligung)

Zu klärende Frage: Welche Bedeutung hat das Fehlen des Elements EINWILLIGUNG (in einer konkreten 0201-Nachrichteninstanz) für die Wegzugsmeldebehörde, bei der ggf. eine Einwilligung vorliegt. Wird damit die Einwilligung bei dieser aufgehoben?

Frage ist zu klären mit UAG Org (wurde als ToDo EG14-04 Nr. 1 erfasst).

Nach aktueller Modellierung ist die Einwilligung in Nachricht 0201 enthalten, nicht aber in Nachricht 0203. Das entspricht dem Prozess, dass die ZMB führend ist bei der Entscheidung Einwilligung ja oder nein, und die WZB ihren Eintrag entsprechend anpasst. Das wird von AG Mod für sinnvoll gehalten, soll aber durch den Klärungsauftrag mit UAG Org noch bestätigt werden.



3. vertreter (type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag)  
Es sollte geprüft werden, ob die Begrenzung auf genau 5 Vertreter angemessen ist, da das DSMeld-Blatt 0902 maximal 4 Vertreter zulässt und sich aus praktischer Sicht keine Begründung für 5 Vertreter ergibt. (Analog ist das Element "gesetzlichervertreter" im Abweichungscontainer der Nachricht 0203 zu behandeln.)

**AG Mod bitte prüfen, ob auf 4 Vertreter begrenzt werden sollte.**

Ergebnis: ist zu ändern auf 0...4.

4. nachweis.familienstand (type.Nachweisdaten)  
Obwohl das Aktenzeichen (DSMeld-Blatt 1404) in der Praxis eine sinnvolle Information darstellt, ist dieses in der 1. BMeldDÜV nicht vorgesehen. Dementsprechend darf die Übermittlung des Aktenzeichens im Schema nicht ermöglicht werden. Des Weiteren sollte das Element "dokumentbeschreibung" entfernt werden, da kein Aktenzeichen übermittelt wird und kein entsprechendes DSMeld-Feld existiert.

AG Mod: wenn dem gefolgt werden soll, wäre konsequenterweise das Objekt /umzugsverband(betroffener/nachweis.familienstand zu entfernen (Datum ist überflüssig weil unterhalb der zuzugsperson schon gefüllt; die beiden anderen Elemente dürften nicht übermittelt werden). Soll das geschehen?

**Antwort:** Nein, soll nicht entfernt werden. Aber XSD-technisch die Felder datum, dokumentbeschreibung, aktenzeichen und behoerdeaktenzeichen.konkateniert/behoeerdeaktenzeichen unzugänglich gemacht werden. Zu einem späteren Zeitpunkt sollte über eine Restrukturierung von Nachweisdaten im Zusammenhang ihrer Objekte (also Nachweisdaten zum Familienstand im Kontext des Objekts Familienstand) nachgedacht werden.

## Begutachtung der Nachricht 0202

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202

5. letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)  
Die AG Test ist der Ansicht, dass die letzte Inlandswohnung ausschließlich eine inländische Anschrift repräsentieren kann. Aus diesem Grund sollte das Element "ANSCHRIFT" direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen.  
**Die Ansicht trifft zu.**  
**Lässt sich machen – ist aber bisher unverändert gelassen, um erst die Entscheidung im nächsten Punkt abzuwarten ...**  
Dabei ist des Weiteren zu beachten, dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (d. h. "postleitzahl" und "strasse") befüllt werden können, da die betroffene Person unter Umständen keine konkreten Angaben mehr machen kann. Aus diesem Grund müssen die beiden Elemente als optional deklariert werden. Eine analoge Betrachtung muss für das Element "identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland" (nur im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.

AG Mod bitte entscheiden, ob das wirklich ein Problem ist mit den mandatorischen Elementen in type.AnschriftMelderechtInland (dann wäre direkt die XInneres-Anschrift anzuwenden statt der davon abgeleitete Typ type.AnschriftMelderechtInland)

Argumente contra:

zu bedenken: auch in XMeld 1.8.1 ist an den beiden Stellen type.Anschrift.Melderecht angewendet (mit den Pflichtelementen), es sind aber keine Klagen gekommen. Mit anderen Worten: scheint in der Praxis zu funktionieren.

stets ist es vom Standard her besser, einheitlich zu behandeln. Würde AG Test gefolgt, wären zusätzliche Strukturen zu definieren und einzuführen.

Beschluss AG Mod:

- Die Elemente anschrift.ausland und anschrift.unbekannt sollen ausgeschlossen werden
- Dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (es geht hier nur um die Elemente postleitzahl und strasse; Elemente

gemeindeschluessel und wohnort sind nicht das Problem) befüllt werden können, wurde in der Diskussion validiert. In der Praxis wird dann mit Dummy-Werten befüllt (daher keine Klagen).

- Es wird angestrebt, hier eine XDS-technische Lösung zu finden für den `type.WohnungLetzteInlandswohnung`. Sollte das nicht möglich sein, wäre die Dummy-Praxis hier auch tolerierbar. Nicht sinnvoll ist es im `type.AnschriftMelderecht` auf die `XInneres-Meldeanschrift` (ohne Pflichtelemente) zurückzugehen.

## Begutachtung der Nachricht 0203

### Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0203

#### 6. optionsdeutscher

Das Element "nachweisdaten" muss entfernt werden, da hierfür kein DSMeld-Feld existiert.

Dem Argument wurde gefolgt. Element wurde entfernt – AG Mod gegenchecken ob ok.

Das ist in Ordnung so.

Zusätzlich anzupassen

- das Zwischen-Element `optionsdeutscher` ist jetzt überflüssig und soll entfernt werden.

---

**Bearbeitet durch: UAG Org/KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2014-04-17**

---

Die UAG Organisation wurde gebeten, die Fragen der KoSIT zum Umgang mit der Einwilligung zum Adresshandel und zu Werbezwecken zu beantworten. Die Antwort wurde bereits mit dem BMI erörtert:

#### Antwort:

Zur Einwilligung nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG ist zunächst Folgendes festzustellen:

Der Einwohner erklärt die generelle Einwilligung gegenüber der Meldebehörde, in der er für eine Wohnung gemeldet ist. Dies können, wenn der Einwohner für mehr als eine Wohnung gemeldet ist, die Hauptwohnungs- und/oder eine oder mehrere Nebenwohnungsmeldebehörden sein.

Für die generelle Einwilligung nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG hat der Gesetzgeber keine Bekanntmachungs- und/oder Belehrungspflichten vorgesehen. Erteilt ein Einwohner seine generelle Einwilligung nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG, darf insoweit unterstellt werden, dass er sich über sein Handeln und die damit verbundenen Folgen im Klaren ist.

Durch § 6 Abs. 1 Nr. 17 1. BMeldDÜV-Entwurf ist gewährleistet, dass bei einer Anmeldung eine neu eingetragene generelle Einwilligung an die Wegzugsmeldebehörde und die für alle weiteren Wohnungen der Person zuständigen Meldebehörden übermittelt wird. Die Auswertung der Rückmeldung (§ 7 1. BMeldDÜV-Entwurf) erfolgt bei der Anmeldung einer alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung durch die Wegzugsmeldebehörde der alleinigen Wohnung oder Hauptwohnung und bei der Anmeldung einer Nebenwohnung durch die Meldebehörde der Hauptwohnung. Im Zusammenhang mit der Anmeldung einer Wohnung ist insoweit für alle beteiligten Meldebehörden erkennbar, ob eine generelle Einwilligung nach § 44 Abs. 3 Satz 2 BMG eingetragen worden ist oder bei der Anmeldung nicht eingetragen wurde.

§ 7 Abs. 2 1. BMeldDÜV regelt das Verfahren der Auswertung der Rückmeldung nach § 33 Abs. 2 S. 2 BMG. Danach unterrichtet die Wegzugsmeldebehörde die Zuzugsmeldebehörde wenn die übermittelten Daten von den bei ihr gespeicherten Daten abweichen. Eine Unterrichtung kann unterbleiben, wenn die Abweichung ausschließlich darin besteht, dass die Wegzugsmeldebehörde weniger Daten über die Person gespeichert hat als die Zuzugsmeldebehörde. Damit ist sichergestellt, dass in dem Fall, bei dem eine generelle Einwilligung (nur) bei der Wegzugsmeldebehörde eingetragen wurde, die Wegzugsmeldebehörde zu diesem Sachverhalt die Zuzugsmeldebehörde unterrichtet. Die Zuzugsmeldebehörde kann aufgrund dieser Unterrichtung eine Klärung mit dem Einwohner herbeiführen.

Zu den Fragen. Frage 1 ist redaktionell im Sinne der Fragestellung angepasst:

1) Die neu erfasste Einwilligung in der Zuzugsmeldebehörde wird in der Rückmeldung an die Wegzugsmeldebehörde übermittelt, die das Register bei sich anpasst (~~sowohl bei Eintrag als auch bei Löschung~~).

**Antwort:** Ja, dies ist der Fall.

2) Die Wegzugsmeldebehörde übernimmt die Information der Zuzugsmeldebehörde nicht, meldet jedoch eine Abweichung bzgl. der Einwilligung an die Zuzugsmeldebehörde. Es fragt sich jedoch, was die Zuzugsmeldebehörde dann tun muss.

**Antwort:** Entweder es liegt ein Fall aus der Frage 1) vor oder die Zuzugsmeldebehörde muss den Sachverhalt mit dem Einwohner klären.

3) Der Bürger muss die Einwilligung bei jeder Meldebehörde eintragen bzw. löschen lassen. In diesem Fall macht eine Übermittlung in der Rückmeldung keinen Sinn.

**Antwort:** Einwilligungen werden rückgemeldet (siehe Antwort zu Frage 1). Spätere Löschungen gehen von der Zuzugsmeldebehörde aus (Fortschreibung).

4) Wenn die Einwilligung bei der Wegzugsmeldebehörde nie widerrufen wurde, wird sie per Auswertung der Rückmeldung automatisch in der Zuzugsmeldebehörde weiter geführt. Dies wäre sehr Bürger unfreundlich und würde dafür sprechen die Daten zur Einwilligung schon in den vorausgefüllten Meldeschein zu übernehmen, damit dem Bürger verdeutlicht wird, dass er bei seiner letzten Anmeldung eingewilligt hat.

**Antwort:** Unrichtige Sachdarstellung! Die Einwilligung wird bei der Zuzugsmeldebehörde neu eingetragen oder aber mit Beteiligung des Betroffenen geprüft (siehe auch Antworten auf Fragen 1 bzw. 2). Eine Aufnahme in den VAMS ist nicht erfolgt.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am: 2014-04-18**

---

Aus der Antwort der UAG Organisation folgt, dass die Einwilligung in die Nachricht 0203 aufgenommen werden muss. Wird die Einwilligung bei der Zuzugsmeldebehörde erteilt, so wird sie in der Nachricht 0201, bzw. 0202 und 0206 an die Wegzugsmeldebehörde übermittelt und dort übernommen. Sofern bei der Wegzugsmeldebehörde eine Einwilligung vorliegt, die nicht in der Zuzugsmeldebehörde vorliegt, muss die Wegzugsmeldebehörde die Abweichung an die Zuzugsmeldebehörde mitteilen. Die Zuzugsmeldebehörde prüft dann entsprechend und sendet im Anschluss ggf. eine Fortschreibenachricht an die betroffenen Meldebehörden. Die Nachrichten im Rückmeldekontext sind zu prüfen und ggf. anzupassen. Es ist zu prüfen, ob es bereits eine passende Fortschreibnachricht für die Übermittlung gibt. Dies erfolgt im Rahmen des CR zur Anpassung der Fortschreibung an das BMG.

Die Einwilligung wurde in die Nachricht 0203 in den Ergänzungscontainer aufgenommen.

vertreter (type.GesetzlicherVertreterOhneSterbetag)

Wie beschlossen wurde die Kardinalität des gesetzlichen Vertreters in den Nachrichten 0201, 0202, 0206 auf 0..4 geändert. In der Nachricht 0..5 erstmal belassen, damit ggf. tatsächlich mit 5 GV (Fehler, Altdaten etc.) befüllte Rückmeldenachrichten auch ausgewertet (Nachricht 0203) werden können.

nachweis.familienstand (type.Nachweisdaten)

Über eine Restriction wurden das Aktenzeichnen und die Dokumentbeschreibung ausgeschlossen.

**Begutachtung der Nachricht 0203****Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0203**

Das Element optionsdeutscher ist jetzt vom Typ type.Optionsdeutscher

Folgende Punkte sind noch im Baukasten zu ändern

## **Begutachtung der Nachricht 0202**

### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202**

7. letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)

Die AG Test ist der Ansicht, dass die letzte Inlandswohnung ausschließlich eine inländische Anschrift repräsentieren kann. Aus diesem Grund sollte das Element "ANSCHRIFT" direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen.

**Die Ansicht trifft zu.**

**Lässt sich machen – ist aber bisher unverändert gelassen, um erst die Entscheidung im nächsten Punkt abzuwarten ...**

Dabei ist des Weiteren zu beachten, dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (d. h. "postleitzahl" und "strasse") befüllt werden können, da die betroffene Person unter Umständen keine konkreten Angaben mehr machen kann. Aus diesem Grund müssen die beiden Elemente als optional deklariert werden. Eine analoge Betrachtung muss für das Element

"identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland" (nur im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.

AG Mod bitte entscheiden, ob das wirklich ein Problem ist mit den mandatorischen Elementen in type.AnschriftMelderechtInland (dann wäre direkt die XInneres-Anschrift anzuwenden statt der davon abgeleitet Typ type.AnschriftMelderechtInland)

Argumente contra:

zu bedenken: auch in XMeld 1.8.1 ist an den beiden Stellen type.Anschrift.Melderecht angewendet (mit den Pflichtelementen), es sind aber keine Klagen gekommen. Mit anderen Worten: scheint in der Praxis zu funktionieren.

stets ist es vom Standard her besser, einheitlich zu behandeln. Würde AG Test gefolgt, wären zusätzliche Strukturen zu definieren und einzuführen.

Beschluss AG Mod:

- Die Elemente `anschrift.ausland` und `anschrift.unbekannt` sollen ausgeschlossen werden
- Dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (es geht hier nur um die Elemente `postleitzahl` und `strasse`; Elemente `gemeindeschluessel` und `wohnot` sind nicht das Problem) befüllt werden können, wurde in der Diskussion validiert. In der Praxis wird dann mit Dummy-Werten befüllt (daher keine Klagen).
- Es wird angestrebt, hier eine XDS-technische Lösung zu finden für den `type.WohnungLetzteInlandswohnung`. Sollte das nicht möglich sein, wäre die Dummy-Praxis hier auch tolerierbar. Nicht sinnvoll ist es im `type.AnschriftMelderecht` auf die XInneres-Meldeanschrift (ohne Pflichtelemente) zurückzugehen.

### **Begutachtung der Umsetzung der Änderungsvorschläge der AG Test**

Die AG Test betrachtet alle von ihr in früheren Bearbeitungsständen dokumentierten Änderungsvorschläge, die von Seiten der AG Modellierung nicht oder anders als vorgeschlagen umgesetzt wurden. Aus zeitlichen Gründen beschränkt sie sich dabei auf inhaltlich, fachliche Aspekte.

#### III.2.4.1.1 Zuzug aus dem Inland (Bearbeitet am: 2013-10-16)

##### **Aktivitäten der Meldebehörden der Nebenwohnungen**

**Anmerkung:** Die notwendigen Aktivitäten der Meldebehörden der Nebenwohnungen unterscheiden sich von denen der Wegzugsmeldebehörde. Sie bedürfen einer konkreteren Erläuterung in der textuellen Prozessbeschreibung.

##### **Beispiele:**

- Umgang mit Sperren (ASP bei NW aber nicht bei HW)
- Vorgehen im Falle der 204

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Nach der Betrachtung des gesamten Kapitels zum Rückmeldeverfahren sind alle aufgeworfenen Fragen geklärt, sodass kein weiterer Anpassungsbedarf besteht.

#### III.2.4.1.1 Zuzug aus dem Inland (Bearbeitet am: 2013-10-16)

##### **Besonderheiten**

**Anmerkung 2:** Neben der Besonderheit einer zeitlichen Lücke (Person nicht meldepflichtig), sollte auch die Situation ohne zeitliche Lücke (Person kam seiner Meldepflicht nicht nach) beschrieben werden (analog zu den entsprechenden Melderecht-Umsetzungshinweisen).

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die Besonderheiten wurden passend überarbeitet.

#### III.2.4.1.3.2 Bezug einer Nebenwohnung in anderen Zuständigkeitsbereich als den der Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung (in EG 09 bereits begutachtet) (Bearbeitet am 2013-11-13)

**Anmerkung:** In diesem Abschnitt muss die Bedingung, welche zum Auslösen des Rückmeldeverfahrens führt, präziser dargelegt werden. Zwei Situationen sind zu unterscheiden:

1. Anmeldung einer Nebenwohnung, wenn noch **keine weitere** Wohnung im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde angemeldet ist. (→ **Rückmeldung**)
2. Anmeldung einer Nebenwohnung, wenn bereits **eine weitere** Wohnung im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde angemeldet ist. (→ **Fortschreibung bzw. keine Datenübermittlung**)

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die aktuelle Prozessgestaltung ist in Ordnung.

#### III.2.4.1.4.2.2 Wiederezug in den Zuständigkeitsbereich einer anderen als der letzten Inlandsmeldebehörde (Bearbeitet am 2013-11-13)

##### **Besonderheiten**

**Anmerkung:** An dieser Stelle muss konkret bestimmt werden, **wohin** rückwirkend abgemeldet werden muss (z. B. in das unbekannte Ausland, in den Zuzugsstaat, oder in das passende Land der Staatsangehörigkeit).

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die Frage "wohin abgemeldet werden muss" wurde geklärt: Es ist in jedem Fall der Schlüssel '2' aus DSMeld-Blatt 1200 zu nutzen. Somit besteht kein weiterer Anpassungsbedarf in der Spezifikation. Gegebenenfalls ist diesbezüglich eine Aussage in den "Melderecht Umsetzungshinweisen" sinnvoll.

#### III.2.4.1.4.2.2 Wiederezug in den Zuständigkeitsbereich einer anderen als der letzten Inlandsmeldebehörde (Bearbeitet am 2013-11-13)

##### **Besonderheiten**

**Anmerkung:** Der häufigste Fall, dass zwischenzeitlich nach Unbekannt abgemeldet wurde, soll an dieser Stelle noch einmal explizit erläutert werden (siehe dazu die Melderecht Umsetzungshinweise, Abschnitt 2. b., Absatz 3).

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Keine Anpassung der Spezifikation notwendig, da der Kontext der Besonderheit bereits "nach unbekannt abgemeldete Personen" sind.

#### III.2.4.4.2 Rücknahme eines Wohnungsstatuswechsel (Bearbeitet am 2014-01-09)

**Allgemeine Anmerkung zu den Korrekturprozessen:**

Aktuell wird keine Aussage zum Vorgehen im Falle der Information von Meldebehörden weiterer Nebenwohnungen gemacht. (Hierfür gibt es aktuell keine XMeld-Nachrichten.) Analog zu den Anlässen "Zuzug aus dem Inland" und "Wohnungsstatuswechsel" sollten die Prozessmodelle der Korrekturanlässe angepasst werden.

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die aktualisierten Prozessmodelle sind in Ordnung.

**Begutachtung der Prozesse** (Bearbeitung am 2014-02-12)

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Dieser Bereich scheint nicht durch die AG Modellierung oder die KoSIT behandelt worden zu sein. Die AG Test schlägt vor, die Anmerkungen in der internen QS zu besprechen und ggf. umzusetzen.

**III.2.6 Die Nachrichten** (Bearbeitung am 2014-02-12)

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Dieser Bereich scheint nicht durch die AG Modellierung oder die KoSIT behandelt worden zu sein. Die AG Test schlägt vor, die Anmerkungen in der internen QS zu besprechen und ggf. umzusetzen.

**Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201** (Bearbeitet am 2014-03-23)

- *rueckmeldung.anmeldunginland.0201*
  - *umzugsverband*
    - *betroffener*
      - *zuzugperson (type.rueckmeldung.natuerlicheperson)*
        - *RELIGION (type.Religion)*
          - Die Elemente "RELIGION" und "religionSteuerErhebend" müssen als obligatorisch deklariert werden, da der Schlüssel "--" die Tatsache "keiner steuererhebenden Religionsgesellschaft angehörend" beschreibt und in solchen Fällen ebenso übermittelt werden muss.
          - Sind jetzt mandatorisch. Auch Element *religionNichtSteuerErhebend* ist jetzt mandatorisch, weil hier dasselbe Argument zutrifft. (Schlüssel "oa" == Ohne Angaben, gemeinschaftslos, keiner Religionsgemeinschaft angehörig). Dafür neuen Typ *type.ReligionPflicht* definiert.

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Das Element *religionNichtSteuerErhebend* sollte optional bleiben, da der Schlüssel 'oa' nicht alle Sachverhalte abdeckt (siehe auch Begründung von JH, Bearbeitung am 2014-04-04).

**Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201** (Bearbeitet am 2014-03-23)

- *rueckmeldung.anmeldunginland.0201*
  - *umzugsverband*
    - *betroffener*
      - *zuzugperson (type.rueckmeldung.natuerlicheperson)*
        - *STAATSANGEHOERIGKEIT (type.Staatsangehoerigkeit)*
          - Die AG Test ist der Ansicht, dass die DSMeld-Blätter 1002-1004 auch in der 0201 hinzugefügt werden müssen (siehe 1. BMeldDÜV, § 7, Abs. 1, Nr. 9). Auf der Grundlage der Aussage der AG Modellierung in der Bearbeitung vom 2013-12-11 kann die AG Test die Nichtaufnahme der Blätter nicht nachvollziehen.
          - Die Stellungnahme wurde aufgenommen in CR-2012-6\_0203\_FehlendesAbweichungspaar, wo genau dieses Thema zur Entscheidung ansteht. Kann im vorliegenden Kontext als abgehakt angesehen werden.

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die aktuelle 1. BMeldDÜV führt für die Rückmeldung die DSMeld-Blätter 1002 bis 1004 nicht mehr auf. Die Umsetzung nach CR 2012-6 ist damit in Ordnung.

#### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0201 (Bearbeitet am 2014-03-23)**

- *rueckmeldung.anmeldunginland.0201*
  - *umzugsverband*
    - *betroffener*
      - *zuzugsperson (type.rueckmeldung.natuerlicheperson)*
        - *EINWILLIGUNG (type.Einwilligung)*
          - *Zu klärende Frage: Welche Bedeutung hat das Fehlen des Elements EINWILLIGUNG (in einer konkreten 0201-Nachrichteninstanz) für die Wegzugsmeldebehörde, bei der ggf. eine Einwilligung vorliegt. Wird damit die Einwilligung bei dieser aufgehoben?*
            - *bitte AG Mod die Frage, welche AG Test vorbringt, beantworten*

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die aktuelle Umsetzung im Abweichungscontainer ist in Ordnung. In der Bearbeitung am 2014-04-18 wird fälschlicherweise von dem Ergänzungscontainer gesprochen. Dies kann zu Verwirrung führen.

#### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202 (Bearbeitet am 2014-03-23)**

- *rueckmeldung.anmeldungausland.0202*
  - *betroffener (type.rueckmeldung.betroffener.ausland)*
    - *In der Nachricht 0202 müssen die Inhalte des DSMeld-Feldes 1223 übermittelt werden können. Die AG Test schlägt die Ergänzung eines entsprechenden Kindelements (direkt unter Element "betroffener") für den Zuzugstaat vor.*
      - *nach aktueller Beschlusslage ist dafür kein Extraelement vorgesehen, sondern ein Objekt /zuzugsperson/WOHNUNG, in dem nur /datumdesauszugs und /ANSCHRIFT/anschrift.ausland/staat gefüllt sind.*

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Der Vorschlag zur Nutzung bestehender Strukturen ist in Ordnung.

#### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202 (Bearbeitet am 2014-03-23)**

- *rueckmeldung.anmeldungausland.0202*
  - *betroffener (type.rueckmeldung.betroffener.ausland)*
    - *letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)*
      - *Die AG Test ist der Ansicht, dass die letzte Inlandswohnung ausschließlich eine inländische Anschrift repräsentieren kann. Aus diesem Grund sollte das Element "ANSCHRIFT" direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen.*
        - *Die Ansicht trifft zu.*
          - *Lässt sich machen – ist aber bisher unverändert gelassen, um erst die Entscheidung im nächsten Punkt abzuwarten ...*

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Die Umsetzung steht aus und sollte in der internen QS geprüft werden.

#### **Anmerkungen zu einzelnen Kindelementen der Nachricht 0202 (Bearbeitet am 2014-03-23)**

- *rueckmeldung.anmeldungausland.0202*
  - *betroffener (type.rueckmeldung.betroffener.ausland)*
    - *letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)*
      - *Dabei ist des Weiteren zu beachten, dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (d. h. "postleitzahl" und "strasse") befüllt werden können, da die betroffene Person unter Umständen keine konkreten Angaben mehr machen kann. Aus diesem Grund müssen die beiden Elemente als optional deklariert werden. Eine analoge Betrachtung muss für das Element*

"identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland" (nur im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.

- AG Mod bitte entscheiden, ob das wirklich ein Problem ist mit den mandatorischen Elementen in type.AnschriftMelderechtInland (dann wäre direkt die XInnere-Anschrift anzuwenden statt der davon abgeleiteten Tytype.AnschriftMelderechtInland)

**Ergebnis der erneuten Prüfung:** Der Umsetzungsplan ist passend. Die Umsetzung sollte in der internen QS begutachtet werden.

## **Begutachtung der weiteren vorgenommenen Änderungen**

### **1) Benachrichtigung weiterer Nebenwohnungen durch die HW (Bearbeitet am 2014-04-04)**

*Bei einem Bezug einer Nebenwohnung (ausserhalb der zust. HW-MB) sendet die Nebenwohnung eine 0201 an die weiterhin bestehende Hauptwohnung und führt mit dieser das Rückmeldeverfahren durch. Das Prozessmodell, welches in der Modellierung erarbeitet wurde, geht davon aus, dass dann aus Sicht des Rückmeldeverfahrens Schluss ist. Die weiterhin bestehende HW hat also die aktuellen Informationen, aber welche MB muss diese an ggf. weitere Nebenwohnungen übermitteln?*

*Hierzu soll die Fortschreibenachricht 0037 angepasst werden. Die Dokumentation der Nachricht wurde entsprechend angepasst.*

**Ergebnis der Prüfung:** Anmerkung der AG Test siehe CR 2012-38, Bearbeitung am 2014-05-13.

### **2) Eintragung der Daten bei der Wegzugsmeldebehörde: (Bearbeitet am 2014-04-04)**

*Die UAG Organisation hat festgestellt, dass insbesondere die Wegzugsanschrift und vorliegende ASPs bei der Wegzugs-MB eingetragen werden sollen. Diese Daten werden nun explizit in den Prozessbeschreibungen unter „**Daten der Zuzugsmeldebehörde einarbeiten**“ aufgeführt.*

**Ergebnis der Prüfung:** Die aktualisierte Dokumentation ist in Ordnung.

### **6) Bezug einer Nebenwohnung (Bearbeitet am 2014-04-04)**

*Die Gliederung Bezug einer NW innerhalb und außerhalb wurde zugunsten eines erklärenden Satzes gestrichen (analog „Abrufverfahren für den vorausgefüllten Meldeschein“).*

*Rückweisung*

*Statt von Fehlerprüfungen wird jetzt analog zur Anmeldung und zur Partnerrückmeldung von „Prüfung auf unplausible Meldeverhältnisse“ gesprochen.*

*Die Prozesse zur Rückweisung wurden außerdem reduziert auf der Prozesse:*

- Rückweisung durch die Wegzugs-MB, HW-MB oder AW-MB
- Rückweisung durch die NW
- Rückweisung durch die letzte Inlands-MB

**Ergebnis der Prüfung:** Die Umsetzung und Vergabe der Schlüssel ist in Ordnung.

## **Status des CRs**

Umsetzung in Standard / erfasst / erfasst

---

**Bearbeitet durch: YR**

**Bearbeitet am: 2014-05-17**

---

**Umsetzung von Änderungshinweisen der AG Test mit Beschlüssen in der AG Mod für den Baukasten:**



zu Nachricht 0202, Element letzte.inlandswohnung (type.WohnungLetzteInlandswohnung)

a. **nur Inlandsanschriften**

Das Element "ANSCHRIFT" soll direkt die Elemente zur Inlandsanschrift enthalten und damit keine Angabe einer "anschrift.ausland" oder "anschrift.unbekannt" ermöglichen. Die Elemente `anschrift.ausland` und `anschrift.unbekannt` sollen ausgeschlossen werden

- i. Umsetzung YR: wurde umgesetzt durch Anwendung des vorhandenen Typs `type.AnschriftMelderechtNurInland`

b. **plz und strasse nicht immer bekannt:**

Dass im Falle der letzten Inlandsanschrift nicht immer alle aktuellen Pflichtelemente (es geht hier nur um die Elemente `postleitzahl` und `strasse`; Elemente `gemeindeschluessel` und `wohnot` sind nicht das Problem) befüllt werden können, wurde in der Diskussion validiert. In der Praxis wird dann mit Dummy-Werten befüllt (daher keine Klagen). Es wird angestrebt, hier eine XSD-technische Lösung zu finden für den `type.WohnungLetzteInlandswohnung`. Sollte das nicht möglich sein, wäre die Dummy-Praxis hier auch tolerierbar. Nicht sinnvoll ist es im `type.AnschriftMelderecht` auf die `XInneres-Meldeanschrift` (ohne Pflichtelemente) zurückzugehen. Eine analoge Betrachtung muss für das Element `"identifikation.betroffener/wohnung.empfaenger/ANSCHRIFT/anschrift.inland"` (nur im Kontext der Nachricht 0202) geschehen.

i. Analyse:

1. Es müssten speziell für diese Sondersituation neue Typen geschaffen werden, die `type.Wohnung` sehr ähnlich sehen, aber nicht davon abgeleitet sind.
2. Auch könnte `type.identifikation.fortschreibung` nicht verwendet werden in dieser Nachricht, was ein erheblicher Systembruch in Bezug auf die Rückmeldungsnachrichten wäre.
3. In AG Mod wurde festgestellt, dass mit der Praxis gelebt werden kann, in den genannten Fällen in `postleitzahl` und `strasse` Dummy-Text einzutragen.
4. Um diese beträchtliche Vergrößerung von Komplexität zu vermeiden ist hier die Dummy-Alternative gewählt worden, d. h. die Nachricht wurde *nicht* verändert.

## Nachricht 0201

3. RELIGION (type.Religion)

**YR umgesetzt vom 2014-04-04:**

1104 ist jetzt wieder optional, es wird ein einheitlicher Typ Religion verwendet (`religion.steuererhebend Pflicht`, `religion.nicht.steuererhebend optional`), der andere Typ wurde gelöscht.

4. **Allgemeine Anmerkungen zu XMeld-Datentypen (genutzt in der Nachricht 0201)**

- o Kommentar YR zu: `type.AnschriftMelderechtInland`: Das Element "wohnungsgeber" wurde im Zuge der Einführung von `XInneres 3` in "wohnungsinhaber" umbenannt

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH**

**Bearbeitet am: 2014-05-24**

---

Die Punkte der AG Test vom 2014-02-12 werden bearbeitet:

1) „III.2.4.4.7.2 Rückweisung aufgrund fehlender Identifikation

**Einordnung des Anlasses "Rückweisung aufgrund fehlender Identifikation"**

Die AG Test schlägt vor, den Anlass "Rückweisung aufgrund fehlender Identifikation" der Prüfungsebene II zuzuordnen und entsprechend in den Abschnitt "III.2.4.4.7.3 Rückweisung gemäß Prüfungsebene II" zu verschieben.

**Begründung:** Die Identifikation einer Person bedarf der Betrachtung des Datenbestands und befindet sich damit auf der zweiten Prüfungsebene. Eine solche Anpassung wäre in allen Kapiteln durchzuführen.“

**Umsetzung:** War schon erledigt.

## **2) „Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung**

*Der Konsistenz halber soll die "Meldebehörde (Sender)" als "Wegzugsmeldebehörde bzw. letzte Inlandsmeldebehörde (Sender)" bezeichnet werden. Eine analoge Anpassung muss im Prozessmodell erfolgen.“*

**Umsetzung:** Nicht umgesetzt, da bei fehlgeschlagener Identifikation die Meldebehörde nicht die Wegzugs-Mb o. ä. ist (siehe auch Partnerrückmeldung). Dafür bei Empfänger: Zuzugsmeldebehörde, neue Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der Nebenwohnung verwendet.

## **3) „Verwendung bestimmter Schlüssel**

*Der Verweis auf das Prozessmodell muss durch eine vollständige Dokumentation der zu verwendenden Schlüssel ersetzt werden. Das Prozessmodell soll eine textuelle Beschreibung nicht ersetzen. Bitte analog für alle folgenden Abschnitte vorgehen.“*

## **4) „Besonderheiten**

*Wenn keine Besonderheiten vorliegen, soll dies ebenso dargelegt werden. (Analog für alle folgenden Abschnitte.)“*

**Umsetzung:** war bereits umgesetzt.

## **5) „III.2.4.4.7.3.1.1 Rückweisung nach einem Zuzug aus dem Inland durch die Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung**

### **Erneuter Hinweis zum Umgang mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen**

*Die AG Test regt an zu erörtern ob ein erneuter Hinweis zum Umgang mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen bspw. unter "Besonderheiten" aufgenommen wird, damit direkt erkennbar wird, dass Schlüssel "3" nicht mit einer Nachricht 0204 übermittelt wird. Auch ein Verweis auf die Besonderheiten im Kontext des Anlasses "Zuzug aus dem Inland" ist möglich.“*

**Umsetzung:** Dieser Punkt wurde im EG erörtert. Durch die Aufzählung der Schlüssel in der Prozessbeschreibung wird deutlich, dass der Schlüssel 3 nicht zulässig ist, zudem steht die Umsetzung dieses Falles beim Zuzug aus dem Inland sowie in der abschließenden Versionshistorie zu XMeld 2.0 und bereits in der Handlungsanweisung zu 1.8 und 1.8.1.

Statt „Rückweisung der Rückmeldung...“ „Rückweisung einer Rückmeldung aufgrund unplausibler Meldeverhältnisse“ verwendet. Und die betroffenen Meldebehörden wurde gemäß der anderen Rückmeldeprozesse angepasst.

## **6) „III.2.4.4.7.3.1.2 Rückweisung nach einem Zuzug aus dem Inland durch die Meldebehörde der Nebenwohnung**

### **Haupt- und alleinige Wohnung in der Prozessbeschreibung**

*Der Schlüssel "8" benennt Hauptwohnungen und alleinige Wohnungen. Letztere sollten ebenso in der (zukünftigen) Prozessbeschreibung erwähnt werden.“*

**Umsetzung:** Die Meldebehörde ist immer nur als Nebenwohnung angeschrieben.

## **7) „Annotation im Prozessmodell**

*Die Annotation "Weiterverarbeitung" zum Endzustand des Prozessmodells sollte der Konsistenz zu den anderen Prozessmodellen halber entfallen. Dass eine Weiterarbeit erfolgt, ist in jedem Fall klar.“*

**Umsetzung:** Hinweis gestrichen.

**weitere Umsetzung:** Bei Wohnungsstatuswechsel: statt Zuzug- Wegzugs-Mb bisherige und neue Hauptwohnung-MB genannt.

#### **8) „III.2.4.4.7.3.2 Rückweisung nach einem Bezug einer Nebenwohnung**

##### **Beteiligte Stellen vertauscht**

*Unter "Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung" sind Sender und Empfänger vertauscht.*

Umsetzung: Stelle nicht gefunden.

#### **9) „Erläuterung des Umgangs mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen für Nebenwohnungen**

*Der Umgang mit nach Unbekannt abgemeldeten Personen muss in diesem Abschnitt (bzw. dem Abschnitt "III.2.4.1.3.2 Bezug einer Nebenwohnung in anderen Zuständigkeitsbereich als den der Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung") erläutert werden, da sich die bisherige Aussage (in "Besonderheiten" des Anlasses "Zuzug aus dem Inland") ausschließlich auf Haupt- und alleinige Wohnungen bezieht. (Ist bspw. der Schlüssel "3" relevant? Wird eine 0203 übermittelt? ...)*

Umsetzung: Nicht erfolgt. Auch hier ist keine Nennung des Schlüssels 3 erforderlich.

#### **10) „Konsistente Benennung beteiligter Meldebehörden**

*Es muss auf eine konsistente Benennung der beteiligten Meldebehörden in der textuellen Beschreibung und dem Prozessmodell geachtet werden. In diesem Abschnitt passen bspw. "Meldebehörde der Nebenwohnung / Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung" (Beteiligte Stellen an der Datenübermittlung) und "Wegzugsmeldebehörde / Zuzugsmeldebehörde" (Prozessmodell) nicht zusammen.*

Umsetzung: Stelle nicht gefunden

#### **11) „III.2.4.4.7.3.3 Rückweisung nach einem Wiederezug aus dem Inland**

##### **Zu verwendende Schlüssel**

Die Verwendung des Schlüssels "5" ist aus der Sicht der AG Test sinnvoll. Er müsste entsprechend in den "Melderecht Umsetzungshinweisen", Abschnitt 4. f. ergänzt werden.

Der in der Prozessbeschreibung (evtl. vorgesehene) Schlüssel "9" kann laut "Melderecht Umsetzungshinweise", Abschnitt 4. b. i. nicht verwendet werden. Es wird in diesem Fall keine 0204 versendet.

Umsetzung: Muss weitergegeben werden.

#### **12) „III.2.4.4.7.3.4.2 Rückweisung nach einem Wohnungsstatuswechsel durch die Meldebehörde der Nebenwohnung**

##### **Ausschließliche Verwendung des Schlüssels "8"**

*Aus welchem Grund wird in den Anlässen "Die Rückweisung des Zuzugs aus dem Inland durch die Meldebehörde der Nebenwohnung im Rückmeldeverfahren" und "Rückweisung nach einem Wohnungsstatuswechsel durch die Meldebehörde der Nebenwohnung" ausschließlich der Schlüssel "8" versendet? Denkbar wären auch die Schlüssel 1, 4 und 5.*

**Umsetzung:** Bleibt so. Nebenwohnung werden zukünftig nach dem vorausgefüllten Meldeschein und nach Auswertung der Rückmeldung informiert. Sie übernimmt die Daten der neuen HW oder muss ausserhalb von XMeld klären, warum ihre Daten abweichen.

**13) „Allgemeine Anmerkung zu den Prozessmodellen der Rückweisung**

*Die Ausgangssituation "Prüfung auf un plausible Meldedaten" entspricht der anschließenden Aktivität und sollte durch "Eingang der Nachricht [0201|0202|0206]" ersetzt werden.*

**Umsetzung:** Wäre nicht konsistent zu den anderen Prozessmodellen.

**14) „Allgemeine Anmerkung zu den Prozessbeschreibungen der Rückweisung**

*Es handelt sich nicht um "Fehlerprüfungen" sondern um "Prüfungen" (auf un plausible Meldedaten).*

**Umsetzung:** war schon geändert.

**15) „III.2.4.6 Prüfung von 0203-Nachrichten**

*Der Abschnitt wurde aus der Vogelperspektive betrachtet. Eine detaillierte Begutachtung durch die AG Test kann erst erfolgen, sobald die Inhalte aktualisiert und in die anlassbezogene Struktur überführt wurden (z. B. indem die gesondert zu behandelnden Nachrichteninhalte in Abschnitten zu "Besonderheiten" erläutert werden).*

**Umsetzung:** Der genannte Abschnitt wurde komplett entfernt.

**Begutachtung der Nachrichten und Datentypen**

**16) „III.2.6 Die Nachrichten**

**Tabelle: Alle Nachrichten zu „Das Rückmeldeverfahren“**

**Ist:** "Diese Nachricht wird von der <XYZ> versendet."

**Soll:** "Diese Nachricht wird versendet von der: <XYZ>." (für alle Nachrichten)

**Umsetzung:** Angepasst

**17) „Konsistenter Bezug zu den Anlässen**

*Der Bezug zu den Anlässen in der Beschreibung der Nachrichten muss konsistent zu den Titeln der entsprechenden Abschnitte im Abschnitt "Der Ablauf im Detail" sein.*

**Beispiel (Kontext: Beschreibung der Nachricht 0201):** "Meldebehörde der Nebenwohnung im Falle eines Bezugs einer Nebenwohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Meldebehörde" muss konsistent zu "Bezug einer Nebenwohnung in anderen Zuständigkeitsbereich als den der Meldebehörde der Hauptwohnung oder Meldebehörde der alleinigen Wohnung" sein.

**Korrektur im gleichen Absatz (wie im vorherigen Beispiel)**

*"ausserhalb des Zuständigkeitsbereichs einer Meldebehörde (Prozess siehe Abschnitt III.2.4.1.3.2 auf Seite 236) und/oder von der"*

**Umsetzung:** Abschnitte wurden zwischenzeitlich durch die AG Mod überarbeitet.

**18) „Weitere Anpassungs- bzw. Korrekturvorschläge**

- *"Mit dieser Nachricht informiert die ~~Meldebehörde, in der die Anmeldung erfolgt ist,~~ die EmpfängerZuzugsmeldebehörde die letzte Inlandsmeldebehörde über die Tatsache und die Details zum Wiederezug der betroffenen Personen aus dem Ausland."*
- *"Mit dieser Nachricht informiert die Meldebehörde, den Empfänger über die ausgewertete Rückmeldung." (Beschreibung der Nachricht 0203)*
- *"im Falle einer Rücknahme" (an zwei Stellen)*
- *"Prozess siehe ???": Konkrete Verweise ergänzen.*
- *"Mit dieser Nachricht informiert die Meldebehörde, den Empfänger über Rückweisung der Rückmeldung durch Feststellung unplausibler Meldeverhältnisse."*

**Umsetzung:** Abschnitte wurden zwischenzeitlich durch die AG Mod überarbeitet bzw. sind schon bearbeitet.

---

**Bearbeitet durch: MK****Bearbeitet am: 2014-06-07**

---

CR-Zusammenfassung wurde aktualisiert. Sie ist noch in die Versionshistorie zu übertragen.

---

**Bearbeitet durch: MK****Bearbeitet am: 2014-06-07**

---

Versionshistorie wurde übertragen.

---

**Bearbeitet durch: KoSIT/JH****Bearbeitet am: 2014-06-12**

---

In der Nachricht 0203 werden ergänzend Daten zur waffenrechtlichen Erlaubnis usw. mit Nachweisdaten übermittelt. Da dafür aufgrund des CR 2012-42 Typen mit Nachweisdaten aus XMeldIT in den Baukasten verschoben wurden, wurden diese in der Rückmeldeauswertung nun auch verwendet.

---

**Bearbeitet durch: QS XMeld****Bearbeitet am: 2014-06-17**

---

Die QS-Instanz nimmt diesen Änderungsantrag ab.